

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

6/2018

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Juli-August 2018

Redaktionsnotiz.....	3
Drei Schlaglichter auf imperialistische Schauplätze.....	5
<i>Frank Flegel: Zu den Auslandseinsätze der Bundeswehr.....</i>	5
<i>Balqis Info: Der Untergang von Rojava.....</i>	7
<i>Brigitte Queck: Zur Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem....</i>	10
Fernstudium.....	16
<i>Frank Flegel: Bericht von den zweiten Seminaren unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums.....</i>	16
200. Geburtstag von Karl Marx.....	19
<i>Tibor Zenker: Politische Organisation und Parteitheorie bei Karl Marx.....</i>	19
<i>Philipp Kissel: Karl Marx feiern heißt die DDR feiern.....</i>	32

Die „Kommunistische Organisation“ gegründet.....	42
Die "Kommunistische Organisation" gegründet!.....	42
Programmatische Thesen der "Kommunistischen Organisation"...	44
Ökonomie.....	73
<i>Hermann Jacobs</i> : Der Nachweis der drei historischen Preis- wie Geldsysteme und, darauf beruhend, auch Lohn-Systeme der Geschichte.....	73
Zum Russland-Schwerpunkt im Mai-Juni-Heft.....	84
<i>Gerhard Naumann</i> : Kann man denn nur anhand von „Wirtschaftsdaten“ den Charakter der Gesellschaft eines Landes bestimmen?.....	84
„Melodie und Rhythmus“ kann wieder erscheinen.....	85
Verlagsmitteilung Verlag 8. Mai: Kulturzeitschrift Melodie & Rhythmus erscheint weiter.....	85

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel
Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Wir leben in furchtbaren Zeiten. Neben den Kriegsvorbereitungen, die selbstverständlich das Gefährlichste darstellen, was es geben kann, gibt es auch kleinere, aber trotzdem grausame Entwicklungen. In Österreich wird die gesetzliche Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden heraufgesetzt, der gesetzliche Acht-Stunden-Tag umgewandelt in einen 12-Stunden-Tag. In Deutschland fordert die AfD das Ende der gesetzlichen, also der paritätisch finanzierten Rentenversicherung (das sei ein „zwangsfinanziertes Umlagesystem“), stattdessen sollten die Bürger „frei“ über eine Altersversorgung entscheiden „dürfen“.

Streiks sind inzwischen nur noch ein papierenes Grundrecht. Sie sind zwar im Grundgesetz garantiert (man müsste sagen: zur Zeit seiner Entstehung mussten sie garantiert werden), sie werden neuerdings aber „gesetzlich“ überprüft und mit „einstweiligen Verfügungen“ und Bußgeldforderungen bedroht.

Die Bourgeoisie macht Ernst, denn sie ist immer weniger zur Rücksichtnahme gezwungen. Einhalt geboten und eine gewisse Zivilisiertheit aufgezwungen hat der Bourgeoisie früher die Existenz des Sozialismus nebenan im Osten Deutschlands und von da bis zum Pazifik.

Das Verrückte ist, dass gerade das Erbe des Sozialismus trotz dieser unübersehbaren negativen Veränderungen seit der Konterrevolution in Europa noch immer so umstritten ist wie zu Zeiten der Hochkonjunktur der Gorbatschows, Gysis und Konsorten.

Antikommunismus als propagandistisches Mittel der Bourgeoisie wird uns selbstverständlich immer begleiten. Aber muss es sein, dass der Antistalinismus, der Revisionismus und die Verunglimpfung der sozialistischen Staaten auch innerhalb der linken und leider auch innerhalb der kommunistischen Bewegung weiterhin großen Raum einnehmen?

Aber es gibt eine neue Entwicklung in der jungen Generation, also innerhalb derjenigen, die zur Zeit der Konterrevolution Kinder waren oder erst nach der Konterrevolution geboren wurden. Sie sehen sich die aktuelle Situation des Imperialismus und die Geschichte des Sozialismus unvoreingenommen an, und das heißt, ohne die taktisch-strategisch-opportunistischen Verbiegungen, die von einigen kommunistischen Parteien seit mehreren Jahrzehnten propagiert werden.

Das vorliegende Heft versucht, diesem Phänomen nachzugehen. Was sich aus der Energie und den Vorhaben dieser jungen Genossinnen und Genossen entwickeln wird, kann niemand voraussehen. Ihre Kraft und ihre Initiative sind jedenfalls zu begrüßen, und nicht totzuschweigen, wie es aktuell in den „großen“ Medien der Linken geschieht. Um dieser Blockade entgegen zu wirken, geben wir diesen Kräften in diesem Heft ausreichend Raum.

Wir müssen wie immer auf die knappen Finanzen hinweisen und um Spenden bitten.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Drei Schlaglichter auf imperialistische Schauplätze

Frank Flegel: Zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist derzeit in 15 Auslandseinsätzen aktiv. Das sind die Einsätze erstens in Afghanistan zwecks Sicherung, Schutz, Aufklärung und Aufrechterhaltung eines militärischen Nachrichtenwesens, zweitens der so genannte Sicherheitseinsatz im Kosovo, drittens der Kampf gegen die Flüchtlinge aus Afrika, genannt: die Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke im Mittelmeer, besonders vor der lybischen Küste, viertens der Einsatz über Syrien, dem Irak und auf See zwecks nachrichtendienstlicher Ermittlungen, Aufklärung und logistischer Unterstützung der so genannten Anti-IS-Koalition, fünftens die Ausbildungs- und militärische Hilfsmision im Irak, sechstens der Kampf gegen Flüchtlinge, die über die Türkei nach Europa einreisen wollen, genannt: die Bekämpfung von Schleuserbanden in der Ägäis, siebtens die so genannte Stabilisierungsmission in Mali, achtens die so genannte Ausbildungsmission in Mali, neuntens die Seeüberwachung vor der Küste des Libanon zur Unterbindung des Waffenhandels für Hamas und Hisbollah, zehntens der Einsatz am Horn von Afrika vor Somalia zur Sicherung der internationalen Seewege, elftens die so genannte Unterstützungsmission im Sudan, zwölftens die so genannte Unterstützungsmission im Südsudan, dreizehtens die so genannte Unterstützungsmission in der Westsahara/Marokko, vierzehntens die Seeüberwachung und die Sicherung der Seewege im Mittelmeer, fünfzehntens die Unterstützung der Lybischen Einheitsregierung, konkret durch die Konsolidierung der Vereinbarungen der Einheitsregierung im Verwaltungs-, Sicherheits- und Wirtschaftsbereich. (Alle diese Informationen stammen von der offiziellen Internet-Seite der Bundeswehr.)

Es ist un schwer zu erkennen, in wessen Interesse die Bundeswehr in diesen 15 Auslandseinsätzen ist. Der deutsche Imperialismus braucht a) sichere Handelswege, b) stabile und dabei willfähige Regimes in den von ihm ausgeplünderten Ländern, c) Zugang zu Rohstoffen, auf denen bisher anderen imperialistische Länder die Hand hatten und d) keine unkontrollierten Flüchtlingsströme, sondern lieber handverlesen brauchbare Arbeitskräfte. Auf diese vier Bereiche teilen sich die Auslandseinsätze auf.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben laut „spiegel-online“ seit 1992 knapp 21 Milliarden Euro gekostet, dabei die genannten aktuellen 15 Auslandseinsätze im Jahr 2016 rund 420 Millionen Euro.

Eine kleine Anekdote: Kürzlich wurde ein Schullandheim mit hervorragenden Sport- und Freizeitmöglichkeiten in einer unvergleichlichen Lage - mitten im Wald auf einem Berg - in der Nähe meines Wohnortes gelegen geschlossen, weil im Jahr 2017 ein Defizit von 200.000 Euro aufgelaufen ist. Nur zur Illustrierung: Man könnte für das Geld, das die Auslandseinsätze der Bundeswehr in einem Jahr kosten, das Schullandheim mehr als 2000 Jahre lang finanzieren.

Nun sollen exemplarisch zwei Länder vorgestellt werden, in denen die Bundeswehr tätig ist: Mali und Sudan.

Mali ist ein rohstoffreiches Land. Es gibt dort Gold, Uran, Bauxit, Phosphate, Eisenerze, Blei, Zink. Und es wurden Erdöllager entdeckt. Nicht nur deshalb ist Mali interessant für die Trans-Sahara-Pipeline, sondern auch, weil diese Öl und Erdgas u.a. auch aus Nigeria quer durch die Sahara nach Algerien und von dort über Italien nach Mitteleuropa pumpen soll. Bisher müssen Öl und Gas aus Nigeria mit Schiffen transportiert werden, was vor allem beim Gas sehr aufwendig ist, weil es verflüssigt werden muss. An dem Pipeline-Projekt ist, wie könnte es anders sein, ein deutsches Firmenkonsortium beteiligt. (Diese Informationen finden sich bei www.wissensfieber.de und bei: oil-price.net: the untold story of Mali and oil.) So sehen die Hintergründe dafür aus, dass Frau von der Leyen andauern von „Stabilität“ spricht. Natürlich, solche Investitionen möchten geschützt werden. Und weder das Land noch gar die ansässige Bevölkerung möchte bitte irgendwelche Ansprüche anmelden auf den Reichtum, der damit erwirtschaftet wird. Mali gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Der deutsche und der französischen Imperialismus, dessen Kolonie Mali lange Zeit war, arbeiten daran, dass das so bleibt.

Schauen wir auf den Sudan. Dieses Land hat ähnliche Probleme: Auch dort gibt es Öl, vor allem im Süden. Es ist kaum verwunderlich, dass der Süden vom Norden abgespalten wurde, schließlich gibt es große Profite, die möglichst nicht im Land bleiben sollen. Westeuropa oder gar Deutschland haben dazu aber bisher wenig Zugang. Die Pipeline aus dem Südsudan zum Hafen Port Sudan am Roten Meer hat eine malaysische Firma gebaut, die Raffinerie in Khartum gehört zu je 50% der staatlichen sudanischen Firma Sudapet und der chinesischen Firma CNPC. Und in der Nähe von Khartum hat eine weitere chinesische Firma „Greater Nile Petroleum Operating Company“ eine weitere Erdölraffinerie errichtet. Die großen Ölvorkommen – der Sudan exportierte schon 2006 350.000 Barrel täglich, heute dürfte die Förderung bei rund 800.000 Barrel täglich liegen – werden aus deutscher Sicht also von den Falschen ausgebeutet. Die Mission der Bundeswehr im Sudan ist autorisiert dafür, „zum Eigenschutz, zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der humanitären Helfer, zur Förderung einer schnellen Umsetzung des Friedensabkommens, zur Verhinderung von Störungen und bewaffneten

Angriffen sowie zum Schutz von Zivilisten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dies schließt die Anwendung von Gewalt ein.“ (Die Quelle für dieses Zitat ist die offizielle Internet-Seite der Bundeswehr: www.einsatz.bundeswehr.de.)

Diese Beispiele zeigen, dass es bei diesen beiden Bundeswehreinmärschen keinesfalls um irgendwelche humanitären Hilfen geht, sondern ganz einfach um Rohstoffe. Das Weißbuch der Bundeswehr hatte ja schon als Aufgabe der Bundeswehr formuliert, sie habe den „freien Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt“ zu garantieren.

Aber sie zeigen zwei weitere wichtige Aspekte: in Mali geht es wie im Sudan darum, dass der deutsche Imperialismus versucht, zu Rohstoffschätzen einen Zugang zu bekommen, der ihm bisher verwehrt war. Wir sehen hier also eine Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz. Und im Falle Mali sehen wir, dass die Bundeswehr auch eingesetzt wird, um deutsche Investitionen im Ausland abzusichern und zu schützen, siehe Pipeline-Projekt.

Welche Schlüsse müssen wir für den Friedenskampf daraus ziehen?

Friedenskampf muss Kampf gegen den Imperialismus sein. Wir müssen dem deutschen Imperialismus in den Arm fallen, der zielstrebig dabei ist, die Welt neu aufzuteilen und das explizit unter Einschluss der „Anwendung von Gewalt“. Das ist nicht einfach, aber notwendig.

Balqis Info: Der Untergang von Rojava

Rojava – das waren einmal drei kurdische Kantone im Norden Syriens. Im Rahmen des Krieges gegen Syrien kamen die Dschihadisten des IS auch nach Rojava und bedrohten die bloße Existenz der kurdischen Bevölkerung. Für die Linke in Europa und darüber hinaus wurde der Kampf um Rojava zu einem Leuchtfeuer in den Untiefen des Krieges um Syrien. Oder war es vielleicht doch ein Irrlicht? Um die Frage zu beantworten, müssen wir tief in die Geschichte des Krieges um Syrien eintauchen.

Warum wird ein kleines unscheinbares Land, buchstäblich hinter den sieben Bergen seit Jahren in einem Krieg zerstört, an dem sich von Anfang an die NATO-Staaten, allen voran die USA und die Türkei, die Golfstaaten zumindest indirekt beteiligten und für den Milliarden Dollar ausgegeben wurden, in dem ungezählte Menschen getötet wurden.

Würden heute Aliens von Mars oder Venus kommen und den Krieg betrachten, hätten sie überhaupt keinen Zweifel: Es geht um Ressourcen, um regionale und globale Machtinteressen, um Regime-Change im Interesse und im Auftrag der USA. Es geht

um den Konflikt zwischen USA, Israel und Saudi-Arabien auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite.

Und ebenso gilt: schon um 2007 konnten wir ahnen, was die Zukunft bringt – Regime-Change lag in der Luft.

2007 schrieb der amerikanische Journalist Seymour Hersh über eine mögliche Neuorientierung der US-Außenpolitik: Heimliche Aktivitäten, um den Iran und Syrien zu schwächen fanden statt. Die USA förderten sunnitische Extremisten. Das Flüchtlingslager Nahr al-Barid im Libanon wurde in Kämpfen zwischen der Armee und Dschihadisten so zerstört, wie später weite Teile Syriens. Die sunnitischen Extremisten hatten in Bahr al-Barid nur trainiert.

Nur für einen kurzen Moment in diesen Jahren schien das Verlangen der USA nach Regime-Change in den Hintergrund zu treten. Die Proteste im Frühsommer 2011 schienen eine Alternative aufzuzeigen. Doch wurden die Proteste von Anfang an von außen militarisiert. Der Angriff der NATO auf Libyen begann in derselben Woche, wie die Proteste in Daraa. Dieser Angriff zerstörte den libyschen Staat und zeigte zugleich den Dschihadisten in Syrien den Weg auf. Jedem Feind der Regierung wurde gesagt: Tut was ihr könnt um die Regierung zu stürzen; wenn es euch nicht gelingt, bombardiert euch unsere Luftwaffe an die Macht.

Was Syrien betrifft überdeckten die Medien im Westen alle Widersprüche, Entwicklungen und Veränderungen mit dem Bild: "Der furchtbare Diktator schlachtet sein Volk ab". Damit verdeutlichten sie den Satz "Das herrschende Bewusstsein ist immer das Bewusstsein der Herrschenden" auf unnachahmliche Weise.

Die mediale Darstellung war nicht etwa nur Fake News, viele einzelne Nachrichten waren durchaus korrekt. Aber die Darstellung war Doppeldenk im Orwell'schen Sinne, bei dem zwei sich gegenseitig ausschließende Überzeugungen aufrechtzuerhalten und beide zu akzeptieren sind.

"Es gibt viele bewaffneten Kräfte der Opposition", schrieb etwa al-Jazeera im Sommer 2011. "Zusammen haben sie 700 Mitglieder der syrischen Sicherheitskräfte getötet...". Und schreibt im selben Abschnitt: "...Unsere Revolution ist friedlich und wir haben keine Waffen..."

Das Bild des Krieges, das in den Medien dargestellt wurde und wird, ist das Bild der Herrschenden. Und das heißt, es ist das Bild derjenigen, die diesen Krieg führen.

Die herrschende Ideologie hat immer wieder die Feinde der syrischen Regierung verharmlost und die syrische Regierung verteufelt. Hier zieht sich ein roter Faden vom Bild der "friedlichen Demonstranten und Deserteuren, die von der Regierung

getötet werden" aus den Anfangszeiten des Krieges bis hin zu den angeblichen Fassbomben und Chemiewaffen.

Nur der IS fiel im Laufe der Zeit vordergründig aus diesem Bild heraus. In Wirklichkeit aber ergänzte er das Bild, weil er alle Verbrechen der Dschihadisten auf sich nahm und die anderen damit als "gemäßigte Rebellen" gelten konnten.

Die Linke war gegenüber dem Narrativ vom Diktator, der sein Volk abschlachtet vollkommen hilflos. Eine kritische Diskussion über Syrien und die Darstellung in den Medien fand kaum je statt. Den medialen Informationsbomben gegenüber hilflos flüchtete die Linke in ein anderes Narrativ, das von der Emanzipation in Rojava.

Der Kampf um Kobane bildete den Ausgangspunkt für dieses Narrativ – und zugleich für das Bündnis der PYD und YPG mit den USA. Dieses Bündnis hat Rojava vollständig zerstört. Es gibt keine kurdischen "Kantone" mehr, sondern nur noch ein Gebiet, das die USA mit ihren Stützpunkten und Waffen kontrollieren – und von YPG kontrollieren lassen.

In diesem Gebiet liegt die arabische Stadt Raqqa, die nach der Zerstörung durch US-Luftwaffe und Artillerie nun einen zweiten Tod der Vernachlässigung stirbt. Hier gibt es keinen Hauch von Emanzipation. Diejenigen Einwohner, die nach Raqqa zurückkehren, kommen in ein Trümmerfeld. Sie müssen ihre toten Angehörigen aus dem Schutt bergen, bedroht von Blindgängern und Minen, die niemand räumt. Organisierte Banden berauben die Einwohner. Die Washington Post lässt ein Mitglied des Verwaltungsrates von Raqqa warnen: "Wenn wir den Wiederaufbau nicht voranbringen, wird das Wasser auf die Mühlen von Assad". Stimmt! Denn im Regierungsgebiet läuft der Wiederaufbau schon lange.

Im besetzten Gebiet im Norden Syriens geht es nicht um Emanzipation – sondern um die Kontrolle über Ressourcen. Der größte Teil der Erdöl- und Erdgasförderung Syriens, ein großer Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche Syriens liegt in den Gebieten unter Kontrolle der USA und ihrer Verbündeten.

So ist Rojava untergegangen, schon lange bevor die türkische Armee Afrin besetzte und bevor sich die YPG im Juni aus Manbidsch zurückzog.

Brigitte Queck: Zur Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem.

Dazu ein kurzer historischer Hintergrund zur Entstehung Israels

Jerusalem, heiliger Ort für drei Weltreligionen

Die Erwähnung des Namens Jerusalems, das von den Philosophen des Mittelalters als Abbild des Paradieses bezeichnet wurde, der löst bei den Menschen in aller Welt verschiedene Assoziationen aus.

Sowohl die Christen, die Juden, als auch die Moslems betrachten Jerusalem als heilige Stätte. Sie gilt also in den verschiedenen Religionen als Stadt des Friedens und doch wurden in dessen Namen seit seines Bestehens von Weltreichen, Nationen, Religionen und Völkern zahlreiche blutige Kriege geführt.

Man weiß heute, dass „allein in den letzten 2000 Jahren Eroberer 34 Mal in die Stadt einzogen, 22 Mal die Stadt belagert wurde, 18 Mal wieder aufgebaut und 11 Mal der Glaube wechselte, der die Stadt beherrschte“ (vgl. Gil Yaron „Jerusalem ein historischer und politischer Stadtführer“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008, S. 12).

Jerusalem spielt also in drei großen Religionen der Welt eine tragende Rolle, steht seit über 1000 Jahren im Mittelpunkt politischer Ambitionen verschiedener Großmächte und in Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina ist Jerusalem bis heute einer der großen Stolpersteine auf dem Weg zum Frieden.

Doch warum ist das so?

Die Stadt hat, gelegen in den Bergen Judäas und abseits der wichtigen Handelsstraße der Antike, Via Maris, weder Naturreichtümer, noch fruchtbare Ebenen zu bieten. Sie liegt genau an der Grenze zur Wüste.

Man sagt, dass schon der Eroberer Napoleon die strategische Bedeutungslosigkeit der Stadt erkannt hätte und bei seinem Feldzug nach Ägypten deshalb nicht in Jerusalem einmarschiert sei.

Hier muss man aber meines Erachtens noch hinzufügen, dass Napoleon, der um die Bedeutung, die Christen wie Juden, sich auf die Bibel berufend, der sog. „Heiligen Stadt“ beimessen, feinfühlig darauf bedacht war, die hier seit Jahrhunderten beheimateten Araber nicht zu verärgern, die zu Recht Jerusalem ebenfalls als „ihre“ Stadt bezeichneten.

Wie Gil Yaron vermerkt, muss man die Bedeutung Jerusalems „in geistigen Sphären suchen, in der spirituellen Bedeutung des Moriah Berges, den die Anwohner seit Menschengedenken als besonders ehrwürdig erachten. Lange bevor Salomon hier den ersten Tempel baute, war der Fels den Jebusitern bereits heilig. Sie hatten hier einen Gebetsort errichtet.....Jede siegreiche Religion übernahm lediglich die Heiligkeit des Steines auf dem Berge Moriah und fügte ihm ihre eigene, ethno-zentrische Bedeutung hinzu, indem sie ihn in den Kontext des eigenen Werdegangs mit einbezog.“

Die Geschichte eines dauerhaft bewohnten Jerusalems habe mindestens 800 Jahre vor der legendären Eroberung durch den König David begonnen. So würden „auf das Jahr 1900 v. Chr. Datierete Reste von Tonstatuen und ‚Ächtungstafeln‘, die im alten Ägypten ähnlich wie Voodoo- Figuren zum Verwünschen von Feinden benutzt wurde auf ‚Yakar Ammur, Herrscher von Jerusalem‘“ hinweisen.

Über die Briefe treuer Vasallen an ihren Pharaon Amenhotep II. und seinen Sohn Amenophis IV, Echnaton (1353-1336 v.Chr.) schreibt Gil Yaron, „dass sich das ägyptische Imperium in den Jahren 1400 v. Chr. Bis nach Syrien im Norden erstreckte, acht der Amarna-Tafeln wurden von Abdu Heba verfasst, dem Stadthalter der Stadt Urusalim.... So ist Jerusalem seit mindestens 3900 Jahren, wenn nicht schon vorher, fortwährend besiedelt, was es zu einem der ältesten Städte der Welt macht“ (siehe Gil Yaron ebenda, S. 16).

Die Teilungsresolution 181 der UNO-Vollversammlung vom 29. November 1947 und seine Auswirkungen auf Jerusalem

Ein Sonderausschuss der Vereinten Nationen (United Nations Special Committee on Palestine, UNSCOP) reiste im Juni und Juli 1947 nach Palästina, um sich ein Bild vor Ort zu machen. Das Schicksal des Schiffes Exodus, das im Juli 1947, beladen mit 4.500 jüdischen Passagieren von Haifa nach Südfrankreich zurückgeschickt und schließlich ausgerechnet nach Deutschland gebracht wurde, beschädigte das britische Ansehen in der Welt nachhaltig und zeigte die ganze Dramatik und den Ernst der Lage. Der Bericht der UNSCOP am 1. September 1947 empfahl einstimmig die Beendigung des britischen Mandats in Palästina.

Die Mehrheit der Mitglieder stimmte für die Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat sowie die Schaffung einer neutralen Enklave Jerusalem. Im Wesentlichen folgten sie damit den Vorschlägen der Peel-Kommission, schlugen aber gemäß den sich seither gewandelten Besitz- und Siedlungsverhältnisse eine andere Grenzziehung vor.

1946 wurde die Gesamtbevölkerung Palästinas auf ca. 1,94 Millionen Menschen geschätzt, davon ca. 1.33 Millionen Araber (1,18 Millionen Muslime und 149.000

Christen), 603.000 Juden und 16.000 sonstige; siehe: Rashid Khalidi „The Palestinians and 1948: the underlying causes of failure“ in Rogan /Shlaim, 2001)

Es wird vermerkt, dass der jüdische Landbesitz inzwischen auf 11% der kultivierbaren und 20% der kultivierten Fläche angewachsen war. Ungeachtet der Beschränkungen des Passfield-Weißbuchs hatten die Juden weitere 145.000 Dunam Land erworben, von dem fast die Hälfte Eigentum des Jüdischen Nationalfonds war. Die jüdischen Siedlungen hatten sich entlang der Küste auch auf die Umgebung von Jerusalem ausgedehnt.

Diese Gegebenheiten wurden von der UNSCOP berücksichtigt, die die dicht von Arabern besiedelten Teile Galiläas dem arabischen Staat zuwies.

Der jüdische Staat aber sollte mit 55% der Gesamtfläche erheblich mehr Land erhalten, als sich zu dieser Zeit in seiner Hand befand und auf seinem Gebiet sollten neben 520.000 Juden auch 350.000 Araber wohnen. Am 29. November 1947 stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Resolution 181 mit 33 zu 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen diesem Teilungsplan zu.

Während die jüdische Bevölkerung diesen Plan überschwänglich feierte, war die arabische Seite entsetzt. Die britische Regierung jedoch kündigte Anfang Dezember 1947 an, ihr Mandat am 14. Mai 1948 ihr Mandat niederzulegen.

Die Araber erkannten die Entscheidung der UNO nicht an, da sie nicht einsehen konnten, dass die Araber Palästinas die Schuld der Europäer begleichen sollten, die einst ihre Juden in ihren Staaten diskriminiert hatten und denen sie nun, als ob ihnen Palästina gehörte, darüber verfügten und dort den Juden „großzügig“ ein Stück des arabischen Territoriums zur Verfügung stellten. Die arabischen Politiker sahen sehr wohl das Leid, das den Juden zugefügt worden ist - aber seitens der Europäer, nicht von ihnen! So hielten die arabischen Staatsoberhäupter im sog. Alexandria-Protokoll fest:

Die Kommission erklärt, „...dass sie niemandem in dem Bedauern über die Leiden nachsteht, die den Juden Europas durch europäische Diktaturen zugefügt wurden. Aber die Angelegenheit dieser Juden sollte nicht mit dem Zionismus verwechselt werden, denn es kann kein größeres Unrecht und keine größere Aggression geben, als wenn das Problem der Juden Europas durch ein anders Unrecht gelöst wird, indem den Arabern Palästinas unterschiedlicher Religion und Konfession Unrecht getan wird.“ (siehe: Smith, Charles „Palestine and the Arab-Israeli Conflict“ 3.Aufl., New York 1996, S. 125)

Die Arabische Liga mit Sitz in Kairo, die sich 1945 gründete, war allerdings nicht in der Lage, die rivalisierenden Mitgliedstaaten wirksam zu einen. G. Krämer schätzt

ein: *„Einigkeit herrschte unter den Parteien (möglicherweise mit Ausnahme Abdallahs) in dem Bemühen zu verhindern, dass die Juden die Gebiete, die ihnen im Teilungsplan der Vereinten Nationen zugesprochen worden waren, tatsächlich in Besitz nahmen. Erste Priorität aber hatte das Bestreben, nicht zuzulassen, dass der jeweilige Konkurrent in der zu erwartenden Auseinandersetzung mehr gewann als man selbst. Hier zeichnete sich bereits das Muster ab, das den arabisch-israelischen Konflikt über Jahrzehnte prägen sollte: Es ging den arabischen Regierungen nie allein um den jüdischen Gegner, sondern immer zugleich um Hegemonie und Gleichgewicht im arabischen Lager. Nichts hätte das deutlicher zeigen können als der Krieg von 1948.“* (siehe Gudrun Krämer: *“Geschichte Palästinas“*, Verlag C.H.Beck, München, 5. durchgesehene Auflage, 2006, S. 361)

Auch Martin Robbe schätzt dazu ein: *„Das reorganisierte Arabische Hochkomitee lehnte am 13. Juni 1947 offiziell eine Zusammenarbeit mit dem UNSCOP ab. Es machte sich die radikale Haltung des „Alles oder nichts“ zu eigen, die arabische Staaten einnahmen, ohne ein den Gegebenheiten angemessenes eigenes konstruktives Konzept zu entwickeln. Dadurch zeigte es sich den Anforderungen dieser Situation nicht gewachsen und blieb unfähig, die nationalen Interessen der Palästinenser zu vertreten.“*

Seine Einschätzung entspricht in diesem Punkt aber nicht ganz den Realitäten. Die PKP (Kommunistische Partei Palästinas), von er UNSCOP aufgefordert, ihre Haltung darzulegen, SETZTE SICH DAFÜR EIN, EINEN EINHEITLICHEN UND UNABHÄNGIGEN DEMOKRATISCHEN STAAT ZU SCHAFFEN. ARABER UND JUDEN SOLLTEN IN IHM GLEICHE RECHTE GENIEßEN, ALS VÖLKER WIE ALS INDIVIDUEN.

Sie würden sich dann auch, wie Meir Vilner auf eine entsprechende Frage feststellte, über die jüdische Einwanderung verständigen. Allein die Frage der ausländischen Intervention habe in der Vergangenheit die Angelegenheit kompliziert. (siehe : *We Fight for Freedom, The Communist Party of Palestina, Evidencegiven to U.N.S.C.O.P.* ,Jerusalem, July 13 and 15, 1947, S.43)

Eine UNSCOP-Mehrheit setzte sich dafür ein, Palästina zu teilen und nach einer Übergangsperiode sowohl einen jüdischen als auch einen arabischen Staat zu gründen. Beide Staaten sollte in eine ökonomische Union eingebettet werden. Jerusalem aber sollte einen Sonderstatus erhalten.

Das Ad-hoc-Komitee lud, um sich zu informieren, Vertreter des Arabischen Hochkomitees und der Jewish Agency ein. Radscha'i al-Husseini, der dort für das Hochkomitee sprach, lehnte den UNSCOP-Bericht als Basis einer Diskussion ab und nannte es Pflicht aller Araber, ihr Land gegen jede Aggression zu verteidigen, auch

gegen die zionistische Kampagne, die Palästinenserland unrechtmäßig in Besitz nehmen wollten. Stattdessen schlug er vor, einen arabischen Staat zu errichten, in dem die Rechte aller in ihm lebenden Personen geschützt würden. Währenddessen unterstützte die Jewish Agency den Mehrheitsvorschlag der UNSCOP, forderte aber im Falle Jerusalems, dieses vollständig in den zu gründenden jüdischen Staat einzugliedern.

Freilich riefen die UNO-Mitgliedstaaten sowohl die Araber, als auch die Juden immer wieder zu einer Kompromisslösung auf, die jedoch, wenn man mit zweierlei Maß misst, d.h. die Zustimmung der Araber zu einer essentiellen territorialen Frage forderte, die man anderen UNO-Mitgliedstaaten nie zugemutet hätte, keinen Erfolg haben konnten.

Am 22. Oktober 1947 bestellte das Ad-hoc Komitee zwei Subkomitees ein, von denen das eine den UNSCOP-Mehrheitsplan, das andere die Vorschläge für die Schaffung eines palästinensischen Einheitsstaates prüfen sollte.

Schließlich unterbreiteten die UdSSR und die USA am 10. November 1947 dem Subkomitee den Vorschlag, das britische Mandat vorzeitig am 1. Mai 1948 zu beenden und eine UN-Kommission einzusetzen, die die Mandatsmacht unterstützen und Palästina nach Abzug der Briten bis zur Teilung und der damit verbundenen Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates am 1. Juli 1948 regieren sollte. Mit anderen Worten ignorierten die UNO-Staaten damit völlig den Wunsch der Araber nach einem einheitlichen Staat.

Im Rückblick ist es beschämend, dass die neu gegründete UNO ihrem eigenen Statut widerspricht, in dem es unter Kapitel I Art.7 heißt: *„Keine Bestimmung der vorliegenden Charta berechtigt die Vereinten Nationen, sich in Angelegenheiten einzumischen, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören...“*

Fakt ist doch, dass jüdische Menschen erst als Siedler und während der Zeit des Faschismus als Flüchtlinge nach Palästina kamen und sich, so wie in aller Welt üblich, als Gäste dem Landesrecht zu beugen haben. Daran ändert auch ein Verweis auf die Verfolgung und systematische Ausrottung der Juden während der Zeit des Faschismus nichts, zumal die Palästinenser die Juden auf ihrem Territorium nie verfolgt haben. Warum sollten also die Araber ihnen nicht weiterhin Gastrecht als gleichberechtigte Bürger eines arabischen Staates bieten? Schließlich beanspruchten ja auch die während des 2. Weltkrieges ausgewanderten Juden auch keinen eigenen Staat in den Staaten USA, bzw. in Russland und anderswo!

So darf es nicht verwundern, dass sich in den arabischen Staaten die Stimmen mehrten, die im Falle eines UNO-Teilungsbeschlusses den zu gründenden jüdischen Staat beseitigen wollten.

Die UNO-Vollversammlung erörterte in ihren Sitzungen zwischen dem 26. und 29. November 1947 die Empfehlungen des Ad-hoc-Komitees und nur diese. Der arabische Vorschlag der Bildung eines einheitlichen arabischen Staates wurde nicht einmal erwähnt, geschweige denn darüber abgestimmt!

Für die zu fällende Entscheidung in der UNO war eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Derweil entfalteten die Zionisten auf der ganzen Welt eine fieberhafte Tätigkeit, um diese Entscheidung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Schließlich akzeptierte die UN-Vollversammlung am 29. November 1947 die UNSCOP-Mehrheitsempfehlung. Demnach sollte das britische Mandat aber erst am 1.8.1948 beendet werden. In Palästina sollten ein arabischer und ein jüdischer Staat, sowie ein Internationales Sonderregime für die Stadt Jerusalem geschaffen werden. Von den 57 UN-Mitgliedstaaten hatten sich bei 10 Enthaltungen, 33 für und 13 gegen die Resolution ausgesprochen.

Der arabische Staat sollte nach den Vorstellungen der UNO ungefähr 11.000 km² umfassen, d.h. 42 % des zur Verfügung stehenden Territoriums. Für den jüdischen Staat waren 14.000 km² vorgesehen, d.h. 56% des Gesamtterritoriums, während das internationale Gebiet von Jerusalem ca. 2% des Gebietes von Palästina in Anspruch nehmen sollte.

Fernstudium

Frank Flegel: Bericht von den zweiten Seminaren unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums

Für das gemeinsame marxistisch-leninistische Fernstudium von KPD und offen-siv 2018/2019 hatten sich insgesamt 91 Teilnehmer/innen eingetragen. Eine solch große Gruppe kann man weder unterrichten noch führen. Deshalb hatten wir beschlossen, den Fernstudiengang 2018/2019 in zwei Gruppen durchzuführen und eine Aufteilung vorgenommen.

Am 2./3. Juni und am 23./24. Juni haben die beiden zweiten Seminare nun in diesen beiden organisatorisch getrennten, inhaltlich aber identisch vorgehenden Gruppen stattgefunden. An der Gruppe I, die am 2./3. Juni zusammenkam, haben 25 Genossinnen und Genossen teilgenommen, sechs waren verhindert, an der Gruppe II, die am 23./24. Juni zusammenkam, haben 51 Genossinnen und Genossen teilgenommen, neun waren verhindert.

Beim ersten Seminar hatten wir neben den philosophischen Grundlagen und dem historischen Materialismus die Entwicklung von Ware und Geld bis hin zum einfachen Begriff des Kapitals zum Thema. Bei den zweiten Seminaren ging es dem entsprechend um die Konkretionen, die zum genaueren Verständnis des Kapitals notwendig sind, also um die Unterscheidungen von konstantem und variablen, fixem und zirkulierendem Kapital, um Mehrwertrate und Profitrate, um die absolute und relative Mehrwertproduktion, um das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, also um die Kapitalisierung des Mehrwerts und seine Folgen, um die Jagd nach dem Extraprofit und damit um die Entwicklung der Produktivkräfte und schließlich um den tendenziellen Fall der Profitrate. Darauf folgten Einsichten in die Entwicklung des Monopolkapitalismus und die Entwicklung des Imperialismus als neuem und letztem Stadium des Kapitalismus.

Das war ein anspruchsvolles Programm, das aber, auch dank der inneren Logik der Sachverhalte, für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gut nachvollziehbar war. Zum Nacharbeiten zu Hause haben wir wieder Leseaufgaben und Leitfragen verteilt.

Beide Gruppen waren in Kenntnis darüber, dass der Studiengang 2017/2018 eine Broschüre verfasst hat, nämlich „Was wäre, wenn wir morgen in Deutschland eine Planwirtschaft hätten?“. Beide Gruppen haben Interesse, Ähnliches zu verfassen, Gruppe eins evtl. zum Thema „Die Verbrechen des Revisionismus“ oder auch „Der deutsche Imperialismus 2018“, Gruppe II eventuell zum Thema „Die typischen Einfallstore des Revisionismus – mit welchen Mitteln greift der Revisionismus den Marxismus-Leninismus an?“. Aber darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, bei den dritten Seminaren Mitte August bzw. Anfang September werden wir darüber entscheiden.

Am zweiten Seminar nimmt etwa die Hälfte der „Wie-weiter-Gruppe“ teil, die sich Anfang Juni eine festere Struktur gegeben und dazu eine „Kommunistische Organisation“ gegründet hat. Am Sonnabendabend hat sich diese Gruppe den anderen Teilnehmern/innen vorgestellt und in der Diskussion ergaben sich interessante Gesichtspunkte. So wird die offen-siv das Grundsatzpapier (Thesen) der „Kommunistischen Organisation“ veröffentlichen (siehe nachfolgend in diesem Heft). KPD und offen-siv sind von den Genossinnen und Genossen der „Kommunistischen Organisation“ herzlich eingeladen, an den von ihnen beschlossenen Arbeitsgruppen zu grundlegenden und strittigen Themen der kommunistischen Bewegung mitzuarbeiten, was im Herbst beginnen könnte - und der Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, dass die „Kommunistische Organisation“ als Gast einen ständigen Sitz im ZK der KPD erhält, um systematisch Informationen auszutauschen und gegebenenfalls Kooperationen zu verabreden, löste bei den Genossinnen und Genossen Applaus aus. Natürlich müssen beiderseitig die Gremien der Organisationen noch

zustimmen. Ich gehe aber davon aus, dass das nur eine Formsache sein wird.

In der Schlussreflexion des Seminars wurde deutlich, dass es in acht Städten Gruppen gibt, die vor Ort die Inhalte parallel zum Fernstudium bearbeiten und von denen ein oder mehrere Genossen am Fernstudium teilnehmen, zu Hause also so etwas wie Anleiter sind. Auf Nachfrage ergab sich, dass dies in Aachen, Cottbus, Frankfurt/Main, Jena, Köln, Leipzig, Stuttgart und Tübingen geschieht. Ich habe dorthin auch schon paketeweise die Schulungshefte des Fernstudiums verschickt. Die Teilnehmerzahlen der Gruppen vor Ort liegen zwischen fünf und 22, so dass wir davon ausgehen können, dass das Fernstudium eine regionale Fernwirkung für etwa ebenso viele junge Genossinnen und Genossen hat, wie an ihm direkt teilnehmen. Das ist natürlich eine sehr schöne Multiplikatorenwirkung und hat zur Folge, dass diejenigen aus den Gruppen, die direkt am Fernstudium teilnehmen, erstens die Inhalte besonders intensiv lernen, denn nichts schult so wie der Zwang, es anderen erklären zu müssen und dass sie zweitens in diese Rolle der Vermittlung marxistisch-leninistischer Inhalte hineinwachsen.

Aber damit noch immer nicht genug der guten Meldungen: zwei Genossen, die aus dem Fernstudium 2017/2018 kommen und sich bereit erklärt hatten, Referenten beim Fernstudium zu werden, dann zwei Referentenseminare, so etwas wie eine kleine „Lehrerausbildung“ (allerdings nicht fürs Lernen in den Schulen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern fürs Lernen des Marxismus-Leninismus) mitgemacht haben, haben ihre ersten eigenständigen Referate gehalten zu den Themen „Entwicklung des Monopolkapitalismus“ und „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Beide waren sehr gut.

So kann ich nach diesen beiden Seminaren wieder einmal sagen, dass es zwar sehr anstrengend, aber auch sehr befriedigend ist, an einer solch sinnvollen Arbeit mitzuwirken.

200. Geburtstag von Karl Marx

Tibor Zenker: Politische Organisation und Parteitheorie bei Karl Marx

Vortrag von Tibor Zenker, stv. Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs, auf der Konferenz „Zum 200. Geburtstag von Karl Marx“, Wien, 26. Mai 2018

Sozialistische und kommunistische Organisationen im allgemeinen Sinn oder Arbeiterbünde und -vereine gab es bereits vor dem Auftreten von Karl Marx (1818-1883) als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus – des Marxismus, wie man später sagen wird. Es versteht sich von selbst, dass diese Organisationen theoretische, strategische und strukturelle Mängel aufweisen mussten, waren doch die hierfür nötigen Werkzeuge noch nicht entwickelt. „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“ [1]¹, schrieb Lenin richtigerweise. Andererseits war die Herausbildung der modernen Arbeiterklasse als historische Größe erst ein Ergebnis der fortschreitenden und sich ausbreitenden industriellen Revolution.

Der Bund der Kommunisten und das Kommunistische Manifest 1847-1852

Eine dieser „vormarxschen“ Organisationen war der 1836 in Paris gegründete, später in London ansässige „Bund des Gerechten“, der gemäß seiner zentralen Figur, Wilhelm Weitling, zunächst eine Art christlich motivierten, somit größtenteils utopistischen Sozialismus vertrat. Dies änderte sich 1847, als Marx und Friedrich Engels (1820-1895) in den Bund eintraten und mit ihrer materialistischen Geschichtsauffassung eine Mehrheit gewinnen konnten. Der Bund wurde umbenannt in „Bund der Kommunisten“, reorganisiert und Marx und Engels wurden mit der Erarbeitung eines Programms beauftragt. Dieses Programm, das 1848 veröffentlicht wurde, war, wie bekannt sein dürfte, das „Manifest der Kommunistischen Partei“, in dem die Grundzüge des Marxismus bereits entwickelt sind.

Und einige Grundzüge betreffen natürlich auch den Charakter, die Aufgaben und strukturelle Fragen bezüglich der Organisation selbst. Vorab sei jedoch noch erwähnt, dass der Bund keineswegs alle Anforderungen einer kommunistischen Partei, wie sie im Folgenden herausgearbeitet werden, tatsächlich erfüllt hat bzw. erfüllen konnte – sie sind daher teilweise als Zielsetzungen zu verstehen. Außerdem ist noch darauf hinzuweisen, dass das Wort „Partei“ von Marx und Engels hier noch nicht im engen, streng-„juristischen“ Sinn späterer und unserer Tage verwendet wird, sondern als

¹ Die Fußnoten findet Ihr am Ende des Artikels!

Synonym für eine politische Strömung. Wir arbeiten aber heraus, was für eine Partei in unserer Terminologie relevant ist.

Ein Auszug aus dem Abschnitt „Proletarier und Kommunisten“:

„In welchem Verhältnis stehen die Kommunisten zu den Proletariern überhaupt?

Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien.

Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.

Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Die Abschaffung bisheriger Eigentumsverhältnisse ist nichts den Kommunismus eigentümlich Bezeichnendes.

Alle Eigentumsverhältnisse waren einem beständigen geschichtlichen Wandel, einer beständigen geschichtlichen Veränderung unterworfen.

Die Französische Revolution z.B. schaffte das Feudaleigentum zugunsten des bürgerlichen ab.

Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums.

Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht.

In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.“ [2]

Was kann man hier alles herauslesen?

1. Die kommunistische Partei ist eine selbständige Arbeiterpartei, d.h. eine Partei der Arbeiterklasse, unabhängig vom liberalen Bürgertum und vom demokratischen Kleinbürgertum. Und es wird außerdem zur Kenntnis genommen: Es gibt auch andere Arbeiterparteien, die nicht kommunistisch, nicht marxistisch sind. Hierfür gibt es zwei Möglichkeiten:

„Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch ... Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet ... immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren ... Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter ... Es bedarf ... der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren.“ [3]

Das bedeutet: Die Arbeiter erkennen ihre gemeinsame Lage anhand der Arbeitssituation bzw. der Lohnabhängigkeit und Lohnentwicklung sowie anhand wiederkehrender Kämpfe, sie werden dadurch mit dem Bewusstsein ihrer Klassenlage durchdrungen. Sie können sich auf dieser Basis zusammenschließen und auch ständige Organisationen bilden. Allerdings wird eine solche Organisierung immer nur beschränkten Inhalt haben und rein ökonomischen-sozialen Kämpfen dienen. Diese Art der autonomen Selbstorganisierung wird und kann in aller Regel nicht über den „Trade-Unionismus“ hinauskommen, d.h. über eine zunächst nur gewerkschaftliche und somit auf politische Ebene übertragen reformistische Orientierung (z.B. die englischen Chartisten ab den 1830er Jahren).

Die andere Möglichkeit ist jene, wie gehört, mit den „Ideen“, die von irgendeinem „Weltverbesserer erfunden“ wurden. Eine solche Organisierung trifft auf jeden vormarxistischen Sozialismus zu, auf die so genannten utopischen Vorläufer, aber auch auf den späteren Anarchismus und dergleichen. Es geht also um

Wunschvorstellungssozialismus, wie es ein bürgerlicher, kleinbürgerlicher, christlicher Gelehrter oder Halbgelehrter ausgeheckt hat und die Arbeiter damit messianisch beglücken möchte – Marx und Engels setzen sich im dritten Abschnitt des Manifests mit einigen Varianten auseinander.

Für den Bund der Kommunisten unter Anleitung von Marx und Engels galt derartige ab 1847/48 natürlich nicht: Die Kommunisten erhalten ihre Anschauungen aufgrund genauer Analysen der Geschichte, der Gesellschaft und der Ökonomie – und auch nur auf dieser Grundlage werden Prognosen gemacht und Strategien überlegt. Der Sozialismus wird damit zur Wissenschaft.

Daher der zweite Punkt, der festzuhalten ist:

2. Die Kommunisten wirken auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus (des Marxismus) und unterscheiden sich dadurch von anderen Arbeiterparteien.

Damit verbunden ist der dritte Punkt:

3. Die Kommunistische Partei ist die Zusammenführung von Arbeiterbewegung und Marxismus.

Die Herleitung der Arbeiterbewegung hat Marx ein Jahr vor dem „Manifest“ in der Schrift „Das Elend der Philosophie“ folgendermaßen gegeben: *„Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital“* – eine Klasse an sich, sagte man später –, *„aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf ... findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“* [4]

Es geht daher um die Zusammenführung von ökonomischem und dem beschränkten politischen Kampf der Arbeiter einerseits und der nötigen Ideologie andererseits. Und das geht nicht von alleine, denn die Arbeiter entwickeln von selbst – siehe oben – in aller Regel bloß gewerkschaftliches bis reformistisches Bewusstsein, jedoch kein revolutionär-sozialistisches im marxistischen Sinn: Dieses und die gesamte Weltanschauung des Marxismus müssen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden und werden es auch. *„Es werden ferner, wie wir sahen, durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandteile der herrschenden Klasse ins Proletariat hinabgeworfen oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Auch sie führen dem Proletariat eine Masse Bildungselemente zu.“* Und außerdem *„geht ... ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil dieser Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen*

geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.“ [5] – Womit sich Marx und Engels nicht unironisch eigentlich selbst beschreiben. Die Entwicklung des Marxismus – des Sozialismus auf wissenschaftlicher Grundlage – findet natürlich nicht in der Arbeiterklasse statt, sondern in der Intelligenz, im konkreten Fall durch einen akademischen Philosophen mit kleinbürgerlichem Familienhintergrund und durch einen Kapitalisten. Doch der Marxismus konnte nicht nur nicht in der Arbeiterklasse selbst entwickelt werden, sondern der kapitalistische Lohnarbeiter ist normalerweise auch nicht in der Lage – aufgrund des Bildungssystems, der Medienlandschaft, der vorherrschenden Meinung sowie der begrenzten Freizeit –, sich diese wissenschaftlich begründete Weltanschauung, die marxistische Theorie, revolutionäre Strategie von alleine anzueignen. Daraus folgt:

4. Das revolutionäre, sozialistische Bewusstsein muss unter den Arbeitern gezielt entwickelt, der Marxismus in die Arbeiterklasse hineingetragen werden.

Das ist ein äußerst wichtiger Punkt, denn hier wird gerne eine Diskontinuität von Marx zu Lenin behauptet, was aber keineswegs der Fall ist. – Aber weiter: Welche Aufgaben hat nun die Kommunistische Partei?

5. Die Kommunistische Partei wirkt zunächst für die Aufklärung, Organisierung und Schulung der Arbeiterklasse.

6. Die Ziele der Kommunistischen Partei sind: Sturz der bürgerlichen Herrschaft auf dem Wege der Revolution, Errichtung der politischen Macht der als herrschende Klasse organisierten Arbeiterklasse, Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums, dadurch Erreichung einer klassenlosen Gesellschaft. Die Kommunisten heben *„die Eigentumsfrage ... als die Grundfrage der Bewegung hervor.*“ [6]

Weiters von Bedeutung und bereits im „Manifest“ begründet:

7. Die kommunistischen Parteien sind als nationale Parteien zu organisieren, aber natürlich internationalistische Parteien. *„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler.*“ [7])

8. Die kommunistische Partei ist bündnisfähig, gibt dabei aber ihre Identität und ihr strategisches Hauptziel nicht auf. Dies wird anhand einiger relevanter Länder und Bewegungen im vierten Abschnitt, „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“, dargestellt. Conclusio: *„Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände ... Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.*“ [8] – Aber: *„Sie [die kommunistische Partei, Anm.] unterläßt ... keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen*

Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die ... Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen ..., sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.“ [9]

9. Die kommunistische Partei ist – unter entsprechenden Bedingungen freilich – kein konspirativer Geheimbund, der nur im Verborgenen agiert, sondern sie soll eine Organisation zur Massenagitation und zum Massenkampf sein. Trotzdem muss – und das ist ebenso wichtig –, je mehr sich der Klassenkampf zuspitzt, mit Perioden der Illegalität und schärfsten Verfolgung gerechnet werden.

10. Die Kommunistische Partei ist im Inneren klar strukturiert und demokratisch. – Nicht im Manifest dargelegt, aber Engels schrieb 1885 in seiner „Geschichte des Bundes der Kommunisten“: *„der Bund organisierte sich in Gemeinden, Kreise, leitende Kreise, Zentralbehörde und Kongreß ... Die Organisation selbst war durchaus demokratisch, mit gewählten und stets absetzbaren Behörden und hiedurch allein allen Konspirationsgelüsten, die Diktatur erfordern, ein Riegel vorgeschoben und der Bund – für gewöhnliche Friedenszeiten wenigstens – in eine reine Propagandagesellschaft verwandelt. Diese neuen Statuten – so demokratisch wurde jetzt verfahren – wurden den Gemeinden zur Diskussion vorgelegt, dann auf dem zweiten Kongreß nochmals durchberaten und von ihm definitiv am 8. Dezember 1847 angenommen.“* [10] – Nochmals zur Struktur: Es gibt mit den Gemeinden örtliche Grundorganisationen, die regional Kreise bilden, Vertreter der Gemeinden fungieren als Kreisbehörde. Der Kongress ist als eine Art Delegiertenparteitag das legislative Organ und höchste Instanz des Bundes, die Zentralbehörde ist das Exekutivorgan. Letztlich sind im Bund durch Marx und Engels bereits durchaus relevante Grundzüge des demokratischen Zentralismus entwickelt.

Man sieht, das ist schon eine ganze Menge, was man alleine anhand des Kommunistischen Manifests herausfiltern kann, obwohl dieses sehr früh im Wirken von Marx entstanden ist.

Der Bund der Kommunisten jedenfalls, dessen Mitglieder v.a. in Deutschland während der Revolutionsjahre ab 1848 keineswegs eine unbedeutende Rolle spielten, hatte sich durchaus nach gegebenen Möglichkeiten bewährt, wie Marx und Engels in ihrer „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ (1850) feststellten: *„einmal dadurch, daß seine Mitglieder an allen Orten energisch in die Bewegung eingriffen, daß sie in der Presse, auf den Barrikaden und Schlachtfeldern voranstanden in den Reihen der allein entschieden revolutionären Klasse des Proletariats“,* andererseits dadurch, dass *„die früher vom Bunde nur im geheimen propagierte Auffassung der heutigen Gesellschaftszustände jetzt im Munde der Völker ist und auf den Märkten*

öffentlich gepredigt wird.“ [11] – Gleichzeitig musste jedoch eine faktische Lockerung der Strukturen konstatiert werden, was eine straffe Reorganisation nötig machte. Diese hatte aber keinen nachhaltigen Erfolg und der Bund wurde 1852 aufgelöst, was durchaus exemplarisch für eine gewisse Stagnation der internationalen organisierten Arbeiterbewegung 1848-1864 ist.

Die Internationale Arbeiterassoziation 1864-1876

In den Jahren danach, wie bekannt sein dürfte, widmete sich Marx vermehrt der politischen Ökonomie, was, über einige Zwischenschritte, schließlich 1867 in der Veröffentlichung des ersten Bandes des „Kapitals“ [12] gipfelte. Das bedeutet aber keineswegs, dass sich Marx nicht durchaus weiter mit Organisationsfragen der Arbeiterbewegung befasst hätte, im Gegenteil, er griff auch weiterhin ganz praktisch in diese ein.

Als zentrales Ergebnis wurde am 28. September 1864 in London die „Internationale Arbeiterassoziation“ (IAA) gegründet, heute v.a. als „Erste Internationale“ titulierte. Marx wurde Mitglied im zentralen Leitungsgremium, im Generalrat der IAA, und verfasste die „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation“, also deren ersten Aufruf an die Arbeiterklasse, wiederum unter dem alten und nun praktischen Motto: *„Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“* [13] – Für unser Anliegen sind jedoch die ebenfalls von Marx erarbeiteten Statuten der IAA relevanter sowie, im Folgenden, auch deren politische und organisatorische Praxis.

In den Statuten heißt es in Punkt 1 zum Vereinszweck: *„Die gegenwärtige Assoziation ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.“* [14] D.h. es geht um defensive und progressive Kämpfe innerhalb des Kapitalismus, im Endzweck aber um die sozialistische Revolution. So simpel kann man das sogar in ein Vereinsstatut schreiben.

Die folgenden Punkte bestimmen Strukturelles: Jährlicher Kongress, Einrichtung des Zentralrats, der als Exekutivorgan dem Kongress rechenschaftspflichtig ist, außerdem Anregungen der nationalen oder regionalen Gesellschaften, die Mitglieder in der IAA sind, aufzunehmen, andererseits diese auch initiativ zu unterstützen hat.

In Punkt 7 kommt schließlich ein ganz zentraler bzw. sogar der zentrale Punkt zum Vortrag: Es *„sollen die Mitglieder der Internationalen Assoziation all ihre Kräfte aufbieten zur Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder in nationale Körper, repräsentiert durch nationale Zentralorgane.“* [15] – D.h. es sollen in allen Ländern unbedingt nationale, je nach gesetzlicher Lage

möglichst legale, somit öffentlich wirkende, organisatorisch selbständige Arbeiterparteien geschaffen werden. Bloß wenn solche in möglichst großer Zahl existieren, kann auch die Arbeit der internationalen Arbeiterbewegung bestmöglich funktionieren. – Das war, neben der Verankerung des Marxismus in der Arbeiterbewegung, die eigentliche Aufgabe der IAA.

Es versteht sich von selbst, dass in der Vorstellung von Marx diese nationalen Arbeiterparteien kommunistisch im marxistischen Sinn sein sollten. In der Praxis war die Zusammensetzung der IAA jedoch recht bunt, wenngleich sich Marx und seine Anhänger insgesamt durchzusetzen wussten. Verschiedene nationale bzw. regionale Strukturen waren etwa vom Proudhonismus dominiert, außerdem ist natürlich die Auseinandersetzung mit Bakunin und dem Anarchismus zu nennen, was 1872 zu Bakunins Ausschluss führte. Doch war der Pragmatismus bezüglich der Mitglieder, den es v.a. zu Beginn gab, durchaus gewollt: Es sollten zunächst die verschiedenen Gruppen, unabhängig von ihrem damaligen ideologischen und organisatorischen Entwicklungsstand, vereint werden, um sodann schrittweise zu einem einheitlichen Programm, einer einheitlichen Strategie und Taktik zu kommen.

Ein bedeutendes Ereignis der Zeit der IAA war natürlich Errichtung und Niederschlagung der Pariser Kommune 1871, die ein Beispiel für den „Pluralismus“ in der IAA und der Arbeiterbewegung insgesamt darstellt. Die Kommune wurde vorrangig von Blanquisten, die nach einem gescheiterten Versuch am Genfer Kongress 1866 nicht in der IAA waren, und von Proudhonisten, die IAA-Mitglieder waren, getragen, weshalb der IAA-Einfluss im marxistischen Sinn äußerst gering war, was für den Erfolg der Kommune durchaus mit problematisch war, aber der solidarischen Unterstützung natürlich keinen Abbruch tat. Und im Namen des IAA-Generalrats kommt Marx in der Resolution „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ zu dem bedeutenden Schluss: Die Kommune *„war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“* [16] – nämlich die Diktatur des Proletariats. Damit ergibt sich die Festlegung: Eine kommunistische Partei, die tatsächlich den Sozialismus und Kommunismus will, muss sich zu dieser bekennen, nicht zwingend terminologisch, aber unweigerlich inhaltlich.

Am Haager Kongress 1872 wurde ein neuer Artikel in das Statut der IAA aufgenommen: *„In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klassen kann das Proletariat nur dann als Klasse handeln, wenn es sich selbst als besondere politische Partei im Gegensatz zu allen alten, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien konstituiert. Diese Konstituierung des Proletariats als politische Partei ist unerlässlich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres höchsten Zieles, der*

Aufhebung der Klassen, zu sichern.“ [17] – Hier wird also nochmals darauf hingewiesen, dass die Schaffung eigenständiger nationaler revolutionärer Arbeiterparteien als Massenparteien die nächste Aufgabe ist. Mit der Vorbereitung dieser in ideologischer, programmatischer und organisierender Hinsicht hatte die IAA ihre Aufgabe erfüllt und wurde 1876 offiziell aufgelöst.

In Deutschland, worauf Marx freilich besonderes Augenmerk legte, hatte sich eine solche Partei bereits 1869 gegründet, unter maßgeblicher Arbeit von August Bebel (1840-1913) und Wilhelm Liebknecht (1826-1900). Die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP, „Eisenacher Partei“) stand in allen Grundfragen auf dem Boden des Marxismus, wurde Mitglied in der IAA und bemühte sich parteiintern um entsprechende demokratisch-zentralistische Strukturen. Sie gewann bedeutenden Einfluss in der Arbeiterschaft und erzielte erstmals eigenständige Mandatsgewinne für die revolutionäre Arbeiterbewegung. 1875 kam es jedoch zur Fusion mit dem 1863 von Ferdinand Lassalle gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP), jedoch nicht auf revolutionärer, klar marxistischer Grundlage, wie es sich Marx als schrittweise Entwicklung vorgestellt hätte, sondern auf Basis des hinlänglich bekannten „Gothaer Programms“. Dieses war durchsetzt von opportunistischen lassalleianischen Ideen und war somit ein deutlicher Rückschritt gegenüber dem Eisenacher Programm, was Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ auch zur Genüge nachgewiesen hat und zu dem Schluss kommt: *„Übrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligsprechung der Lassalleschen Glaubensartikel.“* [18] – Die theoretischen Mängel, die durch die praktische Tätigkeit der Mitglieder der SAP jedoch teilweise kompensiert werden konnten, wurden erst 1890 mit der Konstituierung der SPD und v.a. mit dem neuen, marxistischen „Erfurter Programm“ von 1891 behoben. Dies konnte Marx, der 1883 verstarb, nicht mehr erleben, wohl aber Friedrich Engels, der bis zu seinem Tod 1895 im Sinne von Marx weiter wirkte – weshalb wir auch diese Periode noch beachten möchten.

Die Zweite Internationale 1889-1914

In Deutschland war die SAP durch das so genannte „Sozialistengesetz“ von 1878-1890 faktisch illegalisiert, wenngleich in ihren Handlungen nicht gänzlich eingeschränkt. Die Bismarcksche Verfolgung verfehlte nicht nur ihr Ziel einer Zerstörung der Arbeiterbewegung, sondern am Ende dieser Periode stand mit der 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannten Partei sogar die stärkste und einflussreichste Abteilung der II. Internationale.

Am Parteitag 1891 gab sich die SPD ein neues Programm, wobei der grundsätzliche, theoretische Teil von Karl Kautsky (1854-1938) ausgearbeitet wurde. Trotz mancher Kritikpunkte meinte Engels über das „Erfurter Programm“: *„Der jetzige Entwurf*

unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Überreste von überlebter Tradition – spezifisch lassallischer wie vulgärsozialistischer – sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren.“ [19]

Bereits am 14. Juli 1889 war am Internationalen Sozialistenkongress in Paris die Zweite Internationale – als nur lose Struktur, zunächst ohne institutionelle Einrichtungen – begründet worden, wobei Engels in der Vorbereitung nicht unmaßgeblich beteiligt war. Ihre Aufgabe war die Durchsetzung des Marxismus in der internationalen Arbeiterbewegung gegen den Anarchismus und Rechtsopportunismus sowie die Schaffung weiterer nationaler marxistischer Arbeiterparteien (und in weiterer Folge deren Ausbau zu Massenparteien). Ein halbes Jahr zuvor war genau dies auch in Österreich gelungen.

Vom 30. Dezember 1888 bis zum 1. Januar 1889 fand in Hainfeld (Niederösterreich) unter Leitung Victor Adlers (1852-1918) der Gründungsparteitag der österreichischen „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) statt. Man gab sich mit der „Prinzipienerklärung“ ein knappes Programm, das unter Mitarbeit Kautskys am deutschen „Eisenacher Programm“ orientiert war und auf revolutionär-sozialistischer, eben marxistischer Grundlage stand. Als Zweck der SDAP wurde in diesem benannt: *„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich.“* [20] Als Ziel formulierte man den Übergang der Produktionsmittel in gemeinsames Eigentum des arbeitenden Volkes – also die Überwindung des Kapitalismus.

In den folgenden beiden Jahrzehnten wurden die sozialdemokratischen Parteien in Österreich wie in Deutschland zu Massenparteien, mit Masseneinfluss, Vorfeldorganisationen und auch – so weit möglich – mit bemerkenswerten Wahlerfolgen. Doch der parlamentarische Kampf und dessen Erfolge führten zu Illusionen über den Weg zum Sozialismus. Ebenso wirkte die Herausbildung des Imperialismus massiv begünstigend zur Schaffung der Arbeiteraristokratie in der Sozialdemokratie, wodurch Opportunismus, Reformismus und Revisionismus aufkamen. Dies läutete den Niedergang der II. Internationale und die Abkehr der österreichischen SDAP und der SPD vom Marxismus ein.

Eduard Bernstein (1850-1932), 1891 noch Mitautor des „Erfurter Programms“ der SPD, brachte ab 1896 – Engels war gerade erst wenige Monate tot – mit seinen „Problemen des Sozialismus“ die Kernthesen des Revisionismus aufs Tableau. Trotz deutlicher Ablehnung nicht nur durch Parteilinke wie Rosa Luxemburg (1871-1919),

sondern zunächst auch durch den mittlerweile zentristischen Kautsky und die Parteiführung um Bebel, gewann der Revisionismus Einfluss in der SPD. Mit dem Ersten Weltkrieg und danach hatte Bernstein faktisch – weil ohne explizite Anerkennung – auf der ganzen Linie gesiegt, für die Umsetzung war Friedrich Ebert sen. (1871-1925) entscheidend verantwortlich. Die Marxisten der alten SPD, darunter Luxemburg, Karl Liebknecht (1871-1919), Franz Mehring (1846-1919), Clara Zetkin (1857-1933), Wilhelm Pieck (1876-1960) oder Hermann Duncker (1874-1960) verließen die Partei und sammelten sich in der zum Jahreswechsel 1918/19 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Dieser Neugründung war jedoch eine Entwicklung über Spartakusgruppe und -bund sowie die Zwischenstation USPD, der ironischer Weise zwischenzeitlich auch Bernstein angehörte, vorangegangen.

In Österreich kam es am Wiener Parteitag 1901 zur Revision des „Hainfelder Programms“, womit tendenziell auf eine reformistische Vorgehensweise und deterministische Vorstellungen umgeschwenkt wurde, was z.B. von Kautsky oder Max Adler (1873-1937) auch deutlich kritisiert wurde. Dieser Reformismus der österreichischen Sozialdemokratie wurde 1926 mit dem „Linzer Programm“ [21], maßgeblich von Otto Bauer (1881-1938) verfasst, fest einzementiert, wenngleich der „Austromarxismus“ sich immer einer gewissen „radikaleren Phraseologie“ bediente. In der politischen Realität versagte die österreichische Sozialdemokratie während und nach dem Ersten Weltkrieg ebenso wie die deutsche: Sie ging auf Positionen des Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus über, wenngleich es dagegen Widerstand gab (z.B. Friedrich Adler, 1879-1960), danach auf jene der Konterrevolution. Wie in Deutschland wurde daher auch in Österreich eine kommunistische Partei – die KPÖ – gegründet, was am 3. November 1918 geschah.

Die negativen Entwicklungen der SPD und SDAP sind beispielhaft für den Niedergang der II. Internationale. Trotz antimilitaristischer, internationalistischer und revolutionärer Resolutionen auf den internationalen Kongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) kollabierte die II. Internationale mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Die sozialdemokratischen Parteien stellten sich hinter ihre jeweilige nationale Bourgeoisie und unterstützten ihre imperialistischen Ziele. Statt dem in der Krise forcierten Klassenkampf von unten herrschte der „Burgfrieden“.

Nur wenige, darunter vor allem die russischen Bolschewiki, hatten die richtigen Schlüsse in Theorie, Strategie, Taktik und Organisation angesichts der Entfaltung des Imperialismus und dessen Charakters als „*Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats*“ [22] gezogen. Sie kämpfte konsequent gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, gegen den Opportunismus in der II. Internationale und – nach Kriegsbeginn – für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den

revolutionären Kampf gegen den Zarismus, die eigene Bourgeoisie und für den Sozialismus. Diese Ausrichtung, die mit dem Sieg in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 zum Leuchtturm der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung wurde, ist natürlich eng mit dem Namen Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924) verknüpft. Lenin hat das Marxsche Erbe, den Marxismus, am vehementesten verteidigt, angewandt und fortgeführt, weiterentwickelt – in unterschiedlichen Bereichen: Wir sprechen daher berechtigterweise heute vom Marxismus-Leninismus.

100 Jahre kommunistische Bewegung

Lenins „Partei neuen Typs“ fußte natürlich maßgeblich auf der Verarbeitung Marxscher An- und Einsichten, angewandt in der neuen Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus. In organisatorischer Hinsicht stehen dafür die Herausbildung der KPdSU, die Gründung der III., Kommunistischen Internationale 1919 und die Sammlung der revolutionäre Parteien in dieser, sowie die Bolschewisierung der Komintern-Parteien ab Mitte der 1920er Jahre zugunsten gemeinsamer, einheitlicher organisatorischer, ideologischer und strategischer Grundlagen.

Aber warum sprechen wir hier und jetzt darüber? Weil sich heuer nicht nur der Geburtstag von Karl Marx zum 200. Mal jährt, sondern wir befinden uns auch im 100. Jahr seit Schaffung einer von der Sozialdemokratie unabhängigen, eigenständigen kommunistischen Bewegung in Österreich: im November 1918 wurden die KPÖ und der Kommunistische Jugendverband (KJV) gegründet. Wir haben schon bezüglich Marx Eigenartiges erlebt: Selbst SPÖ und SPD ist es nicht zu blöd, Marx für sich zu reklamieren – der würde sich schön bedanken. Und im Laufe des restlichen Jahres wird sich freilich die Frage stellen, wer in Österreich in der Tradition der Neugründungen von 1918 steht. Im Sinne einer marxistischen und leninistischen Ausrichtung gibt es keinen Zweifel, dass lediglich die Partei der Arbeit, die KJÖ und der KSV in der Linie der Oktoberrevolution, Lenins und der Komintern stehen und somit die Erben der marxistisch-leninistischen KPÖ und des KJV darstellen.

Die überlebte Reststruktur, die vereinsrechtlich und namentlich in der Kontinuität der KPDÖ von 1918 steht, wird die akrobatischsten Verrenkungen versuchen, ihre eigene Geschichte verfälschen und diffamieren sowie die absurdesten „Erneuerungen“ propagieren, um aus ihrem Leichnam nochmals ein paar Gärgase entweichen zu lassen. Und sie werden auch den armen Marx für sich einspannen, freilich ohne seine Giftzähne. Wer aber Marx ohne Marxismus will, Stellvertreter- und Almosenpolitik statt Organisation der Arbeiterklasse, Wahlorientierung statt Klassenkampf, EU-Unterordnung statt Antiimperialismus, Kosmopolitismus statt Internationalismus und schließlich einen solidarisch transformierten Kapitalismus

oder einen patriotischen Sozialstaat statt Sozialismus und Diktatur des Proletariats – der befindet sich in einer klaren Sackgasse und steht im Zweifelsfall womöglich gar auf der falschen Seite der Barrikade.

Marx war niemals mit Bernstein und Ebert, mit Karl Renner und Otto Bauer zu versöhnen oder gar zu vereinbaren – auch nicht mit Willy Brandt oder Bruno Kreisky, und er ist es schon gar nicht mit Christian Kern oder Andrea Nahles. Nicht mit Jeremy Corbyn und nicht mit Bernie Sanders. Aber genauso wenig mit Alexis Tsipras, Jean-Luc Mélenchon, Pablo Iglesias oder auch Sarah Wagenknecht. Zu Mirko Messner fällt einem da gar nichts mehr ein.

Wer Marx sagt, muss auch Klassenkampf, Revolution und Sozialismus sagen – sonst ist er nur ein Scharlatan. Wer Marx sagt, muss auch Diktatur der Proletariats und Kommunismus sagen – sonst ist er nur ein Feigling. Und wer Marx sagt, muss auch Lenin sagen: Einen anderen wissenschaftlichen Sozialismus gibt es nicht. Dass es ihn gibt und dass er von Parteien und Organisationen in einer nunmehr 100jährigen Linie aufrichtig und unbeirrbar, in Abgrenzung zu jedem Revisionismus, Opportunismus und Reformismus, als Anleitung zum Handeln verstanden und angewandt wird, um die Menschheit von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg zu befreien, ist das beste Geburtstagsgeschenk zum 200. von Karl Marx.

Fußnoten:

[1] W. I. Lenin: Was tun?, LW 5, S. 379

[2] Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 474f.

[3] ebd., S. 470f.

[4] Karl Marx: Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 180-181

[5] Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 471f.

[6] ebd., S. 493

[7] ebd., S. 473

[8] ebd., S. 493

[9] ebd., S. 492-493

[10] Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, MEW 21, S. 215

[11] Karl Marx/Friedrich Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, MEW 7, S. 244

[12] vgl. Karl Marx: Das Kapital – Band I, MEW 25, S. 11-802

[13] Karl Marx: Inauguraladresse der IAA, MEW 16, S. 13

[14] Karl Marx: Provisorische Statuten der IAA, MEW 16, S. 15

[15] ebd., S. 16

- [16] Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 342
- [17] Karl Marx/Friedrich Engels: Resolutionen des allgemeinen Kongresses zu Haag, MEW 18, S. 149
- [18] Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 13
- [19] Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, MEW 22, S. 227
- [20] Was will die Sozialdemokratie? Beschlüsse der SDAP – Parteitag zu Hainfeld, Wien 1892
- [21] vgl. Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. In: Austromarxismus – Texte zu „Ideologie und Klassenkampf“, Frankfurt/M. und Wien 1970, S. 378-402
- [22] W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 198

Philipp Kissel: Karl Marx feiern heißt die DDR feiern.

Ein paar Gedanken zum 200. Geburtstag von Karl Marx

Der 200. Geburtstag von Karl Marx ist begangen und es wurde viel dazu geschrieben und gesagt. Auffällig war, dass viele ihn plötzlich als Denker entdeckt haben und ihn würdigen. Es dürfte wohl auch Ausdruck davon sein, dass mehr Menschen bei Marx mal nachschauen und da will man ihn schon in die Richtung lenken, die am wenigsten schädlich ist für die bürgerliche Gesellschaft. Seit der Weltwirtschaftskrise von 2008 und der Zuspitzung der Widersprüche nehmen mehr Menschen die Bücher von Marx in die Hand. Das ist gut und erfreulich, besser als die Zeiten, in denen man als völlig gestrig bezeichnet wurde, wenn man nur Marx oder Kapitalismus gesagt hat. Die bürgerliche Öffentlichkeit hält den Zeitpunkt für gekommen, Marx zu „historisieren“, oder ihn „einzubalsamieren“, wie Georg Fülberth in der UZ richtig beschreibt. (<https://unsere-zeit.de/de/5018/positionen/8376/Marx-Schwemme.htm>)

Wie bei solchen Anlässen üblich, verrät uns das offizielle Gedenken mehr über den Stand der Gesellschaft, genauer der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Meinungsmacher als über das Geburtstagskind. Wie nicht anders zu erwarten, geht es um die Verfälschung und Verflachung seines Wirkens und vor allem seine Trennung vom real existierenden Sozialismus.

Vergiftete Geburtstagsgrüße

Von klassisch antikommunistischer Seite sind die Grußadressen offen verhetzt und vergiftet. Noch perfider sind aber die sozialdemokratisch-reformistischen Grüsse. Die Spitze dieser im Schoß der Bourgeoisie angekommenen Vertreter bildet – wenig

überraschend – Gregor Gysi. Im Deutschlandfunk erklärte er: *„Ich finde, Marx muss gleich mehrfach befreit werden. Die erste Befreiung ist, dass sein Missbrauch durch den Staatssozialismus aufhören muss. Deshalb sage ich ja auch den Opfern, die im Gefängnis gesessen haben, sie müssen sich nicht gegen Marx stellen, sondern gegen seinen Mißbrauch stellen. Das hat Marx nie gewollt. Das war ein Freiheitsideologe. (...) Insgesamt ist der Staatssozialismus gescheitert, weil er keine effiziente Wirtschaft hatte, keine Freiheit und keine Demokratie verwirklicht hat.“* (http://www.deutschlandfunk.de/gregor-gysi-der-staatssozialismus-hat-karl-marx-missbraucht.694.de.html?dram:article_id=417134).

Und auch Sahra Wagenknecht will Marx vom real existierenden Sozialismus trennen. Dem Spiegel sagte sie: *„Marx hat an keiner Stelle eine verstaatlichte Planwirtschaft gefordert. Sein Ziel war Demokratie.“* (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/karl-marx-statue-in-trier-enthuehlt-geschenk-aus-china-a-1206388.html>). Und überhaupt biete Marx keine Antwort auf die heutigen Probleme: *„Finden wir bei Marx fertige Lösungen für unsere Probleme? Leider nein. Marx war ein Analytiker, kein Prophet. Er hat uns nur wenige Anregungen für eine Alternative zum Kapitalismus hinterlassen.“* (<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/marx-analysen-treffen-auch-2018-noch-zu-100.html>). Und in guter Totalitarismus-Manier: *„Wer Marx zum Vordenker autoritärer Systeme erkläre, könne seine Aufsätze nie gelesen haben.“*

Gerd Koenen, ehemaliges KBW-Mitglied und effektiver Vertreter des neueren Antikommunismus macht aus Marx in der Frankfurter Rundschau einen Zweifler, der an seinen eigenen Maßstäben gescheitert sei und eigentlich nie ein zusammenhängendes Werk geschrieben habe – alles nur Fragmente. Auch die „Formel“ der Diktatur des Proletariats habe Marx nur so nebenbei benutzt, erst Lenin habe laut Koenen dann eine „Diktatur der Aufgeklärten über das Volk“ gemacht. (<http://www.fr.de/kultur/karl-marx-ein-kapitaler-zweifler-a-1500021>).

Dietmar Dath darf im Flaggschiff der deutschen Bourgeoisie, der FAZ, „Marx für Liberale“ schmackhaft machen und macht ihn gleich mal selbst zum (enttäuschten) Liberalen, den er einsetzt gegen den aktuellen Hauptgegner der „Zivilisation“, den Islam und den „Populismus“. Marx sei von der gescheiterten bürgerlichen Revolution enttäuscht gewesen. *„Die Parallelen dieser Enttäuschungserfahrung zu unserer Gegenwart sind nicht zu übersehen: Die Idee der zivilen Individualfreiheit begeistert auch heute nicht genügend Leute, um sie zu einer materiellen Gewalt zu machen, die sich etwa gegen die politische Mobilisierung angeborener Kollektivzugehörigkeiten behaupten könnte. So brachte der ‚arabische Frühling‘ nicht den nordafrikanischen Triumph des Liberalismus, sondern mehr Manövrierraum für allerlei Islamistisches, und im Westen und Norden holen Populisten das Wahlvolk an seinen*

Gruppenidentitätsorten ab, um sie wer weiß wohin zu karren.“ Wer sich vor dem Abrutschen des Gemeinwesens in die „Stände- oder gar Hordenzeit“ fürchte, solle mal bei Marx nachschlagen, der eine „zeitgemäße Antwort auf die Beziehung zwischen Einzelnen und allen“ habe. Da wird zwar noch was angedeutet, dass es dann um „gesellschaftliche Arbeit“, nicht um „Privatgewurstel“ gehe. Aber die meisten FAZ-Leser dürften sich vor allem in ihrer Haltung gegen die „islamistischen Horden“ bestärkt fühlen. So kann man Marx auch zurechtbiegen, instrumentalisieren oder besser gesagt missbrauchen. (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/jubilaeumsjahr-2018-so-liberal-war-marx-15574465.html>).

Da ist einem der klassische Antikommunist in derselben Zeitung am selben Tag auf den Wirtschaftsseiten, Redakteur Philip Plickert, fast lieber. Der kommt gleich mit den „Opfern des Kommunismus“ und behauptet ebenfalls, Marx habe vermieden zu beschreiben, wie die kommunistische Wirtschaft funktionieren könne und habe nur romantisches dazu zu sagen gehabt – „morgens jagen, nachmittags fischen, abends philosophieren“. Der Sozialismus sei dann eine zentrale Planwirtschaft gewesen, die nicht funktioniert habe. Den Arbeitern gehe es im Kapitalismus ohnehin viel besser. Marx habe außerdem die „Diktatur des Proletariats“ gewollt, sei ein Gewaltverherrlicher gewesen und sein Denken „totalitär“. Die Stärken des Kapitalismus habe er aber richtig erkannt. Alle Versuche, Privateigentum abzuschaffen, wären im Elend geendet und zur Lösung der aktuellen Probleme habe Marx nichts beizutragen. So weit, so klar.

Auch Henrik Müller im SPIEGEL bezeichnet Marx als „Bewunderer des Kapitalismus“. Dieser sei übrigens gerade dabei zugrunde zu gehen – ganz ohne Revolution. Auch hier das gleiche: Marx sei ein spannender Ökonom gewesen, aber in der *„Folge hat der Marxismus geholfen, nicht nur den jämmerlichen realexistierenden Sozialismus hervorzubringen – den man Marx selbst posthum nicht ankreiden kann -, sondern auch den Kapitalismus zu reformieren.“* (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/karl-marx-und-das-ende-des-kapitalismus-kolumne-a-1205335.html>).

Auf tagesschau.de ist vom „Marx-Experten“ Jansen zu lesen, Marx habe fälschlicherweise angenommen, den Arbeitern gehe es immer schlechter – aber, wie man heute sehen könne, sei das ja gar nicht so. Aber man solle Marx ruhig lesen, er habe inspirierende Sätze geschrieben, *„die nicht nur von historischem Interesse sind. Es gibt aber nicht ein Hauptwerk, das man kennen muss.“* (<http://www.tagesschau.de/inland/marx-interview-101.html>)

Besonders laut und deutlich hat die SPD Marx wieder entdeckt – passt wohl zum Versuch, sich ein sozialeres Image zu geben. Andrea Nahles sagte: *„Marx ist wieder ‚in‘. Und das ist auch gut so, denn es ist erkenntnisreich und gewinnbringend“*, man

könne jetzt wieder entspannter auf Marx blicken, denn auch Marx habe, wie die Sozialdemokraten „*die Notwendigkeit einer demokratischen Politik der schrittweisen Verbesserung der Lebensverhältnisse*“ gesehen (!). Nur der böse Kommunismus, der habe das Bild „verdunkelt.“ (<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/vaterdes-kommunismus-die-spd-entdeckt-karl-marx-neu/21247850.html>).

Eigentlich ist von bürgerlicher Seite nichts anderes zu erwarten: Man zerfleddert Marx und sein Werk, negiert, dass es überhaupt eines gibt. Man lässt ihn Philosoph, Ökonom, sogar Politiker und wilden Revolutionär sein. Und entweder man trennt ihn einfach von der weiteren Entwicklung der Arbeiterbewegung oder man verteufelt ihn. Entweder er soll mit dem Kommunismus nichts zu tun haben oder er ist für dessen angebliche „Verbrechen“ mit verantwortlich – beide Positionen gehen davon aus, dass das mit dem Sozialismus wirklich nicht gut war. Das ist auch verständlich, denn da wurde schließlich ernst gemacht mit dem, was Marx und Engels geschrieben hatten und die Bourgeoisie gestürzt, enteignet und eine neue, sehr erfolgreiche Gesellschaft und Ökonomie aufgebaut. Das tat schon weh.

Hier kann keine Übersicht über die Marx-Rezeption in der Linken und bei Kommunisten vorgenommen werden. In der „jungen Welt“ gab es eine Beilage, der „Rotfuchs“ hat mehrere Artikel dazu veröffentlicht und es gibt viele weitere Veröffentlichungen dazu, deren Lektüre und Analyse wichtig ist. Ich will hier nur auf den Themen-Artikel in der „jW“ am 200. Geburtstag eingehen, weil er an prominenter Stelle veröffentlicht ist und einige wichtige Fragen aufwirft.

Ist der Kommunismus nur eine Möglichkeit?

In der „jungen Welt“ vom 5. Mai ist zwar im Artikel von Leo Schwarz vieles richtiges über die Unterschiede zwischen der ersten, noch unentwickelten Phase des Kommunismus – dem Sozialismus – und der entwickelten zu lesen, auch über die Diktatur des Proletariats. An zwei Punkten ist der Artikel aber zu kritisieren. Die beiden Punkte betreffen wichtige Fragen der Gesetzmäßigkeiten der Geschichte und der Ökonomie des Sozialismus. Schwarz schreibt, die materiellen Voraussetzungen für den Kommunismus reifen im Kapitalismus heran. Das setze den Kommunismus aber nicht auf die „Tagesordnung der Geschichte“: „*Er ist im strengen Sinne auch nicht ‚historisch notwendig‘ oder irgendwann unvermeidlich, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe (...)*.“ (<https://www.jungewelt.de/artikel/331996.einkommunist.html?sstr=Schwarz>) Das wirft Fragen auf. Dass nichts von alleine kommt, ist eine banale Feststellung. Ebenso einfach ist die Feststellung, dass es nur durch gesellschaftliche Kämpfe zum Sozialismus kommen kann. Sind gesellschaftliche Kämpfe nicht eine Grundeigenschaft aller Klassengesellschaften? Ist das also nicht die relevante Frage, ob es Kämpfe geben wird, sondern eine Tatsache? Es gibt sie.

Die Frage ist, in welche Richtung müssen sie sich entwickeln? Was muss ihr Ziel sein?

Marx und Engels leiten aus der Analyse des Kapitalismus und seiner Gesetzmäßigkeiten ab, welches die nächste Gesellschaftsformation sein muss, gar keine andere sein kann. Die Arbeiterklasse könnte zwar auch für ein Zurück zum Feudalismus oder zum Kapitalismus der freien Konkurrenz, eine Kleinbürgeridylle oder für ein utopisches Himmelreich kämpfen, aber es wäre ein sinnloser Kampf, da er nicht der Einsicht in die Notwendigkeit entspricht. So wie auch ein Bauer den Weizen im Sommer säen könnte, aber nichts ernten würde. Wenn also die gesellschaftlichen Kämpfe vorausgesetzt sind, werden sie erst einmal nicht revolutionär sein, dazu ist vor allem der subjektive Faktor, die Kommunistische Partei, nötig. Aber sie, ebenso wie der wissenschaftliche Sozialismus entstehen auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte und des Klassenkampfes. Der Sozialismus ist also sehr wohl historisch notwendig und auch unvermeidlich, die Frage ist nur, ob die Arbeiterklasse diese Notwendigkeit schnell oder langsam, mit vielen oder weniger Opfern, über Umwege oder direkt erreicht. Wenn wir nicht davon ausgehen, dass ein Kometeneinschlag die Erde zerstört, kann es keine andere nächste Gesellschaftsformation geben als den Sozialismus. Das ergibt sich notwendig aus der Entwicklung der Produktivkräfte. Schwarz schreibt selbst, *„diese Gesellschaft entsteht aus den Widersprüchen der Gegenwartsgesellschaft. Marx zeigt, wie das Kapital die materiellen und subjektiven Voraussetzungen seiner eigenen Negation und gleichzeitig die Elemente der neuen Gesellschaft erzeugt.“*

Marx und Engels begründen genau damit die Unvermeidlichkeit des Sozialismus. Weil die Bourgeoisie der Produktion gesellschaftlichen Charakter verliehen hat, aber die Aneignung weiter privat sein soll, weil die Produktivkräfte sich explosiv entwickeln und damit die private Aneignung verunmöglichen, ist die Bourgeoisie dem Untergang geweiht, sie kann dem nicht entinnen. Ihre Totengräber sind die Proletarier, ihr Sieg ist ebenso unvermeidlich. Marx und Engels formulieren dies im Kommunistischen Manifest: *„Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisieklasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“* (MEW, Band 4, S. 474) Dies ist

nicht einfach aus historischem Überschwang geschrieben, sondern mit der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft hieb- und stichfest begründet. Schwarz beendet seinen Artikel mit den Worten: „*Die Menschen, lehrt Marx, machen ihre eigene Geschichte. Auch heute, im Schlamm der Gegenwart, ist der Kommunismus nicht allein denkbar. Er ist eine Möglichkeit.*“ Die Menschen können die Geschichte aber nur entsprechend der Einsicht in die oben geschilderten Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft machen und diese Einsicht, das lehrt Marx, zeigt, dass der Kommunismus nicht nur eine Möglichkeit ist, er ist Notwendigkeit.

Der zweite Punkt ist die Frage der Vergesellschaftung und die der Warenproduktion. Schwarz schreibt: „*Marx hat recht deutlich gemacht, dass die Konzentration der Produktionsmittel beim Staat in der sozialistischen Übergangsperiode nicht zu verwechseln ist mit der ‚assozierten Produktionsweise‘ und dem Ende der Warenproduktion. Erst mit der wirklichen Übernahme der Produktionsmittel durch die Gesellschaft, also mit dem Absterben auch des proletarischen Staates, ist die Warenproduktion Geschichte.*“ Marx bezieht den Vergleich mit der Warenproduktion aber nur auf die Verteilung der Konsumtionsmittel. Diese ist in der ersten Phase des Kommunismus noch ungleich, sie wird entsprechend der Leistung bemessen – jedem nach seiner Leistung. Er kritisiert hier das „Gothaer Programm“ und die darin enthaltenen Vorstellungen zum „unverkürzten Arbeitstag“, die bedeuteten, dass die Arbeiter den gesamten Ertrag ihrer Arbeit zur Konsumtion bekommen. Marx erklärt, dass aber für verschiedene gesellschaftliche Fonds Teile des Ertrags abgezogen werden müssen. Und er führt aus, dass die, die nicht arbeiten oder weniger arbeiten, auch weniger bekommen, da es noch Ungleichheit in der ersten Phase des Kommunismus gibt. Hier ist aber gar nicht damit gemeint, dass die *Produktion* entsprechend der Warenproduktion geregelt wird – also private Einzelproduzenten, die Waren auf den Markt werfen und Profit erzielen wollen. Die Produktion findet, so weit wie historisch konkret möglich die Enteignung der privaten Produktionsmittel vorangeht, nach einem gesellschaftlichen Plan statt – ist also nicht Warenproduktion, sondern Planwirtschaft.

Das Missverständnis bei Schwarz besteht in der Vermischung von den ökonomischen und den politischen Anforderungen an den proletarischen Staat. Die Warenproduktion als Regulator für die Produktion wird durch die Ergreifung der Produktionsmittel durch die Diktatur des Proletariats, den proletarischen Staat, beendet. Die völlige Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist das Ziel des Sozialismus, der Weg führt zu Beginn selbstverständlich noch über unterschiedliche Eigentumsformen (VEB, LPG, auch kleines Privateigentum), aber diese als vorläufige, in der Entwicklung des Sozialismus aufzuhebende Formen. Es gibt keine andere konkrete Form, in der wir uns die Vergesellschaftung vorstellen können, als durch den proletarischen Staat. Eine Zentralisierung der Produktionsmittel beim proletarischen Staat ist unverzichtbar –

womit der Staat eine neue Funktion erhält: der Staat wird Gesellschaft. Da der Sozialismus eine Gesellschaft des fortgesetzten Klassenkampfes ist, wird das Proletariat seinen Staat auch länger gebrauchen müssen, als die Warenproduktion existiert. Während also ökonomisch bereits die Planwirtschaft durchgesetzt ist, wird der Staat weiter benötigt, um die ehemals herrschende Klasse niederzuhalten und die Angriffe des Imperialismus abzuwehren. Erst wenn dieser Kampf siegreich beendet worden ist, beginnt der Staat als Unterdrückungsinstrument einer Klasse durch eine andere, hier also der Bourgeoisie durch das Proletariat, abzusterben. Eine Instanz, die die Planwirtschaft regelt – eine weltweite zentrale Planbehörde wird aber weiter nötig sein.

Warum sind diese Fragen wichtig? Die entscheidende Frage ist nicht, *ob* die Arbeiterklasse kämpfen wird. Die entscheidende Frage ist: *Wofür* muss sie kämpfen? Sie muss für die zentrale Planwirtschaft kämpfen. Das ist die *einzig* Alternative, die es zur kapitalistischen Barbarei gibt, die einzige Möglichkeit, alle Probleme der Menschheit zu lösen. Alle Vorstellungen einer fortgesetzten Warenproduktion im Sozialismus oder einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ sind falsch, illusionär und lenken die Arbeiterklasse von dem nötigen Bewußtsein, für was sie kämpfen muss, ab. Diese Tatsache ist nicht nur durch die Analysen von Marx, Engels und Lenin belegbar. Sie ist vor allem – und das ist das wichtige – in der Realität schon bewiesen worden. Mehr als 70 Jahre Sozialismus haben bewiesen: Die zentrale Planwirtschaft ist die Produktionsweise des Sozialismus und sie ist ein Erfolgsrezept. Zu den Fragen der Ökonomie und die Auseinandersetzung dazu in der Sowjetunion ist die Broschüre von offen-siv „Der falsche Kompass – für welche Ökonomie kämpft die kommunistische Bewegung?“ von Frank Flegel zu empfehlen (offen-siv.net)

Marx und Engels zur Arbeiterklasse und ihrer Revolution

Es liegt ziemlich klar auf dem Tisch, was Marx und Engels zur Frage des Sozialismus und zur Gesetzmäßigkeit zu sagen hatten. Das kann und soll hier nicht erschöpfend dargelegt werden, nur ein paar Gedankenanstöße.

Die entscheidende Erkenntnis von Marx und Engels war, dass die Arbeiterklasse nicht einfach nur eine leidende und unterdrückte Klasse ist, sondern die einzig revolutionäre Klasse. Dass sie die Bourgeoisie stürzen muss und ihre eigene Herrschaft errichten muss. Und dass sie die Produktionsmittel verstaatlichen und eine Planwirtschaft aufbauen muss. Um das alles tun zu können, braucht sie die Kommunistische Partei, deren erstes Manifest Marx und Engels verfassten.

Dort heißt es: *„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das*

Proletariat ist ihr eigenstes Produkt. (...) Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.“ (MEW, Band 4, S. 473)

Marx hat in einem Brief an Josef Weydemeyer seinen „Verdienst“ klar benannt: *„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“ (MEW, Band 28, S. 507/508).*

Und Lenin hat das noch einmal in der Auseinandersetzung mit dem Opportunismus deutlich gemacht: *„Das Wesentliche der Lehre von Marx sei der Klassenkampf. Das wird sehr oft gesagt und geschrieben. Doch das ist unrichtig, und aus dieser Unrichtigkeit ergibt sich auf Schritt und Tritt eine opportunistische Entstellung des Marxismus, seine Verfälschung in einem Geiste, der ihn für die Bourgeoisie annehmbar macht. Denn die Lehre vom Klassenkampf ist nicht von Marx, sondern vor ihm von der Bourgeoisie geschaffen worden und ist, allgemein gesprochen, für die Bourgeoisie annehmbar. Wer nur den Klassenkampf anerkennt, ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein-(und auch Groß-) Bourgeois. Das muß der Prüfstein für das wirkliche Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein.“ (Lenin-Werke, Band 25, S. 424)*

Im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels klar benannt, wie das mit der Revolution und der neuen Ökonomie ablaufen soll: *„Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu*

entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ (MEW, Band 4, S. 481) Es geht weiter mit „Expropriation des Grundeigentums, Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol, Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats und schließlich der Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung aller Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan“. Das heißt für Marx und Engels auch „Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau, Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land, öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.“ (ebd.)

Und es wurde materielle Gewalt

Das ist doch eine klare Ansage. Und: Sie wurde verwirklicht! Das ist das, was an diesem 200. Geburtstag von Marx wirklich die Freude aller Kommunisten und Arbeiter sein sollte. Die Sowjetunion, die sozialistischen Länder und die DDR haben genau das umgesetzt. Die Arbeiter, von denen die Bourgeoisie nur Gehorsam und Unterordnung verlangt, diese in ihren Schuleinrichtungen verblödet und zurichtet, diese Arbeiter haben die Geschicke in die eigenen Hände genommen und die Barbarei der Bourgeoisie beendet – auf einem großen Teil des Planeten.

Auf deutschem Boden, den Marx verlassen musste, gab die Arbeiterklasse die Antwort, die ihr von der Geschichte abverlangt wird und sie bestand die Prüfung. Sie enteignete die Kriegsverbrecher und Monopolisten, unter dem Schutz der Roten Armee errichtete sie eine antifaschistisch-demokratische Ordnung und begann planmäßig den Aufbau des Sozialismus. Die Produktionsinstrumente wurden verstaatlicht und Eigentum des Volkes. Die Ausbeutung der Arbeitskraft war abgeschafft – alle arbeiteten zum Wohle aller. Die Ökonomie war eine zentrale Planwirtschaft, die demokratisch die Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten zusammenführte, die Arbeiter bestimmten über verschiedene Institutionen die Produktion.

Der Staat war ein Staat der Arbeiter und Bauern. Ihre Vertretungskörperschaften waren beschließende, gesetzgebende und ausführende Gremien zugleich, die Gewaltenteilung der bürgerlichen Ordnung war aufgehoben. Die Vertreter wurden in Versammlungen diskutiert und als Kandidaten der Nationalen Front gewählt, sie bekamen Aufträge und sie konnten vor Ablauf der Wahlperiode abgewählt werden. Die Verfassung von 1968 war die demokratischste, die es je in Deutschland gab und

sie wurde vom Volk beschlossen. Die DDR war nach den Prinzipien der Diktatur des Proletariats aufgebaut und die höchste Form der Demokratie der deutschen Geschichte, das Staats- und Gesellschaftsaufbau der DDR war zutiefst demokratisch. Dies alles war möglich, weil unter Führung der SED tausende Genossen diese Aufbauarbeit geleistet haben. Mit der Zeit geht immer mehr Wissen über die DDR und ihre Leistungen verloren. Dem gilt es entgegen zu arbeiten. Ein kleiner Tipp zum Einstieg in Fakten, Daten und Realitäten der DDR ist das Buch „Die sogenannte DDR“ von Georg Polikeit (Weltkreisverlag, 1966).

Das „Neue Deutschland“ schrieb am 5. Mai 1963, zum 145. Geburtstag von Karl Marx: *„Wo gab es jemals in der deutschen Geschichte einen Staat, in dessen höchstem Staatsorgan 244 Arbeiter, 31 Bauern, 51 Angestellte und 34 Handwerker und Gewerbetreibende die Gesetze und Verordnungen des Staates beschließen? Wo gab es ein Staatsoberhaupt, wie Genossen Walter Ulbricht, Arbeiter, Kommunist und jahrzehntelanger Kämpfer gegen Imperialismus und Militarismus? (...) Das ist einmalig in der deutschen Geschichte und unsere erste große historische Errungenschaft. Das ist, um mit Marx zu sprechen, die Staatsmacht in den Händen der Produzenten selbst, das Volk, das selbst und für sich selbst handelt.“*

So war es und Marx hätte mit Sicherheit seine Freude daran gehabt. Wenn Kommunisten in Deutschland Karl Marx feiern, müssen sie die DDR feiern, die Verwirklichung seines Werkes. Wir können und müssen es zugleich als Verpflichtung annehmen, daran zu arbeiten, herauszufinden, wie es dazu kommen konnte, dass die SED und die KPdSU vom Kurs abkamen, zum Schluss die führende Rolle aufgaben und alles preisgaben, was so viele erkämpft hatten.

Aber wir können auch feststellen, der Versuch der Bourgeoisie, Marx einzubalsamieren, ist riskant. Je mehr sich die Widersprüche zuspitzen und die nächste Krise heran marschiert, desto mehr Menschen werden vielleicht bei ihm nachschlagen. Die Hoffnung, je länger es die DDR nicht mehr gebe, desto mehr werde sie vergessen, könnte enttäuscht werden. Sie werden sie weiter verteufeln müssen. Und wir werden sie weiter feiern und den Arbeitern ihre eigene Leistung zugänglich machen und aufzeigen.

Die „Kommunistische Organisation“ gegründet

Die Kommunistische Organisation (KO) gegründet!

Die Zeichen sind unübersehbar: Täglich spitzen sich die Widersprüche zwischen den führenden imperialistischen Staaten zu. Der beginnende Handelskrieg zwischen der USA und den EU-Staaten, der andauernde Krieg in Syrien, die Aufrüstung der NATO und die militärischen Drohgebärden im Südchinesischen Meer sind dafür nur einzelne Beispiele. Gleichzeitig werden die Stimmen lauter, die eine erneute ökonomische Krise kommen sehen. Die bürgerlichen Parteien, von der Alternative für Deutschland bis zur Partei die Linke, haben keinerlei Lösungen im Interesse der Arbeiterklasse für die sich zuspitzenden Widersprüche zu bieten. Es ist aktuell in Deutschland keine gesellschaftliche Kraft vorhanden, die eine ernsthafte Opposition gegen die Bourgeoisie und ihre politischen Handlanger darstellt.

Auch die kommunistische Bewegung in Deutschland ist von Unklarheit und Zersplitterung geprägt. In dieser Situation trafen wir, die Genossinnen und Genossen des „Wie weiter?“-Zusammenhangs, uns vom 01.06. bis zum 03.06. um uns nach einem dreiviertel Jahr der Vorbereitung schließlich eine Struktur zu geben: Wir haben die *Kommunistische Organisation (KO)* gegründet und damit die nächste Etappe im Kommunistischen Klärungs- und Aufbauprozess begonnen.

Der gemeinsame Wille zum Wiederaufbau der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei in Deutschland war in allen Diskussionen erkennbar. Wir haben solidarisch diskutiert, mit dem Ziel im Hintergrund, unseren Zusammenhang zu festigen und ihn ernsthaft handlungsfähig zu machen. Unter uns gab es dabei keine Zweifel: Die Einbeziehung und Verallgemeinerung aller Erfahrungen und schlagkräftiges Handeln ist nur auf der Grundlage der Prinzipien des Demokratischen Zentralismus möglich.

Nach fruchtbarer Diskussion haben wir die Programmatischen Grundlagen der *KO*, die *Programmatischen Thesen*, beschlossen. Offene Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus und der Analyse der aktuellen imperialistischen Verhältnisse wurden als solche festgehalten und bilden somit gemeinsam mit Thesen selbst die Arbeits- und Diskussionsgrundlage der gesamten Organisation.

Die Klärung der offenen Fragen und die weitere wissenschaftliche Fundierung unserer Thesen wird in Zukunft von den sieben Arbeitsgruppen übernommen werden:

- * Wissenschaft: Dialektischer und Historischer Materialismus
- * Revolutionäre Arbeiterbewegung und Kommunistische Partei

- * Politische Ökonomie des Imperialismus
- * Bürgerlicher Staat, Sozialdemokratie und Faschismus
- * Sozialistische Gesellschaft
- * Klassenanalyse
- * Deutscher Imperialismus

Dabei wird es nicht um eine akademische Forschung gehen, losgelöst von der Praxis der Ortsgruppen und der Lebensrealität der Arbeiterklasse. Vielmehr geht es um eine reale Klärung der Fragen durch die Analyse der Verhältnisse und der Anwendung und Prüfung der Ergebnisse in der Praxis selbst. Für uns steht dabei fest: Die Klärung der offen Fragen der Kommunistischen Bewegung ist kein Selbstzweck und wird nicht in der Isolation stattfinden. Die Arbeitsgruppen sollen Sammelpunkte für Kommunisten werden und die Diskussion all jene auch außerhalb unserer Reihen einbeziehen, die ein ernsthaftes Interesse am wissenschaftlichen Sozialismus haben.

Die Ortsgruppen werden in Zukunft mit aller Kraft den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung in Deutschland angehen: Auf Basis der Programmatischen Thesen und der Unterstützung der Arbeitsgruppen geht es konkret darum, Formen der unabhängigen Organisierung der Arbeiterklasse zu entwickeln und explizit nicht darum, uns in fruchtlosen Organisationsbündnissen zu verstricken.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, den wissenschaftlichen Sozialismus und die Arbeiterbewegung wieder zusammenzuführen und damit die Grundlagen für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland zu schaffen. Es kann daher nur ein Klärungsprozess sein, in dem die wissenschaftliche Analyse und die praktische Anwendung Hand in Hand gehen. Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben. Ohne revolutionäre Bewegung kann es keinen Sozialismus geben.

Die Flamme des Kommunismus brennt weiter!

Kommunistische Organisation / 12.06.2018

Programmatische Thesen der Kommunistischen Organisation (KO)

Die Flamme des Kommunismus brennt weiter!

Ein ganzes Jahrhundert ist es her, dass die Oktoberrevolution als erste siegreiche sozialistische Revolution die Welt veränderte und dem Imperialismus seine erste große Niederlage zufügte. 1917 waren die Bolschewiki unter Lenins Führung der Funke, der sich wie ein Lauffeuer verbreitete und eine ganze Epoche der Revolutionen einleitete.

Der Sieg der Konterrevolution 1989/90, die Zerschlagung des Sozialismus und die Durchsetzung des Kapitalismus fast überall auf der Welt haben der Arbeiterbewegung und dem Kommunismus schweren Schaden zugefügt. Kommunistische Parteien, die einmal stolz und einflussreich waren, in den Massen verankert und von diesen als revolutionäre Führung akzeptiert, sind im Schatten der Geschichte verschwunden. Unsere Organisationen wurden zerschlagen, sie verloren ihren Masseneinfluss, sie passten sich unter dem Einfluss des Revisionismus an das System an oder entschieden sich für die Selbstaflösung. Ein revolutionärer Flächenbrand, wie ihn die Oktoberrevolution eingeleitet hat, scheint heute weit entfernt.

Und trotzdem sagen wir: Die Flamme des Kommunismus brennt weiter! Die herrschenden Zustände sind heute genauso unerträglich wie damals. Der Kapitalismus produziert auf der einen Seite unvorstellbare Reichtümer für die Wenigen und Armut, Elend und Entbehrung für die Vielen. Die Anstrengung und Arbeit von Milliarden dient der Anhäufung von Profiten und damit der Bereicherung einiger Weniger, die ohnehin schon mehr haben, als sie in mehreren Leben konsumieren könnten. Der Kapitalismus ist ein parasitäres Gesellschaftssystem, in dem Reichtum nur durch Ausbeutung existieren kann, in dem Kriege und sich wiederholende Krisen zwingende Bestandteile sind.

Gegen diese unerträglichen Zustände gibt es überall Widerstand. Auf allen Kontinenten, in allen Ländern und auch hier in Deutschland. Doch diese Kämpfe werden viel zu oft spontan, schlecht organisiert, auf Illusionen basierend geführt und sind von den Kräften des Systems integrierbar oder können zerschlagen werden. Solche Kämpfe sind notwendig, auch wenn sie sich oft auf bescheidene Forderungen beschränken. Es ist jedoch notwendig, in diesen Kämpfen letztlich das Übel an der Wurzel zu packen, nämlich den Kapitalismus als solchen anzugreifen und den Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen. Der Sozialismus als erste Stufe der kommunistischen Gesellschaft ist die einzige Produktionsweise, in der die Probleme der Menschheit gelöst werden können. Schließlich fehlt diesen Kämpfen viel zu oft

die führende, die anleitende und orientierende Rolle einer revolutionären Organisation, der kommunistischen Partei, die eine notwendige Voraussetzung dafür wäre, um all die genannten Schwächen und Halbheiten zu überwinden und die Erfahrungen der Kämpfe zu sammeln, zu verarbeiten und sie der gesamten Bewegung zur Verfügung zu stellen.

In Deutschland existiert heute keine kommunistische Partei, die diesen Namen verdient hätte. Dass die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten in der Defensive ist und eine erkämpfte Errungenschaft nach der anderen aufgibt, hängt nicht zuletzt auch mit dem Fehlen ihres organisierten revolutionären Kerns zusammen.

Der Aufbau einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung und einer kommunistischen Partei in Deutschland sind damit die zentralen, eng zusammenhängenden Aufgabenstellungen der Revolutionäre in unserer Zeit. Dieser Aufgabe stellen sich die Genossinnen und Genossen, die sich in der Kommunistischen Organisation zusammenschließen. Die vorliegenden programmatischen Thesen sind die vorläufige inhaltliche Grundlage unserer Organisation. Diese dienen uns als Richtschnur, an der wir unsere Praxis ausrichten. Sie sind die Arbeitsgrundlage für die Analyse der historischen Periode, in der wir uns befinden. Die Zustimmung zu ihnen ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Organisation. Sie ist keine zwingende Voraussetzung, um an Diskussionen, Veranstaltungen und den weiter gefassten Strukturen des Aufbau- und Klärungsprozesses teilzunehmen.

Im Folgenden legen wir unsere politischen Standpunkte dar, von denen ausgehend wir den Klärungs- und Aufbauprozess organisieren. Gleichzeitig werden wir zu den verschiedenen Themenbereichen auch bereits einige der zu klärenden Fragen benennen. Die Aufzählung der Fragen hat dabei Beispielcharakter und ist somit keineswegs vollständig oder abgeschlossen.

1. Unsere weltanschauliche Grundlage

Unsere weltanschauliche Grundlage ist der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus-Leninismus. Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Praxis geben. Das Wissen um die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und ihres Staates, das Streben nach dem Sozialismus und Kommunismus entsteht in den Kämpfen der Arbeiterklasse um ihre unmittelbaren Lebensinteressen nicht von selbst. Dazu sind wissenschaftliche Erkenntnisse notwendig, die die revolutionäre Arbeiterbewegung sich immer wieder neu erarbeiten muss und für die sie die Erfahrungen vorangegangener Kämpfe, Niederlagen und Siege nutzt. Wenn wir die Gesellschaft verändern wollen, müssen wir diese verstehen. Das können wir nur mit einer wissenschaftlichen Herangehensweise. Eine solche Herangehensweise

zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht bei der Betrachtung von Erscheinungen stehen bleibt, sondern diese auf der Grundlage der ihnen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten untersucht. Die erkenntnistheoretische Grundlage der Wissenschaft besteht darin, dass die Welt grundsätzlich erkennbar und veränderbar ist.

Der wissenschaftliche Sozialismus beruht auf den praktischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und den theoretischen Erkenntnissen von Marx, Engels, Lenin und anderen herausragenden Revolutionären. Eine der entscheidenden Erkenntnisse war, dass die Arbeiterklasse nicht nur eine leidende und unterdrückte Klasse ist, sondern die revolutionäre Kraft, die fähig ist, die Kapitalistenklasse zu stürzen. Das Ziel der klassenlosen Gesellschaft ist keine Utopie, kein wünschbares Ideal oder ethisches Prinzip, das an der Realität immer scheitern muss. Der Kommunismus ist möglich und notwendig. Der Kapitalismus bewegt sich in unauflösbaren Widersprüchen, für die er keine Lösung anzubieten hat. Diese Lösung kann nicht innerhalb der kapitalistischen Ordnung gefunden werden, sie liegt eben außerhalb des Kapitalismus, im Sozialismus. Allerdings vollzieht sich auch der Übergang zum Sozialismus nicht von selbst. Er kann nur durch das bewusste, kämpfende und organisierte Handeln der revolutionären Klasse, des Proletariats, durchgesetzt werden – die dafür erforderliche, einzig mögliche Organisationsform des Proletariats ist die kommunistische Partei.

Der Kommunismus als unser Ziel und als revolutionäre Bewegung, die nach diesem Ziel strebt, orientiert sich am historisch-dialektischen Materialismus und seiner praktischen Anwendung als Wissenschaft vom Klassenkampf. Er muss deshalb auch als Wissenschaft praktiziert werden – wobei der entscheidende Teil dieses Studiums in der praktischen Anwendung seiner Erkenntnisse in den Klassenkämpfen unserer Zeit besteht. Wir können diese Kämpfe nur erfolgreich führen, wenn wir uns auf den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, stützen.

Der Marxismus-Leninismus, das ist die Synthese aus der Theorie und Praxis des Kampfes für die Diktatur des Proletariats, für die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit und den Kommunismus. Er ist nicht eine Sammlung von Zitaten und Lehrbuchweisheiten, sondern eine lebendige, sich ständig weiterentwickelnde Wissenschaft. Gleichzeitig beruht er auf grundlegenden Erkenntnissen, die sich aus der Menschheitsgeschichte und ihrer adäquaten Erfassung durch die Entwicklung der Wissenschaften ergeben. Diese Erkenntnisse sind im historischen Materialismus, in der Erkenntnis der dialektischen Entwicklungsgesetze alles Bestehenden, der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, in den Erkenntnissen über die Unlösbarkeit der Klassenwidersprüche im Kapitalismus, über die Notwendigkeit der klassenlosen Gesellschaft, die Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt und die kommunistische Partei als ihrer revolutionären Organisationsform, in der Auffassung

des Imperialismus als der vom Monopolkapital dominierten Epoche des Kapitalismus sowie der Auffassung vom bürgerlichen Staat als Staat der herrschenden Klasse zusammengefasst.

2. Klassengesellschaft

Wir leben in einer kapitalistischen Klassengesellschaft. In den Zentren der industriellen Produktion, aber auch in den kleineren und mittleren Unternehmen produziert die Arbeiterklasse den Großteil des gesellschaftlichen Reichtums, während der Rest von den anderen werktätigen Schichten produziert wird. Dieser Reichtum aber gehört größtenteils der Bourgeoisie – die Bourgeoisie, das sind die Kapitalisten, die Eigentümer und Verwalter des Kapitals, also die Klasse, der in unserer Gesellschaft die Fabriken, die Banken und Versicherungen, die zentralen Transportmittel, die Rohstoffe und allgemein die Mittel zur Produktion des Reichtums gehören.

Auf der anderen Seite steht die Arbeiterklasse. Das sind all die Menschen, die mit ihrer Lohnarbeit den Reichtum der Gesellschaft erschaffen. Aber weil sie gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, anstatt sie selbstbestimmt für die Verbesserung des eigenen Lebens einzusetzen, landet nur ein kleiner Teil des von ihnen geschaffenen Reichtums bei ihnen. Der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse ist antagonistisch und im Kapitalismus nicht auflösbar.

Die Widersprüche, die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnen, führen periodisch zur Krise. Die kapitalistische Krise ist im Unterschied zu Krisenphasen in früheren Produktionsweisen nicht Ausdruck von Knappheit, sondern kommt im Gegenteil dadurch zustande, dass gemessen an der zahlungsfähigen Nachfrage zu viele Waren produziert wurden und dadurch die Profitabilität der Unternehmen sinkt. Das Nebeneinander von Überfluss und Elend ist gleichzeitig Ursache und Folge der kapitalistischen Krise und bringt die Irrationalität und den historisch überholten Charakter der bürgerlichen Produktionsweise zum Ausdruck.

Die Produktionsverhältnisse – das Privateigentum an den Produktionsmitteln – sind längst zur Fessel der Produktivkräfte geworden. Zu Beginn ihres Aufstiegs war die Bourgeoisie noch die Trägerin des Fortschritts im Verhältnis zum Feudalismus. Ihre Produktionsweise führte zu einem gesellschaftlicheren Charakter der Produktion im Gegensatz zur verstreuten Einzelproduktion im Feudalismus. Aber je entwickelter der gesellschaftliche Charakter der Produktion ist, umso mehr gerät er in einen unauflösbaren Widerspruch zur privaten Aneignung der produzierten Reichtümer. Die Steigerung der Produktivität führt dazu, dass immer weniger Menschen arbeiten müssen, um die Produktion sicherzustellen. Das ist ein gesellschaftlicher Fortschritt.

In der kapitalistischen Gesellschaft wird aber nicht für die Bedürfnisse der Gesellschaft produziert, sondern für die Profite Weniger. Deshalb gibt es Millionen Erwerbslose, die Lage der Arbeiter verschlechtert sich. Verelendung in vielen Lebensbereichen, materiell, kulturell, individuell, wird zum bestimmenden Faktor der Lebensverhältnisse der Menschen.

Weltweit steht die Arbeiterklasse als eine politische Kraft der Kapitalistenklasse gegenüber: Sie ist in Gewerkschaften und politischen Parteien organisiert. Sie hat oftmals eine eigene, eine solidarische Kultur entwickelt, die sich der verrotten kapitalistischen Kultur entgegenstellt. Sie ist die machtvollste unterdrückte Klasse, die es jemals in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Durch die Einsicht in die Notwendigkeiten ihrer Unterdrückung, kann sie die Bedingungen und die Möglichkeit ihrer Befreiung erkennen. Die Arbeiterklasse existiert auf der ganzen Welt. Trotz vorhandener Unterschiede weist ihre Klassenlage in allen Ländern grundlegende Gemeinsamkeiten auf. Überall ist das Kapital ihr Klassengegner. Der Kampf zwischen den beiden Klassen findet zuerst auf der Ebene des Nationalstaates statt, er muss aber im internationalen Maßstab koordiniert werden. Die Arbeiterklasse kann nur siegen und das Kapital stürzen, wenn sie es schafft, ihre Spaltung im nationalen und internationalen Maßstab zu überwinden. Deshalb ist für uns die internationale Solidarität einer der wichtigsten Werte und eine ständige praktische Aufgabe, die mit Leben gefüllt werden muss.

Für eine erfolgreiche Taktik im Kampf um den Sozialismus müssen wir untersuchen und verstehen, wie sich die Klassengesellschaft insgesamt und in Deutschland entwickelt, welche Struktur die Bourgeoisie und das Proletariat heute haben, wie der Bewusstseinsstand des Proletariats ist und wie sich die Produktivkraftentwicklung in der BRD auf die materiellen und sonstigen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse ausgewirkt hat, z.B. welche Rolle die Lohnabhängigen im sogenannten Dienstleistungssektor spielen – u.a. diese Fragen wollen wir im Verlauf des Klärungsprozesses wissenschaftlich bearbeiten.

3. Der Staat

Die bürgerliche, kapitalistische Gesellschaft ist von tiefen und unversöhnlichen Widersprüchen durchzogen. Der grundlegendste dieser Widersprüche ist der zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Aber auch intern ist die Kapitalistenklasse von Rivalitäten und teils gegensätzlichen Interessen geprägt.

Weil die bürgerliche Gesellschaft auf Klassengegensätzen beruht, bedarf sie notwendigerweise des Staates, der diese Gegensätze unter Kontrolle hält und ihre Austragung in geregelte Bahnen lenkt. Der bürgerliche Staat ist Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen miteinander. Innerhalb dieses

unversöhnlichen Gegensatzes setzt er die Interessen der Kapitalistenklasse als Ganzer durch, indem er ihr möglichst gute Bedingungen für die Anhäufung ihres Kapitals bietet. Deshalb ist der bürgerliche Staat nichts anderes als die politische Herrschaft der Bourgeoisie, ideeller Gesamtkapitalist. Er vertritt grundsätzlich die Interessen der ganzen Bourgeoisie, insbesondere aber die Interessen der mächtigsten Teile darin. Er ist eine „Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse“ (Engels, MEW 21, S. 170f.). Er wendet letztlich alle Formen von Gewalt an, verbreitet aber auch die bürgerliche Ideologie und betreibt die Einbindung von Teilen der Arbeiterklasse durch Zugeständnisse, um die ausgebeutete Klasse niederzuhalten. Dieser Klassencharakter des Staates macht es für die Arbeiterklasse (oder auch jede andere Klasse) unmöglich, ihn zu übernehmen und in ihrem Interesse zu verwenden. Die proletarische Revolution bedeutet aber auch nicht die sofortige Abschaffung des Staates. Sie ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung eines neuen Staates der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats.

Diese grundlegenden Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Staatstheorie sind für uns vorausgesetzt, sie lassen aber viele weiterführende Fragen offen, auf die wir Antworten finden wollen. Wir wollen uns mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus auseinandersetzen und kritisch herausarbeiten, welche Inhalte und welche Interpretationen dieser Theorie der Realität entsprechen. Dabei werden u.a. folgende Fragen eine Rolle spielen: Auf welche Weise zeigt sich konkret die besondere Rolle des Monopolkapitals im Verhältnis zum Staat? Welche Interpretationen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben die Entstehung der falschen Strategie der „antimonopolistischen Übergänge“ in der kommunistischen Bewegung begünstigt?

4. Der Imperialismus

Der heutige Kapitalismus ist imperialistischer Kapitalismus. Der ökonomische Kern des Imperialismus ist das Monopol. Der heutige Kapitalismus ist dominiert vom Monopolkapital, das sich durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals herausgebildet hat. Dieser Wesenszug bestimmt die gesamte Epoche, in der wir leben. Im Imperialismus ist der Drang zum internationalen Kapitalextort enorm erhöht. Weil die territoriale Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Staaten und Monopolgruppen abgeschlossen ist, geht das internationale Agieren des Kapitals mit dem ständigen Drang zur Neuauftellung einher.

Das bedeutet Konflikte, Reibereien und schließlich auch Krieg. Der Imperialismus produziert Reaktion nach innen und Aggression nach außen. Imperialismus ist zwar mehr als nur aggressive Außenpolitik und militärische Aggression, aber diese Phänomene sind keine Abweichungen, sondern Wesenseigenschaften des Systems. Man kann den Imperialismus nicht „zähmen“ oder ihm ein „menschliches Antlitz“

verleihen. Der Imperialismus als höchste und letzte Stufe des Kapitalismus bringt regelmäßig Krisen und dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit hervor. Er erweist sich als unfähig, die Potentiale der Produktivkräfte im vollen Umfang auszunutzen. Im Gegenteil sind zyklische Vernichtung von Produktivkräften und weitere Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse nötig für die Bourgeoisie, um aus der Krise zu kommen.

Der Kapitalismus entwickelte sich in engem Zusammenhang mit den entstehenden Nationalstaaten. Die Entstehung zusammenhängender nationaler Binnenmärkte, vereinheitlichter Währungen und anderer notwendiger Voraussetzungen ermöglichten erst die Kapitalakkumulation in erweitertem Maßstab. Im Imperialismus ist die Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Zentren abgeschlossen, aber die kapitalistische Entwicklung bringt ständige Kämpfe der Kapitale und ihrer Nationalstaaten um die Neuaufteilung hervor.

Die These eines „kollektiven Imperialismus“, wonach sich die zwischenimperialistischen Widersprüche tendenziell abschwächen würden und es zur gemeinschaftlichen Ausbeutung der Welt durch die verbündeten imperialistischen Zentren käme, ist lediglich eine Neuauflage der „Ultraimperialismus“-These des Revisionisten Karl Kautsky, die bereits Lenin widerlegt hat. Diese These ist heute so falsch wie damals. Auch eine sogenannte „multipolare Weltordnung“, in der neben den USA und der EU weitere Zentren die Weltordnung bestimmen, ist nur Ausdruck der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und sich verändernder Kräfteverhältnisse. Eine Hoffnung auf eine friedlichere Welt liegt darin nicht.

Länger existierende zwischenstaatliche Bündnisse, wie die EU, sind Bündnisse imperialistischer Länder zur besseren Durchsetzung ihrer weltpolitischen Interessen. Sie sind durch ständige Konkurrenz unter den Mitgliedern, ungleichmäßige Entwicklung und die Gefahr des Auseinanderbrechens gekennzeichnet. Sie können nur zeitweise existieren und werden früher oder später zerbrechen, sie sind keine neu entstehenden supranationalen Staaten. Die EU ist ein imperialistisches Bündnis unter deutscher Führung mit maßgeblicher Beteiligung Frankreichs. Sie ist von ihrem Wesen her gegen die Arbeiterklasse gerichtet und ein reaktionäres Gebilde, dass vor allem dem Monopolkapital bessere Herrschafts- und Ausbeutungsbedingungen gegenüber der Arbeiterklasse sowie eine verbesserte Position im weltweiten Konkurrenzkampf sichern soll. Der Kampf gegen die EU ist notwendiger Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse in Deutschland, sowie in allen Mitgliedsländern dieses Bündnisses.

Eine der zentralen Spaltungslinien in der kommunistischen Weltbewegung ist die Debatte um die These „objektiv antiimperialistischer“ Staaten. Nach dieser Auffassung spielten bestimmte kapitalistische Staaten eine „objektiv

antiimperialistische“ und damit friedensfördernde Rolle. So wird z.B. Russland wegen seiner Interessendivergenzen mit den USA oft eine solche Rolle zugesprochen. Diese These ist jedoch falsch. Sie beruht auf der falschen Vorstellung, der Imperialismus sei die Vorherrschaft einiger, „westlicher“ oder „nördlicher“ Staaten wie der USA, Westeuropas und Japans. Wir halten jedoch daran fest, dass der Imperialismus eine gesetzmäßige Entwicklung des Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium ist. Es ist falsch, bestimmten, relativ unterlegenen imperialistischen Polen innerhalb dieses Systems eine prinzipielle Friedensfähigkeit oder fortschrittliche Rolle zuzuschreiben. Die fatale Konsequenz aus solchen Fehleinschätzungen ist, dass die Arbeiterklasse sich unter der Fahne fremder Interessen, nämlich des einen oder anderen imperialistischen Pols sammelt.

Der Imperialismus ist ein globales System gesellschaftlicher Beziehungen, das alle kapitalistischen Länder umfasst, nicht nur die USA, Japan und Westeuropa. Auch andere Staaten, in denen (monopol-)kapitalistische Verhältnisse bestehen, wie etwa China, können keinen antiimperialistischen Charakter annehmen. Eine Rückentwicklung vom Monopolkapitalismus zum Kapitalismus der freien Konkurrenz ist nicht möglich, weil sie den grundlegenden Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise widerspricht, insbesondere dem Gesetz der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals.

Der antiimperialistische Kampf muss sich deshalb gegen das Kapital und das kapitalistische System als Grundlage des Imperialismus richten. Als Kommunisten in Deutschland sehen wir den deutschen Imperialismus, d.h. die deutsche Monopolbourgeoisie und ihren Staat als unseren Hauptgegner an. Wir kämpfen aber Seite an Seite mit unseren Genossen auf der ganzen Welt gegen den Imperialismus als Ganzes, als weltweites System. Besonders hervorzuheben sind daher auch die EU als imperialistisches Bündnis, die aufstrebenden Ökonomien der BRICS-Gruppe und der US-Imperialismus als nach wie vor militärisch gefährlichster imperialistischer Pol der Welt.

Im weiteren Klärungsprozess wollen wir zahlreiche Fragen zur politischen Ökonomie des Imperialismus vertiefen. Darunter die Zusammensetzung und Interessen des deutschen Kapitals; die Entwicklung des Kapitalismus in verschiedenen Ländern wie z.B. Russland und China sowie die Formen ihrer Einbindung in das imperialistische Weltsystem; die Eigentümerstrukturen der bestimmenden Monopole und ihr Verhältnis zum Nationalstaat; die Lage und Strategien des deutschen Imperialismus; die empirische Überprüfung der These des sogenannten „transnationalen Kapitals“ und ihre Bedeutung für die Strategie der „antimonopolistischen Übergänge“; die Frage der gegenseitigen Abhängigkeiten innerhalb der imperialistischen Kette; die Rolle und Bedeutung der nicht-monopolistischen Bourgeoisie; die Verschmelzung

von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital; die verschiedenen imperialistischen Pole, ihre Entwicklung und Verhältnisse zueinander.

5. Faschismus und Antifaschismus

Als eine Gesellschaftsform, die von sich aus zur Reaktion tendiert, beinhaltet der Imperialismus ständig die Möglichkeit des Faschismus. Der Begriff Faschismus wird sowohl für eine diktatorische Herrschaftsform, für bestimmte terroristische Bewegungen und auch für eine bestimmte Ideologie verwandt.

Die Analyse der Kommunistischen Internationale, die den Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals erkannte und das Kapital als Kraft hinter faschistischen Bewegungen und Parteien benannte, hat nichts an ihrer Richtigkeit verloren. Im Gegenteil: Sie wurde und wird bis heute durch Erfahrung bestätigt. Diese Bestimmung des Faschismus sollte allerdings nicht so verstanden werden, dass damit im Faschismus das nicht-monopolistische Kapital völlig von der Herrschaft im Staat ausgeschlossen wäre. Auch die Formulierung der Komintern, wonach der Faschismus lediglich die Diktatur der am meisten reaktionären Teile des Finanzkapitals sei, muss in diesem Sinne hinterfragt werden. Daraus wurden in der Geschichte der kommunistischen Bewegung problematische Vorstellungen über Bündnisse bis hinein in Teile der Monopolbourgeoisie abgeleitet.

Andere Faschismuserklärungen, die den Faschismus beispielsweise als eine Herrschaft von Einzelpersonen oder aber des Kleinbürgertums oder gar der Massen darstellen, sind falsch. Sie tragen zum Verständnis des Faschismus nichts bei und dienen objektiv dazu, die Bourgeoisie und ihren Staat von der Verantwortung für den Faschismus reinzuwaschen oder ihre Rolle zu relativieren.

In bürgerlichen, aber auch in marxistischen Kreisen gibt es oft die Tendenz, den Faschismus in der Analyse als Gegenmodell der bürgerlichen Demokratie gegenüberzustellen. Damit ist jedoch eine falsche Vorstellung über die bürgerliche Klassenherrschaft verbunden, die in jedem Fall eine Klassendiktatur ist und entsprechend den Bedürfnissen des Kapitals und den Kräfteverhältnissen im Klassenkampf zwischen offenen und verdeckten Formen der Diktatur wechseln kann. Weder der Faschismus noch die bürgerliche Demokratie dürfen klassenneutral betrachtet werden.

Ein weiterer häufiger Fehler besteht darin, relativ wahllos alle als schlecht empfundenen Regierungen, Länder oder Bewegungen als faschistisch zu bezeichnen. Damit wird der Faschismusbegriff ebenfalls von seinem Klasseninhalt getrennt und auf einen moralisierenden Kampf begriff reduziert.

Wenn angesichts der Krisentendenzen des Kapitalismus die Integrationskraft liberalerer Formen bürgerlicher Herrschaft versagt, ersetzt die Bourgeoisie diese verdeckte Diktatur durch die offene terroristische Diktatur, um ihren Machterhalt zu sichern. Die Verschärfung der Unterdrückung steht oft im Zusammenhang mit der Abwendung einer proletarischen Revolution und hat deshalb die Zerschlagung und Verfolgung der revolutionären Teile der Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Kräfte zum Ziel. Der Faschismus unterdrückt aber nicht nur fortschrittliche, sondern auch bürgerliche und reaktionäre Kräfte, die für konkurrierende Herrschaftsvarianten des Kapitalismus stehen. Der Faschismus bedeutet zwangsläufig eine massive Reduzierung der legalen Kampfmöglichkeiten für die kommunistische Partei und die Arbeiterklasse. Doch auch in der bürgerlichen Demokratie ergänzen faschistische Kräfte, die teilweise vom Staatsapparat aus organisiert werden, die staatlichen Repressionsmechanismen. Sie schwächen die Arbeiterklasse durch Spaltung und Gewalt.

Der Faschismus bedeutet allgemein schwärzeste Reaktion, blutige Unterdrückung der Arbeiterklasse, Hetze gegen Minderheiten, Kriegspolitik bis hin zum Völkermord. Für uns Kommunisten ist der schonungslose Kampf gegen den Faschismus eine Existenzbedingung unserer eigenen Bewegung. Doch erst wenn der Klassencharakter des Faschismus als einer bürgerlichen Bewegung und Herrschaftsform erkannt wird, ist es möglich, eine wirksame antifaschistische Strategie zu entwickeln. Nur ein Antifaschismus, der die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse als Grundlage des Faschismus bekämpft, kann mehr als nur Symptombekämpfung betreiben. Die illusionäre Vorstellung, der Faschismus sei eine der bürgerlichen Demokratie absolut entgegengesetzte Herrschaftsform, läuft auf die Verteidigung des Kapitalismus in seinen weniger autoritären Varianten hinaus und unterminiert damit letzten Endes auch den antifaschistischen Kampf.

In Bezug auf den Faschismus wollen wir uns beispielsweise damit beschäftigen, wie die historisch auftretenden Varianten dieser Herrschaftsform sich unterschieden, was sie gemeinsam hatten und was allgemeine Charakteristika des Faschismus sind. Wir wollen uns auch mit dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Faschismus historisch und aktuell auseinandersetzen, wie zum Beispiel der Rolle der Sozialdemokratie in Bezug auf den Aufstieg und die Machtübertragung des Faschismus in verschiedenen Ländern. Wir gehen davon aus, dass sozialdemokratische und faschistische Ideologie und Methoden der kapitalistischen Herrschaftsausübung sich nicht prinzipiell ausschließen. Dies zeigen uns die bitteren Erfahrungen der Arbeiterklasse mit der vielfältigen Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischer Führung und faschistischen Strukturen während und nach der Novemberrevolution bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur 1933.

Für zentral halten wir auch die Beschäftigung mit den Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes der Kommunisten, insbesondere mit der Frage, wie der Faschismus in Deutschland 1933 siegen konnte und mit den Orientierungen, die von der Kommunistischen Internationale im Zuge der Volksfront- und Einheitsfrontpolitik in den 1930er Jahren beschlossen wurden. Wir wollen der Frage nachgehen, welche Widersprüche und Mängel in der Faschismusanalyse existieren. Das betrifft grundsätzlich die Frage, wie der Begriff Faschismus zu verstehen und anzuwenden ist. Schließlich stellt sich auch heute zentral die Frage, mit welcher bündnispolitischen Orientierung der Faschismus wirksam bekämpft werden kann.

Zur Klärung aktueller Begebenheiten wollen wir die Frage, was Faschismus und was Antifaschismus heute konkret bedeuten, bearbeiten. Dazu gehören zum Beispiel die verschiedenen Erscheinungen und Entwicklungen der neuen Rechten und deren ideologische Überschneidungen von AfD und Identitären bis zur sogenannten „antideutschen“ Bewegung, aber auch die Untersuchung von Strukturen wie den Kameradschaften und Reichsbürgern. Zwischen den „Antideutschen“, die der Rechten zuzurechnen sind, und Teilen der kleinbürgerlichen „Linken“ üben bestimmte „antinationale“ Spektren eine Scharnierfunktion aus, die genauer untersucht werden muss. Schließlich muss die heutige antifaschistische Bewegung kritisch analysiert werden, um die Anforderungen an den antifaschistischen Kampf heute erfüllen zu können.

6. Proletarischer Internationalismus

Während Faschisten und Nationalisten die Werktätigen der Welt gegeneinander aufhetzen, gehen wir von der grundsätzlichen Einheit der Interessen der Arbeiterklasse weltweit aus. Wir bekämpfen alle Formen des Rassismus, der nationalen und ethnischen Unterdrückung und lehnen eine Bewertung von Menschen anhand ihrer Herkunft, Sprache, Staatsangehörigkeit oder Hautfarbe ab.

Der proletarische Internationalismus ist Grundlage für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen unterschiedlicher Länder gegen Kapitalismus und Imperialismus und findet seinen konkreten Ausdruck in der praktischen Klassensolidarität über nationale Grenzen hinweg. Aus dem proletarischen Internationalismus ergibt sich auch, dass die Arbeiterklasse die Einheit des Handelns der internationalen Arbeiterbewegung im Klassenkampf anstreben muss. Insbesondere schließt der proletarische Internationalismus grundsätzlich die Entschlossenheit der revolutionären Arbeiterbewegung ein, existierende sozialistische Staaten gegen alle Angriffe des Imperialismus zu schützen, wie es beispielsweise die Haltung der Kommunisten zur UdSSR war und heute zu Kuba sein muss.

Für Revolutionäre ist die Stellung der Arbeiterklasse zum Heimatland durch das Interesse des Kampfes für die Befreiung der nationalen Arbeiterklasse, das Ende ihrer Ausbeutung, bestimmt. Es bedeutet, dass für die Arbeiter und die revolutionäre Partei die Nation das jeweilige Feld des Kampfes ist, allerdings immer als Bestandteil des allgemeinen Kampfes für den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab. Es bedeutet auch, dass Kommunisten zwar eine feindliche Haltung zu nationalistischem Chauvinismus, der damit verbundenen Kultur der Verrohung sowie dem bürgerlichen Nationalstaat einnehmen, nicht aber zur Heimat, ihrer Geschichte, zur Bevölkerung und ihrer Kultur schlechthin.

Nationale Befreiungskämpfe haben in der Geschichte der Klassenkämpfe eine wichtige positive Rolle gespielt. Wo sie noch heute geführt werden, wie z.B. in Palästina, verdienen sie unsere Unterstützung. Die Haltung der Kommunisten zur nationalen Frage kann aber nie unabhängig von den Gesamtinteressen der Arbeiterklasse betrachtet werden.

Wir lehnen konstruktivistische Theorien ab, die in der Nation lediglich ein „Konstrukt“, also eine bloße Idee ohne materielle Realität sehen. Diese idealistischen Vorstellungen führen zu Begriffsverwischungen zwischen Staat und Nation, sind unfähig, Nation und Nationalismus zu trennen und ignorieren den Unterschied zwischen dem jungen Nationalismus des europäischen 19. Jahrhunderts und dem imperialistischen Nationalismus der Gegenwart. Sie sind Ausdruck bürgerlicher Vorstellungen zur Nation.

Die Kongresse der ersten und zweiten Internationalen Arbeiterassoziation, der Sieg der Oktoberrevolution und die Bildung der Kommunistischen Internationale (Komintern) waren wichtige historische Etappen in der Entwicklung des proletarischen Internationalismus. Durch die Existenz einer revolutionären Weltorganisation konnten die Klassenkämpfe auf der Grundlage einer gemeinsamen strategischen Perspektive weltweit koordiniert werden. In diesem Rahmen war ein historisch einmaliges Maß an internationaler Klassensolidarität, gegenseitiger Hilfe und Unterstützung der Kommunisten, der klassenkämpferischen Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen nationalen Befreiungsbewegungen möglich. Die Auflösung der Komintern 1943 und des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) 1956 waren schwere Rückschläge für die kommunistische Bewegung. Der Wiederaufbau der Kommunistischen Internationale muss, basierend auf dem Wiederaufbau der kommunistischen Parteien im nationalen Maßstab, weltweit das Ziel der Kommunisten sein.

Zu behandelnde Fragen wären hier beispielsweise, welche Formen der Internationalisierung von Klassenkämpfen heute möglich und sinnvoll sind, wie die historischen Erfahrungen mit der internationalen Organisierung der

Arbeiterbewegung auszuwerten sind und wie wir unseren Begriff von der Nation bestimmen; unsere Analyse und unser Verhältnis zu den Ländern, die sich heute noch sozialistisch nennen, wird genauer bestimmt werden müssen. Schließlich werden wir auch unseren Standpunkt zur nationalen Frage präzisieren und dabei insbesondere die Frage beantworten, anhand welcher Kriterien eine nationale Befreiungsbewegung als fortschrittlich im Sinne der Befreiung der Arbeiterklasse eingeschätzt werden kann.

7. Proletarische Frauenbewegung

Im Kapitalismus werden die Frauen der Arbeiterklasse doppelt unterdrückt – als Frauen und als Arbeiterinnen. Arbeitende Frauen werden auch heute noch fast überall verschärft ausgebeutet, ökonomisch und sozial benachteiligt, sie werden neben der Lohnarbeit zur unbezahlten Reproduktionsarbeit verdammt, sie genießen oft nicht die gleichen Rechte und ihre besonderen Bedürfnisse werden vom bürgerlichen Staat nicht befriedigt. Die Gewinnung der Arbeiterinnen für den Klassenkampf ist ein entscheidendes Erfordernis für seinen Erfolg, ebenso wie nur der Klassenkampf die Befreiung der Frau zur realen Perspektive macht.

Weiterhin gilt die Losung: „Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau – ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus!“ In der Urgesellschaft gab es keine Unterdrückung der Frau. Diese ging erst aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln hervor und lässt sich nur überwinden, indem dieses abgeschafft wird. Der Sozialismus als eine Gesellschaft, die nicht auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basiert, ist die Voraussetzung für die Befreiung der Frau. Die aus den vorherigen Gesellschaftsformationen mitgebrachten Einstellungen, Ideologien und Gewohnheiten können auf dieser Grundlage zurückgedrängt werden, wobei dies auch ein bewusster und aktiver Kampf sein muss.

Die proletarische Frauenbewegung war seit den Anfängen der Arbeiterbewegung ein Bestandteil in ihr, gleiches gilt für die kommunistischen Parteien. Die Bewegung der kämpfenden Frauen der Arbeiterklasse ist ein zentraler Teil unserer Bewegung und ein wichtiger Bezugspunkt unserer Theorie und Praxis.

Wir bekämpfen auch heute schon die ökonomische Benachteiligung von Frauen und die aus ihr resultierenden Formen der Frauenfeindlichkeit. Die vielfältigen Formen des bürgerlichen Feminismus behandeln die Frauenfrage hingegen entweder ganz losgelöst von der Klassenfrage oder, indem sie unvermittelt neben die Klassenfrage und auf dieselbe Ebene wie diese gestellt wird. Dies gilt auch für diverse verklärende „postmoderne“ Theorien, welche die Unterdrückung der Frau lediglich auf der Ebene von individuellen Einstellungen, als ein von Männern ausgehendes Problem oder eine Frage von Rollen-Zuschreibungen, „Kultur“ oder Ideologie betrachten, ohne dabei die materielle Basis dieser Unterdrückung zu beachten. Das reale Verhältnis von

Geschlechter- und Klassenfrage wird damit verwischt und der Kampf für die Befreiung der Frau behindert. Der Kampf gegen diese Ideologien gehört damit ebenfalls zum Kampf um die Befreiung der Frau und ist eine Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Eine wissenschaftliche Kritik dieser bürgerlichen Auffassungen zur Geschlechterfrage muss entwickelt werden. Damit verbunden stellt sich auch die Frage nach einer marxistischen Position zu Fragen von sexueller Orientierung und Identität. Schließlich müssen wir in der Praxis Formen dafür entwickeln, wie die Frauenfrage und ihre besonderen Anforderungen in den Klassenkampf eingebunden und mit diesem verbunden werden können.

8. Die kommunistische Partei

Die kommunistische Partei unterscheidet sich grundsätzlich von den bürgerlichen Parteien, zu denen auch die Sozialdemokratie zu zählen ist. Während die bürgerlichen Parteien in ihren verschiedenen Varianten Apparate zur Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft sind, vertritt die kommunistische Partei die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die kommunistische Partei ist die Kampforganisation der Arbeiterklasse, der bewussete und konsequenteste Teil der Arbeiterbewegung. Die kommunistische Partei stellt sich den Anspruch, Avantgarde, d.h. Vorhut der Arbeiterklasse zu sein, indem sie durch ihre Einsicht in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft, ihre enge Verbindung mit der Klasse und ihre vorantreibende Rolle in den Klassenkämpfen als eben solche Anerkennung findet. Diese Führungsrolle im Klassenkampf muss sie auch gegenüber den anderen Organisationen der Arbeiterklasse erringen.

Sie entwickelt ihre Politik streng wissenschaftlich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, sie entwickelt sich selbst und ihr Handeln durch die Kritik und Selbstkritik ihrer Mitglieder weiter und strebt danach, immer bessere, den Bedingungen angemessenere Formen der Organisierung der Klasse und ihrer Bildung zur revolutionären Kraft zu finden. Sie verbindet konkret die Theorie mit der Praxis: Weder kann sie ein Ort akademischer Selbstgenügsamkeit und wirklichkeitsfremder Diskussion der „reinen Theorie“ sein noch kann sie sich blind in die Praxis stürzen. Sie muss sich überall mit der Arbeiterklasse und den anderen unterdrückten Schichten verbinden, ihre Anerkennung gewinnen und ihre Sichtweise verbreiten.

Die von den Bolschewiki entwickelten Prinzipien der Partei neuen Typs beschreiben die für den Kampf der Arbeiterklasse im Imperialismus notwendigen Organisationsformen. Sie sind nicht nur historisch richtig gewesen, sondern haben sich in allen Phasen der Entwicklung als notwendig erwiesen. Ihre Anwendung auf die konkrete Situation und Bedingungen ist die Aufgabe der kommunistischen Partei.

Die kommunistische Partei ist nach dem demokratischen Zentralismus organisiert. Erst durch ihn kann die Partei einheitlich handeln. Während sie im Inneren freie Diskussion und Kritik betreibt, ihre Beschlüsse demokratisch zustande kommen und ihre Struktur von unten nach oben aufgebaut ist, fasst sie ihre Beschlüsse zentral und für alle Mitglieder verbindlich und leitet all ihre Mitglieder auf Grundlage ihrer politischen Linie an. Kontroversen führt sie intern und zwischen den Genossinnen und Genossen als Individuen, nicht als organisierte Gruppierungen.

Demokratie und Zentralismus bilden dabei keinen Gegensatz, sondern eine notwendige Einheit. Die Zentralisierung aller Erfahrungen, Gedanken, Ideen und Initiativen der Mitglieder und die Beschlussverbindlichkeit aller Genossen ermöglichen ein einheitliches und diszipliniertes Handeln. Erst dadurch bekommt die demokratische Diskussion und Beschlussfassung ihre Relevanz für die Linie und die Praxis der Partei. Demokratischer Zentralismus darf nicht auf formale Prinzipien reduziert werden, er steht und fällt mit der gelebten Teilnahme, Aktivität, Initiative und Disziplin der Mitglieder. Wenn die „individuelle Freiheit“ als Gegensatz zum Kollektiv verstanden wird, ist das eine bürgerliche Vorstellung. Damit wird „Freiheit“ als individuelle Selbstverwirklichung im Rahmen des bestehenden Systems anstelle des kollektiven Kampfes um eine gesellschaftliche Befreiung gesetzt. Die Entwicklung jedes individuellen Mitglieds im Sinne der Herausbildung einer kommunistischen Persönlichkeit ist zudem nur auf der Grundlage der Kollektivität und des Demokratischen Zentralismus möglich.

Die kommunistische Partei ist eine Kaderpartei. Kader sind Menschen, die es sich zur vorrangigen Aufgabe gemacht haben, den Kommunismus aufzubauen, entsprechend geschult sind und dementsprechend leben und handeln. Als Teil einer kommunistischen Organisation bereiten sie die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten auf die Revolution vor, führen sie in der Revolution an und leiten den Aufbau der Diktatur des Proletariats. Kader sind in der Masse verankert, bieten in der politischen Praxis Anleitung und Orientierung, haben eine klare Klassenorientierung, handeln konsequent nach kommunistischen Prinzipien, werten ihre Handlungen und anderen Entwicklungen kritisch aus, streben ständig danach, sich sowohl in der marxistischen-leninistischen Weltanschauung als auch im praktischen Kampf weiterzuentwickeln und ordnen ihre individuelle Selbstverwirklichung dabei der politischen Arbeit unter. Es ist Aufgabe und Orientierung der Partei, ihre Mitglieder als Kader in diesem Sinne ständig weiter zu entwickeln.

Gleichzeitig benötigt ein Kader immer ein Kollektiv, um sein Handeln und Auftreten auszuwerten und Repressionen und Integrationsversuchen standhalten zu können. Damit ist die Kaderentwicklung zentrale Voraussetzung für eine effektive Massenarbeit der kommunistischen Partei. Nur durch einen ideologisch klaren und

kampferfahrenen Kaderstamm wird letztendlich die kommunistische Partei in der Lage sein, in jeder gegebenen Situation Fehlentscheidungen so weit wie möglich zu vermeiden und die Arbeiterklasse so auf den Entscheidungskampf vorzubereiten.

Die Kommunistische Partei muss in der Lage sein, auf die jeweiligen gesellschaftlichen Veränderungen reagieren zu können, und alle dafür notwendigen Kampfformen beherrschen. Dazu muss sie diese Veränderungen zutreffend und rechtzeitig erkennen können und die geeigneten Mittel entwickeln, um ihre Praxis im Sinne größtmöglicher politischer Schlagkraft anzupassen.

Eine kommunistische Partei in diesem Sinne existiert heute in Deutschland nicht. Unser Ziel ist es, sie aufzubauen. Dafür wollen wir Schritt für Schritt die entsprechenden Strukturen schaffen, die notwendigen Erfahrungen sammeln und möglichst geeignete Formen finden, in denen diese allgemeinen organisationspolitischen Grundsätze umgesetzt werden können.

Um eine kommunistische Partei aufzubauen, müssen wir uns weiterentwickeln. Wir sind noch nicht die Kader, die eine solche Partei braucht. Die Schaffung fester Organisationsstrukturen ist erforderlich, um solche Kader herauszubilden. Durch die Anwendung von Kritik und Selbstkritik müssen sich sowohl die Kader, als auch die Organisation als Ganze ständig weiterentwickeln.

Einen besonderen Erfahrungsschatz stellt für uns die Geschichte der KPD dar. Die KPD war eine der stärksten kommunistischen Parteien der Welt, sie führte in der Weimarer Republik, unter dem Faschismus und in der Bundesrepublik den schwierigen Kampf der Arbeiterklasse an und brachte große Arbeiterführer wie Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht hervor. Die KPD bildete mit der SED eine Kampfgemeinschaft, gemeinsam leisteten sie Widerstand gegen die Wiederrichtung des imperialistischen Deutschlands und seine Wiederbewaffnung. Das Studieren der Errungenschaften und Erfahrungen der KPD und SED ist für die Organisation der Arbeiterklasse in Deutschland unerlässlich, ebenso wie die Beschäftigung mit dem KPD-Verbot von 1956 es erlaubt, wichtige Lehren über den Charakter des BRD-Staates zu ziehen.

Die DKP, die 1968 unter der Leitung der SED neu konstituiert wurde, setzte die organisatorische Existenz der KPD fort, die überwiegende Zahl der KPD-Mitglieder trat ihr bei. Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse waren in ihr organisiert. Die Form der Neukonstituierung war umstritten und wirft viele kritische Fragen auf, die wir im Laufe des Klärungsprozesses untersuchen wollen. Die Programmatik der KPD und dann der DKP zeigten schließlich zunehmend revisionistische Tendenzen. Trotzdem ist es zu undifferenziert, diese Parteien als vollkommen vom Revisionismus korrumpiert zu sehen. Das wird ihrer widersprüchlichen und stets umstrittenen

ideologisch-politischen Entwicklung nicht gerecht. Die Vertiefung der Kritik an der revisionistischen Entwicklung der Programmatik der DKP ist für uns ebenso wichtig, wie aus den Erfahrungen dieser Partei zu lernen.

Die unter anderem als Abspaltungen von der KPD entstandenen „K-Gruppen“ wendeten sich von Beginn an gegen den Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen Ländern des Warschauer Pakts. Sie verwarfen damit eine zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung, nämlich die Verteidigung der sozialistischen Länder. Manche, wenn auch nicht alle von ihnen gingen zum offen konterrevolutionären Kampf gegen die UdSSR und die DDR über und stellten sich unmittelbar auf die Seite der NATO und der imperialistischen deutschen Bourgeoisie. Trotzdem ist es auch hier notwendig, die Entwicklung und Erfahrungen dieser Gruppierungen zu analysieren und Schlüsse daraus zu ziehen.

9. Sozialismus und Kommunismus

Unser Ziel ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Klassen und ohne Staat, ohne Unterdrückung und ohne Kriege – der Kommunismus. Wir kämpfen für eine Gesellschaft freier und gleicher Menschen. Die Zeit ist reif dafür – mehr noch: Ohne den Übergang zum Sozialismus/ Kommunismus sind die zentralen Herausforderungen der globalen Gegenwart nicht zu lösen.

Aber es ist nicht möglich, aus der kapitalistischen Gegenwart übergangslos in die kommunistische Zukunft zu springen. Zwischen der gegenwärtigen Diktatur der Bourgeoisie und der klassenlosen Gesellschaft liegt deshalb eine erste, noch unreife Stufe des Kommunismus, die sozialistische Gesellschaft. Auch der Sozialismus kann nur unter Führung der Arbeiterklasse und mit ihren Verbündeten aufgebaut werden, unter der Diktatur des Proletariats. Diktatur des Proletariats bedeutet, dass die Arbeiterklasse sich gemeinsam mit den ihr verbündeten Schichten, z.B. Kleinbauern und kleine Selbstständige, Organe der politischen Herrschaft, der Verwaltung der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens und schließlich auch Organe der politischen und militärischen Verteidigung der Revolution schafft. Während sie eine Diktatur gegen die Feinde der neuen Ordnung ist und alle Versuche zur Wiedererrichtung der Ausbeuterordnung konsequent bekämpft und unterdrückt, stellt sie für die breiten Volksmassen die umfassendste Demokratie dar. Denn auch wenn die kommunistische Partei auch im Sozialismus noch ihre ideologisch und politisch führende Rolle wahrnehmen und erkämpfen muss, liegt die Machtausübung in den Händen der Massen.

Das Ziel der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates ist es, alle Produktionsmittel zu vergesellschaften und so schnell und so planmäßig wie möglich zu entwickeln. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit geschieht das mit

dem Ziel, die gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und zu entwickeln, die den Reichtum der sozialistischen Gesellschaft erarbeiten. Auf der Basis einer möglichst hoch entwickelten, wissenschaftlich geleiteten Produktion ist das zum ersten Mal auch ohne die fortgesetzte Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen möglich.

Damit ist die zentrale Planwirtschaft die Produktionsweise des Sozialismus. Sie ist gleichzeitig die demokratischste Form der Produktion, weil in ihr die breiten Massen selbst über die Gestaltung und Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen bestimmen. Sie muss notwendigerweise zentralistisch sein, weil nur durch die Zusammenführung der Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten an einer zentralen Stelle, die einen gesamtgesellschaftlichen Plan erstellt, die gesamtgesellschaftlichen Interessen in die Planung einfließen können. Grundlage dafür ist die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, die nach und nach erfolgen wird. Dabei muss die Planwirtschaft in ihrer Entwicklung den sozialistischen Charakter der Produktion vertiefen und nicht in bereits überwundene, weniger gesellschaftliche Formen wie Genossenschaften oder gar Privatunternehmen zurückfallen. Theorien, die von einer dauerhaft bleibenden Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus oder der sozialistischen Warenproduktion ausgehen, haben sich als falsch und schädlich erwiesen. Wo die Praxis in den sozialistischen Ländern sich nach solchen Vorstellungen richtete, untergrub sie den Sozialismus.

Durch gesellschaftliche Planung der Produktion und Verteilung und unter gesellschaftlicher Kontrolle werden so die materiellen und kulturellen Grundlagen für die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus geschaffen. So können wir kritisch und selbstkritisch auf die Erfahrungen, Fehler und Erfolge der bisherigen sozialistischen Gesellschaften zurückgreifen, aus deren Niederlage wir lernen müssen. Von besonderer Bedeutung ist für uns der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR.

In der Sowjetunion wurde erstmalig der Aufbau des Sozialismus konkret in Angriff genommen. Die Völker der Sowjetunion und die sowjetischen Kommunisten stellten unter Beweis, dass der Sturz der Bourgeoisie, die Errichtung eines Arbeiterstaats und sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse möglich ist. Der Aufbau der Ökonomie, die Überwindung der Rückständigkeit des ehemaligen Zarenreiches wurden nach den Maßgaben der zentralen Planung in Angriff genommen. Die Ausbeutung, die Produktion für den Profit der Kapitalistenklasse war abgeschafft, die gesellschaftliche Arbeit kam erstmalig in der Menschheitsgeschichte der ganzen Gesellschaft zugute. Damit waren die Oktoberrevolution und die Sowjetunion ein beispielloser Akt der Befreiung der Menschheit.

Nach der Befreiung durch die Rote Armee bauten die Arbeiterklasse und das Volk in der DDR auf deutschem Boden unter Führung der Kommunisten den Sozialismus auf. Der deutsche Imperialismus hatte damit auf einen großen Teil seines historischen Herrschaftsgebiets keinen Zugriff mehr. Die faschistischen Verbrecher, das Kapital und die Großgrundbesitzer wurden enteignet, ihr ehemaliges Privateigentum wurde Volkseigentum, die Ausbeutung des Menschen abgeschafft. Die gesamte Wirtschaft der DDR unterlag der zentralen staatlichen Planung und die Landwirtschaft wurde kollektiviert, sodass die Produktion gesellschaftlichen Bedürfnissen statt dem Profit der Kapitalisten diente.

Über die Gewerkschaften und andere Organisationen und Mechanismen waren die Massen in den Planungsprozess eingebunden, ebenso wie sie an der Mitwirkung in den Staatsorganen beteiligt wurden. Es bestanden bewaffnete Organe des Sozialismus, die der Macht der westdeutschen Bourgeoisie Grenzen setzten. Auf dieser Grundlage führte die SED die ostdeutsche Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus an. Obwohl es in der DDR verschiedene problematische Entwicklungen gab, war sie ein sozialistischer Staat und erst die Konterrevolution und Zerschlagung der DDR 1989/90 hat daran etwas geändert.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung revisionistischer Positionen und entsprechenden ökonomischen Maßnahmen ist notwendig. Allerdings ist dafür die Zurückweisung der verfälschenden und selbst revisionistischen Thesen über einen angeblichen „Staatskapitalismus“ in der DDR und der Sowjetunion eine Voraussetzung. Die Erfahrungen der Genossen aus der DDR sowie der Millionen Menschen, die im Sozialismus gelebt haben, müssen beim Aufbau der kommunistischen Partei in Deutschland einbezogen werden. Außerdem verteidigen wir als Kommunisten die DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung gegen alle feindlichen Angriffe. Dies steht nicht im Widerspruch zu einer kritischen, wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte, sondern ist die Voraussetzung dafür.

Der erste große Anlauf zum Sozialismus, der 1917 begann und 1989/90 endete, führte zu großen Siegen, gewaltigen Errungenschaften, schweren Fehlern und schließlich zu einer zerschmetternden Niederlage. Maßgebliche Ursache der Konterrevolution war die Verbreitung und schließlich Vorherrschaft revisionistischer Auffassungen und „marktsozialistischer“ Tendenzen.

Die kommunistischen Parteien verteidigten den Sozialismus nicht mehr, sondern schufen die Voraussetzungen seiner Zerstörung. Als Materialisten gehen wir jedoch davon aus, dass falsche Bewusstseinsinhalte nicht „von selbst“ entstehen, sondern materielle Ursachen haben.

Indem wir die Ursachen dieser Niederlage analysieren, schaffen wir die Bedingungen für einen erneuten revolutionären Anlauf und den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, von dem aus es dieses Mal hoffentlich keinen Weg zurück in den Kapitalismus mehr geben wird. Die Verteidigung der sozialistischen Staaten und der Kampf gegen alle antisozialistischen, die Geschichte verfälschenden Auffassungen ist für uns selbstverständliche Grundlage unserer Politik.

Der antikommunistische Kampfbegriff des „Stalinismus“, der von bürgerlichen Strömungen, aber auch von Trotzlisten verwendet wird, um den realen Sozialismus zu diffamieren, ist unwissenschaftlich und zu bekämpfen. Gleiches gilt für die These, wonach die Sowjetunion ab einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung nicht mehr sozialistisch, sondern „staatskapitalistisch“, in manchen Varianten gar „sozialimperialistisch“ und „faschistisch“ gewesen sei. Diesen Auffassungen, die sich in bestimmten trotzkistischen, aber auch maoistischen oder hoxhaistischen, d.h. historisch an der Partei der Arbeit Albaniens orientierten, Strömungen zu finden sind, ist ein unwissenschaftliches Verständnis vom Kapitalismus sowie vom Sozialismus gemein.

Fragen, mit denen wir uns im Rahmen unseres Klärungsprozesses beschäftigen werden, sind hier beispielsweise die Rolle der Räte und anderer möglicher Formen der Arbeiter- und Volksmacht im Sozialismus, die Rolle der kommunistischen Partei im sozialistischen Aufbau, die Geltung der Marxschen Kritik an der bürgerlichen „Gewaltenteilung“, die Notwendigkeit, den Klassenkampf auch im Sozialismus zu führen, die Analyse der Ursachen der Konterrevolutionen und der revisionistischen Degeneration der kommunistischen Parteien im 20. Jahrhundert, dabei auch die Rolle der Bevölkerung und Mängel der sozialistischen Demokratie, die Frage der Kulturrevolution als Kampf gegen die „Muttermale der alten Gesellschaft“, die ökonomischen Probleme des Sozialismus, wie z.B. die Problematik der Warenproduktion im Sozialismus, sowie Möglichkeiten effizienter Wirtschaftsplanung im zukünftigen Aufbau des Sozialismus und schließlich die Analyse der konkreten ökonomischen und sozialen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in Deutschland.

10. Die revolutionäre Strategie

Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus ist die sozialistische Revolution: die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, die Zerstörung der bürgerlichen Machtstrukturen und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dieses Ziel steht heute unmittelbar auf der Tagesordnung. Es gibt keine Zwischen- oder Übergangsetappen dorthin; keine „antimonopolistische Demokratie“, die innerhalb des Kapitalismus und auf dem Boden des bürgerlichen Staates die Voraussetzungen

für den Sozialismus schaffen könnte und erst recht keine Gesellschaftsformation, die zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus liegen würde.

Wenn wir sagen, der Sozialismus steht heute unmittelbar auf der Tagesordnung, dann meinen wir damit nicht, dass die entsprechenden Kräfteverhältnisse schon existieren würden oder dass wir uns aktuell in einer revolutionären Lage befinden würden. Genauso wenig ist damit gemeint, dass die langfristige Aufgabe der Organisierung und Bewusstseinsbildung der Arbeiterklasse durch linksradikale Phrasen ersetzt werden könnte. Gemeint ist vielmehr, dass der Sozialismus auch heute schon in allen Klassenkämpfen als das nächste strategische Ziel propagiert werden muss, dass die Arbeiterbewegung und die kommunistische Partei auf dieses Ziel unmittelbar hinarbeiten müssen.

Für dieses strategische Ziel muss die kommunistische Partei eine geeignete Bündnispolitik entwickeln. Der Kern dieser Bündnispolitik muss der Aufbau eines gesellschaftlichen Bündnisses sein. Anstelle von Bündnissen der kommunistischen Partei mit anderen Organisationen muss die Organisierung der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit den anderen Gesellschaftsschichten, die objektiv im Widerspruch zum Kapital stehen, in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei müssen die Kommunisten den Aufbau von Arbeiterorganisationen vorantreiben, in denen die Macht der Arbeiterklasse überhaupt erst manifestiert wird. In diesen Organisationen machen die Arbeiter Erfahrungen im ökonomischen Klassenkampf, organisieren sich und bilden sich für den ideologischen Kampf. Auch für andere unterdrückte Schichten, wie z.B. Teile des Kleinbürgertums, müssen Massenorganisationen geschaffen werden. Diese können jedoch nur eine unterstützende Rolle spielen. Der soziale Kern eines solchen Bündnisses kann nur die organisierte Arbeiterklasse sein. Bündnisse mit Teilen der Bourgeoisie, auch mit ihren nicht-monopolistischen Fraktionen, sind im Rahmen einer solchen revolutionären Strategie nicht möglich.

Das gesellschaftliche Bündnis dient der Sammlung von Kräften für den sozialistischen Umsturz, es wird aber bereits im Zuge der Sammlung dieser Kräfte Kampforgane, also Räte schaffen, die den Keim der zukünftigen Arbeiter- und Volksmacht ausmachen. Räte sind die unverzichtbaren Keimzellen und Machtorgane der Arbeiterklasse. Die deutsche Arbeiterbewegung hat in der Novemberrevolution mit diesen Organen wichtige Erfahrungen gesammelt, aus denen wir lernen müssen.

Wir sind noch keine kommunistische Partei und geben nicht vor, eine zu sein. Einer der Gründe dafür ist, dass wir eine wissenschaftlich fundierte, auf umfassenderen Praxiserfahrungen beruhende kommunistische Strategie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erarbeitet haben. Auch wenn die revolutionäre Strategie im Wesentlichen nicht von nationalen Besonderheiten abhängen kann, ist die Analyse der konkreten Kampfbedingungen in der BRD die Grundlage für eine Strategie, die sich nicht in

abstrakten Lehrsätzen und Erkenntnissen erschöpft, sondern im alltäglichen Kampf handlungsleitend sein kann. Gleichzeitig können wir als politische Organisation aber auch nicht ohne irgendeine strategische Orientierung unsere Praxis entwickeln. Daher beschränken wir uns vorerst darauf, die oben genannten strategischen Eckpunkte festzuhalten. Sie genauer auszuführen, durch die Entwicklung der geeigneten Organisations- und Kampfformen und einer entsprechenden Taktik zu konkretisieren und immer wieder an unseren Erfahrungen zu überprüfen, wird Aufgabe des Klärungsprozesses der nächsten Jahre sein.

11. Die revolutionäre Praxis

Eine erfolgreiche kommunistische Praxis kann nur auf Grundlage einer korrekten, wissenschaftlich erarbeiteten Strategie entwickelt werden. Diese Praxis ist selbst wiederum die Grundlage und Bedingung für die Entwicklung und ständige Weiterentwicklung einer revolutionären Strategie. Sie knüpft an den konkreten, alltäglichen Problemen der Massen an, die sich aus dem gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ergeben. Kennzeichnend für eine erfolgreiche kommunistische Praxis ist die Selbstaktivierung, Selbstermächtigung und Bewusstseinsbildung der daran Beteiligten: Die Arbeiter lernen darin, für ihre Interessen selbst einzustehen, selbst aktiv zu werden, dabei Kampferfahrungen zu sammeln und diese in den allgemeinen Zusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse zu stellen. Die sozialistische Revolution ist nur möglich, wenn die Arbeiterbewegung sich entsprechende Organisationsstrukturen schafft und in Organisationsfragen ihre Erfahrungen sammelt und systematisch auswertet.

Es müssen offene Angebote zur Massenorganisation geschaffen werden, in der Erfahrungen des Klassenkampfes und der Klassensolidarität gesammelt werden können, relativ unabhängig von den allgemeinpolitischen Ansichten der Beteiligten. Dies können entweder schon bestehende Organisationen sein, in denen die Kommunisten dafür kämpfen müssen, Möglichkeiten und Bedingungen für eine klassenorientierte Organisation zu schaffen. In anderen Fällen, wo die Kräfteverhältnisse zugunsten der bürgerlichen, insbesondere der sozialdemokratischen Ausrichtung, dies auf Dauer nicht zulassen, müssen neue Organisationen geschaffen werden. Beispiele dafür sind Vereine für gegenseitige Hilfe, Nachbarschaftsräte und Ähnliches.

In jedem Fall müssen diese Formen der Organisation unabhängig vom Staat und reformistischen oder anderen bürgerlichen Organisationen sein und die Arbeiter an ihren Arbeits- und Lebensschwerpunkten sammeln. Ihr Charakter muss zuallererst klassenorientiert sein. Eine Zustimmung zum Kommunismus und unserer Weltanschauung darf nicht zur Voraussetzung für die Teilnahme gemacht werden. Die Grundlage für die Teilnahme sollte hingegen die Bereitschaft zum gemeinsamen

Kampf für gemeinsame (Klassen-)Interessen sein. Dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe, als Möglichkeit, Solidarität erfahrbar zu machen, kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die Kommunisten müssen in diesen Massenorganisationen arbeiten und durch ihre praktische Konsequenz, ihre überzeugenden Argumente und ihre Kampferfahrung ihre Führungsrolle erkämpfen, statt sie einfach nur zu beanspruchen.

Die Gewerkschaften haben dabei seit jeher die zentrale Rolle bei der Organisation der Arbeiterklasse gespielt. Sie sind die ältesten und bedeutendsten Organisationen der Arbeiterklasse, die als direkte Folge der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise gegründet wurden. Sie sind für die Arbeiterklasse notwendige Schulen des Klassenkampfes und das Mittel, mit dem historisch zahlreiche Erfolge erkämpft werden konnten. Von Beginn an gab es zwei grundlegend unterschiedliche Linien innerhalb der Gewerkschaften: auf der einen Seite die „sozialpartnerschaftliche“ Orientierung, die auf Kompromisse zwischen den Kapitalisten und Arbeitern aus ist und heute von der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und seinen Einzelgewerkschaften vertreten wird; auf der anderen Seite klassenkämpferische Kräfte innerhalb der Gewerkschaften, die ökonomische Reformkämpfe nur als notwendigen Schritt zur selbstständigen Organisation der Arbeiterklasse auf dem Weg zur proletarischen Revolution sehen.

Der Großteil der Arbeiterklasse ist heute allerdings unorganisiert. Auch der Teil, der in bürgerliche und reformistische Organisationsstrukturen wie die Gewerkschaften des DGB eingebunden ist, wird selten erfolgreich für ökonomische, soziale oder politische Ziele mobilisiert. Die heute im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften werden von sozialdemokratischen und anderen bürgerlichen Kräften geführt. Ihr Ziel ist nicht die Organisation der Arbeiterklasse unabhängig vom Kapital für ihre Interessen, sondern eher ihre Einbindung in das sozialpartnerschaftliche Kapitalismusmodell der BRD, die Herstellung von „Ruhe und Ordnung“ und ununterbrochenen Produktionsabläufen. Aufgabe der Kommunisten ist es, diese Zielsetzung und die Kräfte, die sie vertreten, insbesondere die DGB-Führung, in den Gewerkschaften zu bekämpfen. Der betriebliche Kampf kann und darf auf die Gewerkschaften nicht verzichten, darf allerdings auch nicht auf die Arbeit in den Organen der DGB-Gewerkschaften reduziert werden. Der Aufbau klassenkämpferischer proletarischer Gewerkschaftsorganisationen ist für die Kommunisten das zentrale Ziel des betrieblichen Kampfes, auch wenn der genaue Weg dorthin sich erst im Ergebnis des Kampfes erweisen wird. Auf welchem Weg die sozialdemokratische Hegemonie zu brechen ist, müssen wir herausarbeiten.

In diesen Ansätzen der Massenorganisation müssen die Kämpfe verschiedener Klassen, Schichten und gesellschaftlicher Gruppen auf verschiedenen Themenfeldern zusammengeführt und auf das gemeinsame Ziel ausgerichtet werden: den Kampf

gegen den Feind, den Kapitalismus/ Imperialismus und für den Sozialismus. Diesen antikapitalistisch-antiimperialistischen Charakter der Massenkämpfe zu sichern und zu stärken, ist die ständige Aufgabe der Kommunisten darin.

Die Orientierung auf Organisationenbündnisse von Parteien, Vereinen und Organisationen stellt faktisch eine sektiererische Verengung der Praxis auf wenige organisierte Personen dar und schließt weite Teile der Arbeiterklasse aus. Zusätzlich sind sie meist ein Hindernis dafür, den Charakter der bürgerlichen reformistischen und opportunistischen Kräfte gegenüber den Massen zu entlarven. Im Gegensatz dazu ist ein notwendiger Bestandteil kommunistischer Praxis ein klarer Klassenstandpunkt und damit die Aufgabe, Illusionen über den Kapitalismus und seinen Staat konsequent zu benennen und aufzudecken.

Über diese grundsätzlichen Punkte hinaus werden viele weitere Fragen zu beantworten sein. Beispielsweise: Welche Formen der Massenorganisation eignen sich am besten? Unter welchen Bedingungen können wir die Kollegen in den DGB-Gewerkschaften klassenorientiert organisieren und wie kann der Kampf für die Schaffung von klassenorientierten Gewerkschaften geführt werden? Wie können Kommunisten um einen antikapitalistischen, antiimperialistischen Charakter dieser Organisationen kämpfen und dabei trotzdem dem realen Bewusstseinsstand Rechnung tragen? Auf welchen Schichten der Arbeiterklasse sollte der Fokus liegen? Wie ist die Rolle der relativ gut gestellten Teile der Klasse, der „Arbeiteraristokratie“ einzuschätzen? Arbeiten wir überhaupt in Organisationenbündnissen und wenn ja, in welcher Form und unter welchen Bedingungen?

12. Der Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus

Revisionismus ist die Abweichung von grundlegenden Erkenntnissen und Standpunkten des Marxismus-Leninismus infolge eines Eindringens von Elementen der bürgerlichen Weltanschauung in die Weltanschauung des Proletariats. In der Praxis führt er zum Opportunismus, dessen typische soziale Basis das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie sind. Opportunismus bedeutet, im Klassenkampf einen falschen, aber vermeintlich einfacheren Weg zu wählen, der die Bewegung in eine Sackgasse führt.

Beim rechten Opportunismus wird das strategische Ziel der Revolution den taktischen Zielen und Forderungen untergeordnet und damit letzten Endes faktisch aufgegeben. Der linke Opportunismus reduziert dagegen alles auf das Ziel der Revolution und vernachlässigt oder leugnet sogar die Notwendigkeit von Kämpfen um die Verbesserung der Lebenslage und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse auch innerhalb des Kapitalismus, die aber notwendig sind, um die revolutionäre Bewegung überhaupt erst aufzubauen. Für eine kommunistische Bewegung ist der Kampf gegen

beide Grundrichtungen des Opportunismus und alle Formen des Revisionismus von entscheidender Bedeutung.

In vielen Ländern wurden nach dem imperialistischen Ersten Weltkrieg kommunistische Parteien gegründet, um den organisatorischen und politischen Bruch mit dem Opportunismus zu vollziehen und die Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus führen zu können. Trotzdem setzten sich, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, auch in den kommunistischen Parteien zunehmend erneut opportunistische und revisionistische Tendenzen durch. Dies zeigt, dass der Kommunismus sich notwendigerweise in ständiger Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie befindet, die auch in den Reihen der Arbeiterbewegung in Gestalt des Opportunismus entsteht.

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 konnten die Vertreter dieser Strömung unter der Führung von Nikita Chruschtschow einen politischen Sieg erringen. In der bedeutendsten Partei der kommunistischen Weltbewegung setzten sich damit revisionistische Einschätzungen zu verschiedenen Grundsatzfragen durch, die von den meisten anderen kommunistischen Parteien übernommen wurden und in der Sowjetunion in der Folgezeit auch zu ökonomischen Veränderungen führten, die auf lange Sicht den Sozialismus aushöhlten. Die sozialistische Gesellschaftsordnung blieb zwar weiter erhalten, jedoch wurde der sozialistische Aufbau durch falsche wirtschaftspolitische Konzepte und eine Aufweichung der Planwirtschaft gehemmt und einer langsamen Stärkung der revisionistischen Strömung der Boden bereitet. In der zweiten Hälfte der 1980er nahm diese Strömung dann um den Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow offen konterrevolutionären Charakter an und konnte den Sozialismus in der Sowjetunion schließlich zerschlagen.

In der kommunistischen Bewegung in der BRD, namentlich in der KPD und später der DKP, bildete sich in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit unter dem revisionistischen Einfluss eine strategische Orientierung heraus, die auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus auf dem Boden der bestehenden staatlichen Institutionen und auf politische Bündnisse mit bürgerlichen Kräften und Teilen der Bourgeoisie setzte. Diese Vorstellungen lehnen wir ab.

Während die kommunistischen Parteien in der BRD trotz ihrer opportunistischen Abweichungen gleichzeitig auch noch an einigen theoretischen und praktischen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus festhielten, kam es in anderen Ländern Westeuropas, vor allem in Italien und Frankreich, unter dem Vorwand der Berücksichtigung „nationaler Besonderheiten“ zu einem völligen Bruch der dortigen kommunistischen Parteien mit der kommunistischen Bewegung. Unter dem Banner des sogenannten „Eurokommunismus“ wurde offener Opportunismus und Revisionismus propagiert und praktiziert, die Solidarität mit den sozialistischen

Staaten aufgekündigt, das kapitalistische Ausbeutersystem akzeptiert, die enge Verbindung mit der Arbeiterklasse zerschlagen. Die „eurokommunistischen“ Parteien beteiligten sich an der Verwaltung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse, sie verwandelten einst mächtige kommunistische Kampfparteien in sozialdemokratische Systemparteien und liquidierten sie schließlich in einigen Fällen vollständig. Der „Eurokommunismus“ ist somit eine gefährliche Spielart des Revisionismus, die wir bekämpfen.

Eine weitere Spielart des rechten Opportunismus ist der Zentrismus. Zentrismus bedeutet, sich einer revolutionären Rhetorik zu bedienen und den Marxismus-Leninismus als Phrase anzuerkennen, aber den Einfluss des offenen Revisionismus nicht oder nicht konsequent zu bekämpfen. Der Zentrismus versucht im Namen der Einheit der Partei und Bewegung, den politischen und organisatorischen Bruch mit den offenen Opportunisten zu vermeiden und verwässert die weltanschaulichen Gegensätze zwischen konsequenten Kommunisten und Opportunisten. Der Zentrismus hat sich unter anderem auch in der Frage der revolutionären Strategie und der Organisationspolitik vom Marxismus-Leninismus entfernt und propagiert auf diesen Gebieten opportunistische Vorstellungen. Er ist eine verdeckte Form des Revisionismus, woraus sich besondere Gefahren ergeben. Damit bildet auch er ein Hindernis für den Aufbau der revolutionären Partei und muss von der kommunistischen Partei bekämpft werden.

Von besonderer Bedeutung für die kommunistische Bewegung ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Diese ist nicht einfach nur eine von vielen Varianten bürgerlicher Ideologie. Ihr besonderer Charakter ergibt sich daraus, dass sie als Strömung der Arbeiterbewegung agiert, allerdings die Arbeiterklasse nicht auf ihre Selbstbefreiung vorbereitet, sondern im Gegenteil objektiv für die Fortsetzung und Verewigung der Ausbeutung arbeitet.

Die Sozialdemokratie beruht auf der Illusion, dass der Kapitalismus durch Reformen seine unerträglichen Widersprüche überwinden könne. Daher ist ihre Perspektive die Verwaltung und schrittweise „Verbesserung“, nicht die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus. Sie führt die Arbeiterklasse durch reformistische Illusionen in die Irre, sie bindet kämpferische und revolutionäre Potenziale ein und macht sie unschädlich für das System. Ihr bürgerlicher Charakter bringt sie dazu, auch reaktionäre Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse mitzutragen. Wie Geschichte und Gegenwart zeigen, ist sie letzten Endes immer auch bereit zur gewaltsamen Verteidigung der Interessen des Kapitals gegen die revolutionäre Bewegung. Dieser systemstützende Charakter der Sozialdemokratie ist der Grund für unsere unversöhnliche Gegnerschaft zu ihr.

Ihren Einfluss auf die Arbeiterklasse zu brechen, ist eine zentrale Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse. Die Existenz der Sozialdemokratie und allgemein des rechten Opportunismus in der Arbeiterbewegung ist nicht einfach das Ergebnis von Verrat oder Charakterschwäche der Arbeiterführer. Sie ist ein regelmäßig auftretendes Phänomen unter den Bedingungen des Imperialismus. Das Monopolkapital realisiert aufgrund seiner die Produktion und den Austausch beherrschenden Stellung enorme Extraprofiten, die es möglich machen, einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse durch materielle Zugeständnisse einzubinden. Diese „Arbeiteraristokratie“ wird tendenziell zu einer sozialen Stütze der Sozialdemokratie und damit des Imperialismus. Diese Analyse schließt jedoch nicht aus, dass Einzelpersonen und in Aufschwungsphasen des revolutionären Klassenkampfes auch größere Teile dieser Schicht der Arbeiterklasse politisch gewonnen werden können.

Als sich die Sozialdemokratie von einer revolutionären Organisation zur Stütze der kapitalistischen Herrschaft und zum Feind der Arbeiterklasse in ihren eigenen Reihen wandelte, beförderte dies als Reaktion auch das Erstarken des Linksradikalismus, obwohl er auch davor bereits in verschiedenen Formen existiert hatte. Auch der „linke“ Radikalismus hat opportunistischen Charakter und hält die Arbeiterklasse von ihrer Organisierung und der Revolution ab. Das gilt für Positionen, die nur die revolutionäre Phrase akzeptieren wollen, aber den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen auf dem Boden des Kapitalismus ablehnen.

Es gilt auch für Positionen, wie sie die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens in den 1960er und 1970er Jahren vertraten. Diese Parteien und die an ihnen orientierten Gruppierungen auf der ganzen Welt gingen von einer Kritik am rechten Opportunismus der sowjetischen Führung aus, um dann aber selbst eine opportunistische Politik zu betreiben. Dabei bedienten sie sich unwissenschaftlicher und revisionistischer Konzepte wie „Staatskapitalismus“ und „Sozialimperialismus“, die einen Bruch mit dem marxistisch-leninistischen Verständnis von Kapitalismus, Imperialismus und Sozialismus bedeuteten. Auf der Grundlage dieser revisionistischen Thesen übernahmen die KP Chinas, die Partei der Arbeit Albaniens und andere Parteien, die sich an ihnen orientierten – ob hoxhaistisch, maoistisch oder auf Grundlage der „Mao-Tse-tung-Gedanken“ –, offen antisowjetische Positionen, die sich faktisch gegen den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion richteten. Eine differenzierte Herangehensweise an die chinesische und albanische Revolution und politische Kräfte, die sich an den Positionen der KP Chinas oder der Partei der Arbeit Albaniens orientieren, ist unabhängig davon erforderlich. Sie ändert aber nichts daran, dass die genannten Abweichungen vom Marxismus-Leninismus scharf kritisiert werden müssen. Ihre feindliche Haltung gegenüber der Sowjetunion und den meisten

anderen sozialistischen Staaten hat objektiv konterrevolutionären Charakter und nützte dem Imperialismus bei seiner Offensive gegen den Sozialismus.

Der Trotzismus ist eine weitere Form des Opportunismus, die sich ursprünglich aus einer ultra-„linken“ Kritik an der Politik der Bolschewiki in der Sowjetunion entwickelt hat, aber seit langem auch oft als faktisch rechter Opportunismus und Anbiederung an die Sozialdemokratie auftritt. Der Trotzismus stellte die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus „in einem Lande“, also in der Sowjetunion infrage. Allen trotzistischen Strömungen ist ein unwissenschaftliches und letztlich konterrevolutionäres Herangehen an den historisch existierenden Sozialismus gemein, das in der Verwendung des antikommunistischen Kampfbegriffs „Stalinismus“ und der unkritischen Wiedergabe zahlreicher bürgerlicher Verfälschungen unserer revolutionären Geschichte seinen Ausdruck findet. Bis heute sorgen diese Strömungen, in manchen Ländern in hohem Ausmaße, für Verwirrung und falsche Orientierungen in der Arbeiterbewegung.

Die Aufzählung dieser opportunistischen Strömungen hat beispielhaften Charakter und ist nicht erschöpfend. Die Auseinandersetzung mit ihnen, um ihre Entstehung, ihren Charakter und ihre Wirkung auf die Arbeiterbewegung besser verstehen zu können, wird Gegenstand des Klärungsprozesses sein. Besonders die Rolle der Sozialdemokratie in Deutschland wird zu analysieren sein, um ihren Einfluss auf die Arbeiterklasse effektiv bekämpfen zu können: Dabei gilt es zu prüfen, ob die SPD und die Partei Die Linke in Deutschland wirklich noch sozialdemokratischen Charakter haben und welche Schlussfolgerungen daraus für den Umgang mit diesen Parteien zu ziehen sind. Außerdem ist zu klären, auf welche Art und Weise die Sozialdemokratie heute in den Gewerkschaften wirkt, wie groß ihr Einfluss auf die Gewerkschaften wirklich ist und wie es um die Verankerung dieses Einflusses in der Arbeiterklasse steht. Des Weiteren müssen wir analysieren, welche Strömungen des Trotzismus, des Maoismus, des Hoxhaismus und anderer Abweichungen vom Marxismus-Leninismus es heute gibt, wie sie sich in ihren Positionen unterscheiden und worin ihr Einfluss auf die Arbeiterklasse besteht. Im Falle des Maoismus und der „Mao-Tse-tung-Gedanken“ ist außerdem zu analysieren, ob sich bereits in den allgemeinen weltanschaulichen Positionen Mao Tse-tungs revisionistische Abweichungen vom wissenschaftlichen Sozialismus finden, die die antisowjetische Politik der KP Chinas später begünstigt haben.

Schlusswort

Der Kapitalismus hat der Mehrheit der Arbeiterklasse, der Masse der Jugend und des Volkes nichts zu bieten. Er kann seine Widersprüche nicht lösen und schleppt sich daher von einer Krise zur nächsten. Massenarbeitslosigkeit ist in immer mehr europäischen Ländern an der Tagesordnung, während sich Millionen weitere

Menschen mit Hungerlöhnen und rechtlos für die Profite des Kapitals verkaufen müssen. Außerhalb der entwickelten Industrieländer zeigt sich das hässliche Gesicht dieser barbarischen Gesellschaftsform erst recht in aller Deutlichkeit. Imperialistische Kriege, die letztlich um die Kontrolle von Ressourcen, Absatzmärkten, Investitionsmöglichkeiten und Transportwegen geführt werden und ganze Regionen in Schutt und Asche legen, bringen Tod, Zerstörung, Verstümmelung und Armut für viele Millionen Menschen. Jedes Jahr sterben mehrere Millionen Menschen an Hunger oder heilbaren Krankheiten, während die Entwicklung der Produktivkräfte es ermöglichen würde, all diese Menschen zu retten. Gleichzeitig lebt die herrschende Klasse in nie dagewesenem Luxus, in ihren Schlössern, ihren Villen oder auf ihren Jachten, die die Arbeiterklasse mit ihrer Hände Arbeit geschaffen hat.

Die politische Antwort der Kapitalistenklasse auf ihre eigene Krise besteht in noch mehr Reaktion, der Zerschlagung erkämpfter Errungenschaften, in mehr Ausbeutung, mehr Armut, mehr Repression und mehr Krieg. Die Konflikte der Imperialisten untereinander, die die ganze Welt an den Rand des Atomkriegs treiben können, sowie die Zerstörung der Umwelt stellen das Überleben der Menschheit insgesamt infrage. Trotzdem kann der Kampf um die Befreiung der Menschheit kein Kampf der ganzen Menschheit sein, sondern nur Ergebnis des Kampfes der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen die Unterdrücker und Ausbeuter.

Nichts wird bleiben, wie es ist. Die herrschende Klasse führt den Klassenkampf von oben, für verschärfte Ausbeutung, für den Abbau der erkämpften Errungenschaften, gegen jede Einschränkung ihrer Herrschaft über Mensch und Natur. Es ist höchste Zeit, ihr wieder den Klassenkampf von unten entgegenzusetzen. Wir werden dabei nicht bei einzelnen Forderungen stehen bleiben, sondern den Kampf um jeden Zentimeter gesellschaftlichen Fortschritts nutzen, um den vollständigen und endgültigen Sturz der Bourgeoisie vorzubereiten.

Ihre Ordnung ist auf Sand gebaut. Möge die herrschende Klasse vor einer kommunistischen Revolution zittern.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Ökonomie

Hermann Jacobs: Der Nachweis der drei historischen Preis- wie Geldsysteme und, darauf beruhend, auch Lohn-Systeme der Geschichte

In meinem Beitrag im “offen-siv”, März-April-Ausgabe 2018, hatte ich darauf aufmerksam gemacht, dass nur drei Preis- wie Geld-Systeme, und darauf beruhend Lohn-Systeme, historisch gesehen möglich sind - bevor es zur Aufhebung von Preis- wie Geldsystemen in der Geschichte überhaupt kommt. Was ist so wichtig an dieser Frage? Dass dieser Übergang über zwei Zwischenschritte erfolgt: der eine fällt in den Kapitalismus, der andere in den Beginn des Kommunismus – es ist der Sozialismus des Kommunismus (bei Marx noch 1. Phase des Kommunismus). Die Erkenntnis dieser Zwischenschritte hilft uns, das Objektive des Kommunismus, sein Produktionssystem, besser, richtig zu verstehen – und den Reformismus/Revisionismus, der zu Beginn des Sozialismus in den Reihen der Arbeiterparteien, die an den Aufbau des Kommunismus gerieten, ausgebrochen ist, erfolgreicher zu überwinden. Also, noch einmal die drei Systeme:

1. das mit den Werten bzw. wie die Werte sich bewegende Preissystem, bei sinkenden Werten oder auch steigender Arbeitsproduktivität also System sinkender Preise – es liegt den theoretischen Arbeiten von Karl Marx zugrunde, 2. das System nominell steigender Preise, demnach das permanent inflationäre Preissystem; hier muss die Frage der Bewegung der Werte resp. der Wirkung der Arbeitsproduktivität auf die Preise theoretisch noch endgültig beantwortet werden – es ist das aktuell gültige Preissystem des Kapitalismus, und 3. das sozialistische Preissystem, das vom Prinzip her mit konstant bleibenden Preisen arbeitete. Auch hier ist die Frage nach der Wirkung der Werte bzw. der Arbeitsproduktivität auf die Preise nicht theoretisch beantwortet – jedenfalls nicht schon von der offiziellen Wissenschaft der Sowjetunion, der DDR usw. beantwortet.²

² Die Meinungen darüber gingen auseinander. Einerseits kam es nicht zu einem bewussten Bekenntnis zu diesem System, andererseits gab es - auch aus diesem Grund - ständige Reformversuche, das bestehende Preissystem der Planwirtschaften in ein wieder mit den Werten bewegtes System zurückzuverwandeln. Das war bzw. ist noch immer - die Reformvorstellungen haben den realen Sozialismus überdauert - aber ein theoretisch-politischer Versuch, nicht wieder eine klar formulierte Vorstellung geworden, mit welchem Preis- wie Geld-System denn nun im Sozialismus - an Stelle des planwirtschaftlichen - gearbeitet werden

Zwei der genannten Preis- wie Geldsysteme und darauf beruhend Lohnsysteme fallen in die kapitalistische Entwicklung der Warenproduktion, das dritte nur in den Sozialismus mit Planwirtschaft (China ist also ausgenommen, es arbeitet, wie das zweite kapitalistische System, mit der Methode der inflationären Entwertung der Preise).

Das Nacheinander der drei genannten System – und dieser Gedanke ist neu und ihn auszusprechen der eigentliche Sinn meines Beitrages - drückt einen historischen Übergang aus, der von der Produktionsweise der Warenökonomie weg- und zu einer Produktionsweise der Gebrauchswertökonomie, also unmittelbar gemeinschaftlichen Ökonomie hinführt. Diese ist aber keine Ökonomie, die ohne den Zeitfaktor als Maß der Rationalität der Arbeit auskommen will, sondern eine Ökonomie, in der sich der Wert „in die Produktion zurückzieht“ - „und da gehört er auch hin“ (Engels). Daher Marx: „Wo er wesentlicher als je wird“.

Die Form, unter der dann *die Aneignung* erfolgt, ist eine direkt vom Gebrauchswert, dem Bedarf auf den naturalen Charakter der Produkte geleitete. (Eine nach Gebrauchswert und Bedarf geleitete ist sie natürlich heute auch, aber das ist unter der Wertform „versteckt“; d.h. solange eine Gesellschaftsform der Produktion noch von individueller Arbeit und mit einem privaten Eigentumsrecht versehen ausgeht, verdoppelt die bereits gesellschaftliche Form der Aneignung der Gebrauchswerte um eine ihr auferlegte private Form der Aneignung nach dem Wert. Das Produkt „verdoppelt“ um die Wertform, wird „Ware“. Bei gesellschaftlichem Charakter der Arbeit wie auch des Eigentums entfällt diese Verdoppelung; Gebrauchswerte werden – dann – ohne die Wertform angeeignet).

Um diesen Übergang, der – meine Erklärung des zweiten und dritten Systems - schon unter dem Gesichtspunkt noch der Preis- wie Geldform der Aneignung beginnt, zu erkennen, muss das inflationär genannte zweite Preis- wie Geldsystem des Kapitalismus in ein Verhältnis zum sozialistisch-planwirtschaftlichen System fester Preise (fest an das Produkt gebundener Preise) gesetzt werden, nicht zum erstgenannten Preis- wie Geldsystem in einer Warenökonomie. Zu diesem, das mit vom Wert bewegten Preisen arbeitet, wirkt ein permanent inflationäres System wie ein Widerspruch, zu jenem zweiten kapitalistischen, das – auch wie das sozialistische

solle. Die Reformen/Reformer hatten wohl eher das erstgenannte System – mit den Werten sinkender Preise – ins Auge gefasst (ausgenommen Konsumtionsmittelpreise – was ein Widerspruch in sich selber ist). Das ist aber schon im Kapitalismus nicht mehr der Fall; in den Reformen war/ist also nicht einmal die kapitalistische Gegenwart verarbeitet.

- mit von bewegten Gütermengen bewegten Summen von Preisen arbeitet³, wie eine Vorankündigung des sozialistischen Systems.

Zeigt uns also das historische Nacheinander aller drei Systeme, dass dieser Übergang zu einem reinen Gebrauchswert-System tatsächlich stattfindet, dass dieser Wechsel bereits aus der *inneren Evolution* der drei geschichtlichen Preis- wie Geldsysteme gefolgert werden kann? Ja, das ist der Fall. Der eigentliche geschichtliche Gegensatz ist der vom ersten kapitalistischen Preis-Geld-System zu keinem Preis-Geld-System des entwickelten Kommunismus mehr, aber der entwickelte Kapitalismus und der beginnende Kommunismus (= Sozialismus) sind Übergangsgesellschaften zu diesem Gegensatz hin.

Nun ist, wie schon gesagt, das erstgenannte System aus der gültigen Praxis des Kapitalismus gänzlich zu Gunsten des zweitgenannten verschwunden (was zwar nicht ausschließt, dass es partiell noch immer sinkende Preise weil noch immer Preiskämpfe im Kapitalismus gibt; die Bewegung/Richtung der Preise, also ihr orientierender Ansatz geht aber in die Richtung der nominellen Entwertung. Und Wertbewegungen der Waren setzen sich daher nur im Rahmen der Gesamtrichtung durch – der der ständigen räumlichen Ausdehnung des *Wertausdrucks*). D.h. es gibt bereits, noch im Rahmen des Kapitalismus, einen historisierbaren Aspekt des Kapitalismus ... und damit auch im “Kapital” von Marx. Selbst wenn man den Bezug zum Sozialismus nicht herstellen will, muss man aber in der Werttheorie wie -praxis das Doppelwesen des Kapitalismus, muss man eine innere Evolution noch im Kapitalismus erkennen wie anerkennen.

Auf alle Fälle aber weiß jeder Kenner Marxscher Werke, dass Marx von einem System der Preissenkung bei den Waren auf Basis der Wertsenkung bei den Waren ausgegangen ist. Die Form der nominellen Entwertung/Aufblähung der Preise existiert bei Marx nur infolge von Veränderungen im *Wertausdruck*, also infolge der Mengenveränderung resp. Entwertung beim Geld, und hier als *eigenständiger* Prozess gegenüber/entgegen der Bewegung der Werte bei den Waren resp. Wertpreisen. Oder auch so: der Doppelcharakter der Arbeit von abstrakter Seite und konkreter Seite der Arbeit ist eindeutig erschienen in den zwei Bewegungen, denen Preise unterliegen.

³ Dass die Bewegung der Summen der Preise die Voraussetzung der kapitalistischen Form der Inflation ist, die nominelle Erhöhung der Preise im Einzelnen erst der zweite Schritt dieser Form der Inflation sein kann, ist eben das Neue, das zu Erklärende; die Inflationstheorie ist nicht einheitlich.

Das erste kapitalistische oder originäre System

Das sei – des besseren Verständnisses des dann eintretenden Unterschieds wegen – kurz noch einmal erklärt: Der Wert, oder Aufwand an Arbeit in abstrakt-allgemeiner Hinsicht, besitzt bekanntlich keine Erscheinungsform⁴, nur die Arbeit als konkrete – und das ist das Arbeitsprodukt als Gebrauchswert. Soll also der Wert (will er wie ein Gegenstand, wie ein Eigentum, in Besitz genommen werden = Warenproduktion) zu einer Erscheinungsform gebracht werden, muss er in sein Gegenteil, einen Gebrauchswert übergeführt werden. Dies geschieht durch den Tausch der einen Ware, die ihren Wert ausdrücken will, in eine andere Ware, die diesen Wert zum Ausdruck bringt – eine „schiele Weise“, ihn zum Ausdruck zu bringen (sagte Engels)). (Der Wert der Ware A, die ihren Wert ausdrücken will, wird im Gebrauchswert der Ware B – durch Warenwechsel - „ausgedrückt“. Der Wert von Ware A = 20 Ellen Leinwand, nimmt die Form des Gebrauchswertes der Ware B an = ein Rock (Marx'sches Beispiel im „Kapital“). Denn Gebrauchswert – das ist die sichtbare Form, die *sachliche* Erscheinungsform von menschlicher Arbeit. Es muss ein realer Tausch der beiden Waren sein – der einen in die andere -, aber ideell, oder namentlich/nominell, kann man ihn auch im Preis der Ware A (Leinwand) vorwegnehmen. Dann ist der Tausch noch nicht vollzogen, aber geltend gemacht.

Dieser Preis kann jetzt auf zweierlei Weise bewegt/verändert werden: a) durch Veränderung des Arbeitsaufwandes/Wertes in der Ware A selbst, oder durch Veränderung der Menge an Gebrauchswert der Ware B; in beiden Fällen durch Veränderung der Arbeitsproduktivität bei der Herstellung jeweiliger Ware - was zwei Seiten hat: Die eine Veränderung ist eine energetische oder substantielle – weil eine des Wertes, die andere Veränderung ist eine stoffliche oder nominelle (für den Wertausdruck) – weil eine des Gebrauchswertes. (Im Prinzip ist die eine Veränderung eine sinkende, die andere eine steigende). Die eine Veränderung kann stattfinden, während die andere ruht, nicht verändert. Bei Verdoppelung der Produktivität z.B. in der Leinwand-Produktion tauschen dann 2 x 20 Ellen Leinwand = 40 Ellen Leinwand in = 1 Rock, und bei Vorwegnahme des Tausches als Preis heißen 20 Ellen Leinwand dann = ½ Rock, der Preis je Ware sinkt. Was dagegen nicht verändert, ist die Summe der Preise (20 Ellen Leinwand plus 20 Ellen Leinwand = ½ Rock plus ½ Rock = ein Rock). Würde statt in Rock schon in eine entwickelte Geldform getauscht werden, so bliebe – aufgrund der Preissenkung der Ware – die Geldmenge, in die getauscht würde, dieselbe. (Z.B. = 100 Euro, einmal bezogen auf = 20 Ellen Leinwand, andermal bezogen auf = 40 Ellen Leinwand; einmal kosten sie = 100 Euro, andermal = 50 Euro (mal 2 = 100 Euro)). Die Form Preissenkung (auf

⁴ Zeit verrinnt, ist das Nacheinander beim Tun; Zeit ist – unsächlich.

den Wert) verhindert/schließt aus, dass mit der stofflichen Steigerung der Produktion die zum Kauf der Produktion notwendige Geldmenge erhöht werden muss; sie bleibt/kann bleiben unverändert. Denn: Das Sinken des Preises um den Wert lässt die *Summe* der Preise unverändert. Das Sinken des Preises ist substantiell; ihm entspricht – bei Anstieg der stofflichen Menge in der Produktion *der* Waren, die ihren Wert ausdrücken - Konstanz der Geldmenge.⁵

Verändert/verdoppelt dagegen nur die Produktivkraft bei der Rock-Produktion, und ruht die bei der Leinwand-Produktion, so lautet der Tausch (oder auch Preis der Leinwand) 20 Ellen Leinwand = 2 Röcke. (Oder, bei entwickelter Geldform: 20 Ellen Leinwand = 200 Euro). Der Preis der Leinwand steigt – aber dieser Anstieg ist nur nominell resp. kann, wenn typisch bzw. systemisch geworden, auch als inflationär charakterisiert werden (Marx gebrauchte diesen Begriff nicht, er sprach von Geldentwertung); er beruht auf einer eigenständigen Entwertung der Ausdrucksware des Wertes, oder wie sich im Sprachgebrauch eingebürgert hat: des Geldes.

Es können bei Ent-Wertung der Waren *und* der Geldware zur gleichen Zeit zwei Bewegungen der Preise stattfinden, nominell steigen sie, substantiell sinken sie. Oder: dem Wertausdruck nach steigen sie, dem Wert nach sinken sie. Was nun stärker verändert, beherrscht die Erscheinung, den Preis. D.h. die Waren teilen – ihrer Preisbewegung nach - in zwei Lager (oder optisch in einen Gegensatz): Wo die Waren stärker entwerten als das Geld entwertet, sinken die Preise – um den Anstieg des Wertausdrucks langsamer. Wo sie schwächer entwerten als das Geld, steigen die Preise – um den Wertfall der Waren geringer. Der nominelle oder räumliche Anstieg der Preise bleibt in diesem Fall, bei stärkerer Wertsenkung der Waren als des Geldes, optisch unsichtbar; es kommt auf jeden Fall ein Sinken des Preises heraus. Der Anstieg der Preise dem Wertausdruck nach erhebt sich optisch über die Senkung der Preise dem Werte nach, wenn der Wert des Geldes stärker sinkt als der Wert bei den Waren. Nur Waren, die im gleichen Maße entwerten wie das Geld entwertet, bleiben im Preis stabil, unverändert. Preise von Waren dagegen, die gar nicht entwerten, steigen um den Anstieg im Wertausdruck. Und Waren, die gar im Wert steigen, steigen im Preis doppelt: um ihren Wert und um den Wertausdruck.

Die Dialektik der Warenökonomie ist daher weder einfach noch einfach zu begreifen, weil an sich Eindeutiges nur uneindeutig erscheinen kann. Substantielle Bewegung der Materie und räumliche Bewegung der Materie kreuzen einander die Klinge. Dass

⁵ Natürlich kann die Arbeitsproduktivität auch steigen, ohne dass das stoffliche Produkt steigt. Dann wird wertbildende Arbeit freigesetzt. Dies müßte dann auch zu einer Freisetzung einer adäquaten Menge zirkulierenden Geldes führen.

das Eindeutige auch eindeutig erscheint, ist nur eine von mehreren Möglichkeiten resp. ist an bestimmte Bedingungen geknüpft.

Was hier dargelegt, gilt aber nur für das erstgenannte Preis- wie Geldsystem (mit dem auch Marx operierte); vom zweitgenannten, auch kapitalistischen System oder entwickelt kapitalistischen System gilt eine andere Erscheinung: die eines dauerhaft resp. nur noch inflationären Auftriebs der Preise; die Bewegung der Preise auch durch den Wert resp. maßgeblich durch den Wert der Waren (und nominelle Entwertung der Preise durch Wertfall des Geldes nur als partielle, zeitweise Möglichkeit) – scheint erloschen, findet zu keiner eindeutigen resp. noch immer deutbaren Erscheinung! Die substantielle (oder energetische) Kontraktion scheint in der nominellen (oder räumlichen) Expansion unterzugehen.

Jetzt die entscheidende Frage, die uns an das Verständnis des zweiten Preis-Geld-Systems in der waren- resp. privatökonomischen Geschichte der Menschen heranführt: Steigt der Wertausdruck, weil es noch immer das Geld/die Geldware ist, die auf eigene Weise entwertet – *nun aber maßlos*, oder sind wir zu einer anderen Erklärung der Inflation gezwungen und die dann *nicht mehr* von einem Anstieg der Menge des zirkulierenden Geldes und gegenüber den Waren, deren Preisen ausgeht? Sondern wovon dann? Antwort: Eine Summe von Preisen wird nicht nur durch die Menge an Waren des Wertausdrucks gebildet, sondern ... auch durch die Menge an produzierten Waren.

Doch zunächst in einem ersten Beitrag die Frage, ob die beiden Preis- wie Geld-Systeme des Kapitalismus - das sozialistische noch nicht einbezogen -, und darauf beruhend Lohn-Systeme, in einer Geschichte der Preise auch nachweisbar sind? Ja!

Der Nachweis

Hier kann ich mich auf den Nestor der deutschen (und wohl auch internationalen) Wirtschaftsgeschichts-Wissenschaft Jürgen Kuczynski berufen. Von ihm veröffentlichte die vom Institut für Politik und Wirtschaft der DDR herausgegebene Zeitschrift 1973 den Artikel: “Die Inflation – ein ständiger Begleiter des Monopolkapitals?”. (in IPW 12/73). Ich zitiere:

“Immer hat es im Kapitalismus Perioden der Inflation gegeben – aber auch Zeiten, in denen die Preise tendenzmäßig sanken, d.h. Perioden der Deflation. Aus der Grafik auf Seite 3 (genannter Zeitschrift, J.) ist die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den kapitalistischen Hauptländern während der letzten 150 Jahre ersichtlich. In der Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus können wir nach Überwindung der Schwierigkeiten der napoleonischen Kriege drei Phasen unterscheiden:

von 1820/29 bis 1840/49 Stagnation der Preise,

von 1840/49 bis 1870/79 Steigerung der Preise,

von 1870/79 bis 1890/99 Senkung der Preise.” (ebda. S. 2)

D.h. drei Phasen in diesen 80 Jahren des Kapitalismus – vor dem Beginn des monopolistischen Kapitalismus, und aussagekräftig für alle seine (damaligen) Hauptländer. Nur die letzte davon ist in der Tat eine die Bestimmung der Preise durch die Wertentwicklung bei den Waren klar ausweisende Phase: die Werte sinken (weil die Produktivkraft bei der *Warenproduktion* steigt), die Preise auch. Warum nur die letzte Phase (an deren Beginn gewissermaßen das “Kapital” Band I entstand)? Was erklärt die Besonderheit - oder “Abweichung” - der ersten und zweiten Phase von dieser so eindeutigen dritten?

Nun, damit Preise bewegen, muss natürlich auch erst mal die Arbeitsproduktivität bewegen. Dieser Punkt setzt aber im Grunde – bis auf vielleicht die Ausnahme England – erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts *markant und allgemein* ein. Diese Zeitphase kann meiner Meinung nach noch nicht als aussagekräftig genug für durch Warenwerte bewegte Preise herangezogen werden. Als ein immer selber Stand der Produktivkraft der Arbeit, und damit der Werte, sind es auch immer die selben Preise – Jahrzehnte, ja Jahrhunderte lang. Aber dann die von Kuczynski genannte zweite Phase. Sie ist durch *steigende* Preise gekennzeichnet. Sinkt etwa plötzlich die Produktivkraft, und steigen die Werte - und allgemein? Nein. Kuczynski erklärt:

“Die Steigerung der Preise von 1840/49 bis 1870/70 wurde vor allem durch die großen Goldfunde in den USA und in Australien hervorgerufen, die zu einer gewissen Entwertung der internationalen ‘Grundwährung’, des Goldes, gegenüber allen anderen Waren führten. Insgesamt stiegen die Lebenshaltungskosten in den 30 Jahren von 1840/49 bis 1870/79 um knapp 40%, also um etwas über 1 Prozent im Jahr”. (ebda.)

Mit anderen Worten: Die zweite Phase ist klassisch für die Möglichkeit einer Doppelform der Bewegbarkeit von Preisen: substantiell und nominell zugleich. Die *nominellen* Preissteigerungen dieser zweiten Phase sind Steigerungen des *Wertausdrucks* der Waren durch die Geldware Gold. Wertsenkungen bei den Waren – aufgrund steigender Arbeitsproduktivität, von der man in dieser Phase getrost ausgehen kann. treffen auf ein Geld/Gold, das entwertet, größere Mengen Gebrauchswert stehen jetzt für den selben Wert, der Wertausdruck steigt ... nicht aber der Wert. Was optisch eher/mehr zur Erscheinung gelangt, ist die Veränderung des Wertausdrucks, also die Steigerung der Arbeitsproduktivität beim Geld/Gold. Die ausnahmsweise Steigerung der Arbeitsproduktivität bei der Geldware überdeckt die Steigerungen der Arbeitsproduktivität bei den allgemeinen Waren, eben Waren. Der nominelle Anstieg der Preise überdeckt das substantielle Sinken der Werte, die sich in

den Preisen darstellen. Die Entwicklung der konkreten Seite der Arbeit bei einer Ware überdeckt/verdeckt die Entwicklung der abstrakten Seite der Arbeit bei allen Waren. Oder: Das Räumliche überwindet das Substantielle – in der *Erscheinung*. Mehr natürlich nicht. Der Einfluss, der von beiden Seiten der Arbeit ausgeht, ist kaum als dramatisch einzuschätzen, dafür sind die Steigerungsraten beim Wertausdruck in dieser Zeit zu gering; immerhin überwiegt aber der vom Gold ausgehende Einfluss. .

Man muss zwischen Preissteigerungen, die Ausdruck von Wertsteigerungen von Waren sind, und Preissteigerungen unterscheiden, die Ausdruck des Anstiegs des Wertausdrucks von Waren sind. Die gewöhnlichen Waren, also Waren, können den Preis nur abstrakt, per Bewegung der abstrakten Seite der Arbeit bewegen, verändern, die Geldware aber nur konkret, per Bewegung der konkreten oder auch stofflichen Seite der Arbeit bewegen, verändern. Der eine Anstieg in der Arbeitsproduktivität fällt eben stärker aus als der andere Anstieg, der Anstieg bei der Produktion der Geldware übertrifft den bei der Produktion der gewöhnlichen Waren.

Beide Einflüsse auf das selbe Medium Preis können zur gleichen Zeit auftreten, so dass die abstrakte Seite der Arbeit im Allgemeinen den Preis (weil Wert) sinken und die konkrete Seite der Arbeit im Besonderen den Preis (weil Wertausdruck) steigen lässt. Die eine, besondere Bewegung kann die andere, allgemeine unsichtbar machen. Aber natürlich nicht aufheben. Die substantielle Bewegung aller Waren bzw. die abstrakte Seite aller Arbeit stößt auf die räumliche Expansion einer Ware bzw. die konkrete Seite einer Arbeit. Die substantielle oder energetische Bewegung findet *unter dieser Bedingung* ihren Ausdruck im Unterschied in der räumlichen Bewegung. Und zwar so, dass je stärker Waren-Werte durch steigende Arbeitsproduktivität sinken, desto geringer ein räumlicher Anstieg der Preise ausfällt. Den größten nominellen/räumlichen Preisanstieg weisen Waren auf, die im Wert und im Wertausdruck erhöhen, bzw. bei denen die Produktivität sinkt, Werte also steigen, oder deren Werte stagnieren, wo also keine Veränderung der Produktivkraft stattfindet.

Erst in der von Kuczynski genannten dritten Phase, ab 1870 bis 1899, erlischt die räumliche Ausdehnung des Wertausdrucks und gelangt die Wertentwicklung bei den Waren zu einer klaren Erscheinung bei den Preisen. Marx operierte (im “Kapital”) ... richtig. Und auch wir verhalten uns theoretisch richtig, wenn wir die von Kuczynski genannte zweite Phase getrost mit der dritten vereinen, da ja für diese erste Erscheinung einer inflationären Aufblähung im Preisniveau keine Änderung im Verhalten der Waren nachgewiesen ist. D.h. diese halten sich an die Abmachung, verändern resp. sinken im Rahmen ihrer Wertsenkung trotz nomineller Steigerung im Wertausdruck.

Erstmals sprechen wir von der zweiten von Jürgen Kuczynski genannten Phase (1840/1870) als einer inflationären Phase in der Weltgeschichte der Preise – und wir kommen zu einer Antwort, wie sie theoretisch zu fassen ist: Ihr Charakteristikum ist *der Anstieg in der Menge des produzierten Goldes/Geldes, bei geringerem Wert pro Einheit einer Goldmenge, der zu einem nominellen Anstieg bei den Preisen im Einzelnen wie in der Summe der gesellschaftlich gebildeten Preise führt.* (Die Summenbewegung darf nicht übersehen werden! Man darf die Preisentwicklung nicht schlechthin am Preis im Einzelnen studieren, sondern der Effekt der *gewachsenen Menge des Geldes* ist ja auch an der **Summe** der Preise zu studieren; warum das wesentlich ist, werden wir noch, in einem weiteren Text, sehen). Also: Nicht: erst die Preise und dann das Geld, sondern umgekehrt: erst das Geld und dann die Preise – steigen: nominell.

Was also ist eine *originäre* Inflation? Eine Erhöhung im *Wertausdruck*, verursacht durch die Ware, in der die Waren ihren Wert ausdrücken. Die *Waren* sind an ihr unbeteiligt. Ich schicke voraus: Würden wir auf ein anderes Verhältnis von Geld zu Preis stoßen – sagen wir: erst der Preis/die Summe der Preise und dann das Geld –, liegt ein anderes Verhältnis von Preis und Geld vor und wir sind zu einer Entwicklung in der *Werttheorie* gezwungen.

Bis hin zu ihrem Gegenteil? Wir werden sehen...

Die Wende

Der Beginn des 20. Jahrhunderts bringt eine Veränderung. Wieder Jürgen Kuczynski:

“Mit dem Aufkommen der Herrschaft der Monopole ändert sich die Situation grundlegend. Schon im letzten Jahrfünft vor dem ersten Weltkrieg beobachten wir eine ausgesprochene inflationäre Bewegung, die sich dann bis in die Gegenwart verstärkt fortgesetzt hat”. (ebda. S. 2).

Ich halte fest: Mit dem Aufkommen der Herrschaft der Monopole ändert sich etwas grundlegend. Was ändern ... die Monopole? Zunächst ist das nicht mehr der direkte Hinweis auf eine Geldentwertung, die auf das Geld selbst, also Gold bzw. die Produktion von Gold noch zielt, sondern auf das Erscheinen eines neuen Faktors: Monopole. Da es aber um Inflation geht, geht es auch um das Geld – nur: jetzt ausgehend von den Monopolen.

Was haben Geld und Monopole Gemeinsames an sich, das auf die Erhöhung der Geldmenge, damit auf ein inflationär, also nominell sich aufblühendes Geld- wie Preissystem hinausläuft?

Zunächst, was Kuczynski statistisch nachweist: Auch hier wieder drei Perioden ab ca. 1900:

“Es wäre jedoch falsch zu übersehen, dass wir im Stadium des Imperialismus zwei, vielleicht sogar drei Perioden der Inflation unterscheiden müssen.

Die erste Periode umfasst die Zeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges und der mit ihm unmittelbar folgenden Jahre, also die Jahre von 1900 bis 1949.

Die zweite Periode umfasst die Jahre seit 1950. Vielleicht hat mit dem Jahre 1970 eine dritte Periode begonnen.

In der ersten Periode entwickelte sich die Inflation so: Durch die beiden Weltkriege und die ihnen unmittelbar folgenden Jahre wurde ein gewaltiger Inflationsstoß ausgelöst. Zwischen den beiden Weltkriegen aber herrschte relative ‘Preisruhe’; gewisse Preissteigerungen nach 1924 wurden durch Preissenkungen in der großen Wirtschaftskrise 1929/32 und der nachfolgenden Depression wieder ausgeglichen.

Lebenshaltungskosten, Index, 1929 = 100

<i>Jahr</i>	<i>USA</i>	<i>Deutschland</i>	<i>Großbritannien</i>
1924	100	83	107
1929	100	100	100
1938	83	82	95

Niemand kann die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen – nach der Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen – eine Periode der Inflation nennen. Wenn überhaupt eine Tendenz überwog, dann war es die zur Deflation”. (ebda. S. 1)

Also: 1. Die Herrschaft der Monopole ändert etwas grundlegend; es gibt eine erste Periode, sie beginnt 1900 und endet ca. 1949. Was die Herrschaft der Monopole ändert, charakterisiert Kuczynski als “ausgesprochen inflationäre Bewegung”. 2. Einen “gewaltigen Inflationsstoß” lösen aber auch die beiden Weltkriege aus. 3. Doch zwischen den beiden Weltkriegen, auch in Folge der Großen Krise 1929/32, gleichen Preissenkungen die Preissteigerungen wieder aus.

Den eigentlichen Unterschied bringt dann aber doch die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Die Datierung der “grundlegenden Veränderung” auf das “Aufkommen der Herrschaft der Monopole” - war sie etwas zu früh? Kuczynski:

“Das ist der entscheidende Unterschied zur Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. In der zweiten Periode nämlich, seit 1950, beobachten wir auch nach Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen (in den Jahren bis 1949) eine ständige Inflation. ... In dieser Periode ist die Inflation zum ständigen Begleiter des Monopolkapitals geworden ...

Lebenshaltungskosten, Index, 1900 = 100

<i>Jahre</i>	<i>USA</i>	<i>Deutschland/BRD</i>	<i>Großbritannien</i>
<i>1924/39</i>	<i>202</i>	<i>168</i>	<i>176</i>
<i>1950/69</i>	<i>526</i>	<i>285</i>	<i>347</i>
<i>1960/69</i>	<i>653</i>	<i>350</i>	<i>475</i>

Seit 1968 jedoch gibt es kein imperialistisches Land, in dem nicht in jedem Jahr eine ausgesprochene Inflation herrschte, die, unter Schwankungen, die Tendenz hatte, sich zu verschärfen”. (ebda. S. 3).

Kuczynskis statistischer Nachweis endet (in diesem Artikel) 1969/70, aber wir, aus der Sicht des Jahres 2018, können bestätigen: es hat sich am Preis- wie Geldgeschehen im Kapitalismus/Imperialismus nichts mehr geändert: Die Inflation, also inflationäre Aufblähung des Wertausdrucks ist zum permanenten Begleiter des Kapitalismus geworden. Von *zwei systemischen Preis- wie Geld-Bewegungen des Kapitalismus* zu sprechen, ist richtig. Es ist auch richtig, von einem permanent inflationären Kapitalismus als dem *typischen* Kapitalismus, als dem *eigentlichen* Kapitalismus – seinen Formen nach – zu sprechen (die *Zeit mit* Inflation übersteigt die *Zeit ohne* sie bereits überdeutlich); es gibt den eindeutigen Unterschied zu dem Kapitalismus, den Marx noch im “Kapital” analysierte und in dem er uns die Wertökonomie resp. Warenproduktion in ihren beiden historisch möglichen Formen – der einfachen Form und der kapitalistischen Form - theoretisch erschloss. Allerdings nur auf Basis *einer ersten Form kapitalistischer Erscheinung*. Denn die erste Erscheinung, mit der es Marx noch zu tun hatte, noch immer als den *eigentlichen* Kapitalismus – Formen nach – zu bezeichnen, muss uns heute etwas verwegen vorkommen. Umgekehrt: Der *eigentliche* Kapitalismus arbeitet mit der Methode der Inflation, mit der Methode der nominellen Aufblähung der Preise!

Und nun wie und warum? Darüber in einem zweiten Beitrag.

Zum Russland-Schwerpunkt im Mai-Juni-Heft

Gerhard Naumann: Kann man denn nur anhand von „Wirtschaftsdaten“ den Charakter der Gesellschaft eines Landes bestimmen?

Lieber Genosse Frank!

Die neue Offensiv-Ausgabe Mai-Juni 18 ist wieder hervorragend. Deine Marx-Engels-Zitate und ihre Kommentierung treffen ins Schwarze und haben mein wissenschaftliches Bewußtsein wieder mal so richtig aufgefrischt.

Vor allem trifft das auch auf die Rußland-Analysen zu. Bis auf eins: vor einiger Zeit gab ein Herr Bollinger eine Lesung seiner Schriften und behauptete dabei, daß Rußland ein imperialistisches Land sei. Ich fragte ihn, wieviel und welche Kriege das heutige Rußland denn geführt habe. Er gab keine Antwort und es herrschte eine Weile Stille im Raum. Ich meinte, wie andere Anwesende, daß er auch keine geben konnte als Beweis. Nun lese ich bei Dir(!) daß „anhand russischer Wirtschaftsdaten nachgewiesen (wurde),“ daß Rußland „die von Lenin aufgestellten Kriterien für die imperialistische Phase der kapitalistischen Entwicklung erfüllt.“

Erste Frage: kann man denn nur anhand von „Wirtschaftsdaten“ den Charakter der Gesellschaft eines Landes bestimmen? Du hast vorher selbst mehrmals zitiert, daß der ökonomischen Basis eine ganz bestimmte Politik folgt. Zwangsläufig! Politik ist zwar sekundär gegenüber der Ökonomie, es ist aber niemals erlaubt, beides zu trennen oder eins zu vergessen! Sonst wird man revisionistisch und konterrevolutionär. Wie Du selbst in der Artikelauswahl nachweist.

Zweite und entscheidende Frage: Lenins Imperialismus-Definition mündet in Punkt 4 in: „Kampf um die Neuaufteilung der Welt.“ Und in Punkt 5: „Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist beendet und beginnt von neuem.“

Was trifft davon auf Rußland von heute zu? Die Feststellung, daß Rußland ein imperialistisches Land ist, ist schlechtweg falsch! Da hilft auch nicht die beschwichtigende Feststellung: „...-in einer sehr speziellen Situation.“

Du drückst Dich doch sonst immer sehr präzise aus. Warum hier nicht?

„Melodie und Rhythmus“

Verlagsmitteilung Verlag 8. Mai: Kulturzeitschrift Melodie & Rhythmus erscheint weiter

Mit einer Crowdfunding-Kampagne schaffen Lesende, Künstler und Verlag Voraussetzungen für die nächsten Ausgaben

Die traditionsreiche Kulturzeitschrift Melodie & Rhythmus wird weiter erscheinen. Das teilte die herausgebende Verlag 8. Mai GmbH, in der auch die Tageszeitung junge Welt erscheint, am Freitag, den 29. Juni in Berlin mit. Möglich sei dies, weil sich in den letzten Wochen zahlreiche Leserinnen und Leser, aber auch viele Künstler und Kulturschaffende für die Weiterführung des 1957 in der DDR gegründeten Magazins stark gemacht haben und über 1.200 zusätzliche M&R-Abonnenten gewinnen konnten. Damit sei eine zentrale materielle Voraussetzung geschaffen, die Produktion wieder aufzunehmen, so Verlagsgeschäftsführer Dietmar Koschmieder.

Mit der vorläufig letzten Ausgabe, die Anfang Januar 2018 auf den Markt kam, teilte der Verlag noch mit, dass das quartalsweise erscheinende Magazin eingestellt werden müsse: Durch die Weiterentwicklung von einer Musikzeitschrift zum Magazin für Gegenkultur würden wesentlich höhere inhaltliche Anforderungen gestellt, die mit den bisherigen ökonomischen Möglichkeiten auf Dauer nicht realisiert werden könnten. Aufgrund zahlreicher Proteste und Nachfragen von Leserinnen und Lesern, aber auch vieler Künstler entwickelte der Verlag eine spezielle Form von Crowdfunding und teilte Anfang April mit, dass die Produktion der Zeitschrift wieder aufgenommen werden könnte, wenn bis zum 30. Juni mindestens 1.000 und bis zum Jahresende weitere 400 Abonnements beim Verlag eintreffen. Über viele Aktionen, Veranstaltungen, Infostände, Abobeileger und Anzeigen in linken Zeitungen und Zeitschriften kamen bis Freitag, 29. Juni, 1.214 Abonnements zusammen. Für die nächsten vier Hefte wurden bisher vorab Anzeigen im Wert von 14.000 Euro geschaltet. Über 40 Künstler haben ihre Fans aufgerufen, sich für die M&R einzusetzen, so der Liedermacher Konstantin Wecker, der Kabarettist Christoph Sieber, der Theaterregisseur Johann Kresnik, der Soziologe Moshe Zuckermann, der Fotograf Steffen Diemer, die Sängerin Esther Bejarano, der Schriftsteller Dietmar Dath, der Maler Hartmut Kiewert, die Cumbia-Ska-Punkband Che Sudaka, das Weber-Herzog Musiktheater, der Psychoanalytiker Klaus-Jürgen Bruder, der Rapper Albino, der Komponist Nicolaus A. Huber, die Liedermacherin Dota Kehr, der Graffiti-Künstler Sozi36 und der Songpoet Aernschd Born – um nur einige zu nennen.

Als erster Schritt für eine nächste Nummer des Magazins wird nun das Produktionsteam der Melodie & Rhythmus wieder aufgebaut. Neben bewährten Kräften wie Chefredakteurin Susann Witt-Stahl werden neue Mitstreiter gesucht, so ein weiterer Redakteur bzw. eine Redakteurin zur Stärkung des Teams. Auch die Künstlerinitiative soll weiterentwickelt werden.

Läuft alles nach Plan, können die neuen und alten Abonnenten das nächste Heft des Magazins für Gegenkultur Mitte Dezember im Briefkasten finden. Dieser Erfolg kam selbst für die Blattmacher überraschend. »Das wir noch vor dem 30. Juni so deutlich über dem angepeilten Ziel liegen, damit haben wir nicht gerechnet«, freut sich Susann Witt-Stahl. »Das Ergebnis der Aktion zeigt das große Interesse an einer alternativen Kulturzeitschrift, die dem vom Marktinteressen gesteuerten Mainstream und den kulturellen Hegemonieansprüchen von ganz rechts etwas Kraftvolles entgegensetzen kann.« Noch seien nicht alle Hürden aus dem Weg geräumt, aber mit solcher Unterstützung seien auch diese zu nehmen. Bis zum Jahresende 2018 sollen nun insgesamt 1.700 neue Abonnements gewonnen werden – dieses Ziel war ursprünglich für das Jahresende 2019 vorgesehen.

Für Nachfragen stehen Ihnen Chefredakteurin Susann Witt-Stahl, Verlagsleitung oder Geschäftsführung für ein Gespräch zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich gerne an uns, telefonisch unter 030/ 53 63 55-16/-86 oder per E-Mail an marketing@melodieundrhythmus.com.

Mit kollegialen Grüßen, Katja Klüßendorf & André Kutschki

Der Verlag teilt mit:

Voraussetzung sind weitere Perspektivabos, denn:

Die Waffe der Kritik braucht ein Magazin

Das Projekt Melodie & Rhythmus kann nur weitergeführt werden, wenn die Mittel dafür erwirtschaftet werden. Um das Magazin herstellen zu können, brauchen wir vor allem zusätzliche Abonnements. Wenn Sie M & R unterstützen möchten, bestellen Sie online das Perspektivabo. Die Abobestellung wird erst wirksam, wenn M & R wieder erscheint.

Als Dankeschön für den Abschluss eines Abonnements erhalten Sie umgehend den limitierten M & R-„Gegenkulturbeutel“ (ausschließlich für Abonnenten. Nicht im Handel erhältlich.)

Jetzt Perspektivabo bestellen: melodieundrhythmus.com/perspektivabo

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt